

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie herzlich, auch die Vertreter der Presse sowie die Damen und Herren, die aus der Bürgerschaft unserer Stadt heute dieser Sitzung beiwohnen. Ich stelle fest, daß diese Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist und daß die Gemeinderäte Hermann Bachner, Dr. Tilman Schwager als Protokollprüfer gemeldet wurden. Beide Herren nehmen diese Funktion an. Entschuldigt haben sich die Gemeinderäte Kurt Apfelthaler und Hermann Ruprechter.

Zu Pkt. 2) Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich folgendes mitteilen:

Herr GÜNTER FÜRWEGER hat mit Schreiben vom 18. 11. 1996 folgende Anfrage an mich gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gem. § 12 Abs. 2 des Statutes für die Stadt Steyr richte ich folgende schriftliche Anfrage an Herrn Stadtrat Leopold Tatzreiter und ersuche Sie, die Anfrage gem. § 12 Abs. 3 an Herrn Stadtrat Leopold Tatzreiter weiterzuleiten.“

Ich habe diese Anfrage an Herrn Stadtrat Tatzreiter weitergeleitet und ersuche ihn, diese zu verlesen und die Beantwortung vorzunehmen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Anwesende. Ich darf zu der Anfrage des Herrn Gemeinderates Fürweger an den Bürgermeister bzw. an mich weitergeleitete 4 Fragen kommen und darf Sie vorerst einmal verlesen:

„Sehr geehrter Herr Stadtrat!

1. Wie viele Mietwohnungen im Besitz der Stadt Steyr gibt es, die noch keinen eigenen Wasseranschluß haben?
2. Warum wurden Mietwohnungen der Stadt Steyr, z. B. im Stadtteil Ennsleite, Bereich Schubertstraße, bis zum Jahre 1996 noch immer nicht mit eigenem Wasseranschluß versehen?
3. Finden Sie es, sehr geehrter Herr Stadtrat, für das auslaufende 20. Jahrhundert zeitgemäß, wenn sich Mieter ihr Wasser von einem Wandbrunnen im Stiegenhaus holen müssen?
4. Wurden von Ihnen Mittel im Budget 1997 für die Errichtung von Wasseranschlüssen in den städtischen Mietwohnungen veranschlagt?“

Ich versuche, diese Frage heute zu beantworten:

Zu Pkt. 1) darf ich konkret die Anzahl der Wohnungen, die noch keinen Wasseranschluß haben, nennen. Es sind etwa 10 % von allen stadteigenen Wohnobjekten, deren 678 Wohnungen gibt es in Summe, und etwa 10 % bis 12 % sind Neuerhebungen, die müßte ich erst zu einem späteren Sitzungstermin mit einbringen. Speziell auf die Ennsleite bezogen, kann ich aber konkrete Zahlen nennen, weil wir dort eine kurze Erhebung gemacht haben, wobei auch die Daten ohnehin über die Berechnung oder Verrechnung aus der Miete und den Betriebskosten bekannt sind. Ich darf die Frage 1. daher konkret beantworten. Wir haben in dem Stadtteil Ennsleite 18 Wohnobjekte mit 197

Wohnungen, davon sind 177 mit Wasser angeschlossen, zum Teil auch Bäder und Klos installiert, das sind 89,84 %. In den anderen Stadtteilen ist der Prozentsatz etwa gleich, teilweise etwas schlechter, aber auch teilweise etwas besser, wie ich feststellen darf, im Bereich der Schweigerstraße in Munichholz oder in anderen Stadtteilen, die fast ausschließlich schon mit Wasser, sogar mit Bädern, versorgt sind. Ich darf dies nur zu der ersten Frage mit den Zahlen vermerken.

Zu Pkt. 2) Warum die Schubertstraße noch nicht? Da möchte ich konkret werden. In der Schubertstraße 3, 4, 6 - das sind die 3 Objekte. In der Schubertstraße 3 sind 11 Wohnungen mit 11 Wasseranschlüssen, also 100 %, in der Schubertstraße 4 sind 11 Wohnungen - 10 Anschlüsse = 90,91 % und in der Schubertstraße 6 sind 11 Wohnungen - 9 Anschlüsse = 81,82 %. Das ist konkret auf die Frage 2.

Warum die Anschlüsse im Jahr 1996 noch nicht vollständig sind, darf ich die Frage 2 noch ergänzend beantworten, bezogen auf die Schubertstraße, weil wir dort einige Delogierungswohnungen haben. Wie wir uns leider nicht vornehmen können, Geld auszugeben für jene Mieter, die möglicherweise oder sehr häufig durch Selbstverschulden Mietrückstände verursachen, auch solche Anschlüsse uns nicht wieder zahlen. Das heißt, in diesem Zusammenhang ist es nicht möglich, jedem seinen Wunsch zu erfüllen, aber wenn es möglich ist, wird es gemacht. Es bedarf nicht unbedingt der Stadtgemeinde hier, das zu tun, sondern weil die Betreuung, aber auch die Verwaltung und die Verrechnung an und für sich die GWG macht, auch die Häuser von der GWG errichtet wurden und zuständig dafür ist, hängt es von der GWG ab, ob diese Wünsche erledigt oder nicht erledigt werden können. Das möchte ich einmal in diesem Zusammenhang sagen.

Zur Frage 3) Ob es zeitgemäß ist, im 20. Jahrhundert, daß sich Mieter ihr Wasser noch vom Stiegenhaus holen? Ich möchte hier bei den Anschlüssen, bei den doch sehr hohen Prozentsätzen dieser Anschlüsse darauf verweisen, daß es viele Anschlüsse gibt, die hier nach der Kategorie D auf Kategorie C verrechnet werden müßten. Aber nur, weil die Mieter selbst Hand angelegt haben oder selbst das billiger machen konnten, privat. Es wird meistens die Frage gestellt, ob es möglich ist. Dann geht der Fachmann hin, seitens der GWG oder auch eine Installateurfirma die dies manchmal begutachtet. Es wird dann erhoben, ob es überhaupt machbar ist, und wenn es machbar ist und keine gegenteilige Auffassung seitens der GWG oder deren Verwaltung aufgrund der wie schon vorhin erwähnten Mietstruktur nichts dagegen spricht, kann sich dies auch jeder selbst machen und wir stellen keine Weitergabe oder Weiterverrechnung an die nächst höhere Mietenkategorie, d.h. es verbleibt ihnen die Mietenkategorie D. Das ist eine billige Mieta und ich bin auch nicht interessiert hier ganz besonders scharf vorzugehen, weil es zum Teil Mieter sind, die ohnehin mit ihrem Einkommen nicht sehr gut ausgestattet sind. Manche sind ja bis über den Kopf verschuldet. In dieser Frage wäre es verfehlt, hier Vorstellungen uns zu machen, um eine größere oder höhere Mieta zu erreichen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch mit einwenden oder mit anbringen, daß es gut daran wäre, wenn auch andere Private oder andere GWGs sich auch solcher Mieter mehrfach annehmen würden. Wir haben leider als einzige Anlaufstelle, und ich stelle das immer wieder fest, hier einen großen Ansturm vor allem von jenen, die von der Delogierung betroffen sind. Hier wird dann per Gericht abgefragt, an die GWG oder an die Gemeinde, vor allem an mich, ob wir eine Möglichkeit haben, weil eine Delogierung ansteht. Das heißt, ich kann dies gar nicht abwehren und ich muß mich auch um solche Mieter annehmen, vermehrt annehmen, die andere sozusagen „freisetzen“. Hier würde ich auch persönlich einmal gerne haben, daß sich auch Private dafür verpflichten müßten.

Zu Pkt. 4) Ob im Budget Mittel vorgesehen sind, habe ich schon erwähnt jetzt mit dieser Äußerung bzw. mit meiner Beantwortung, daß es die GWG erledigt und nicht unbedingt die Gemeinde. In diesem Zusammenhang glaube ich, sind die Fragen meinerseits alle beantwortet.

Noch einmal, und das möchte ich ganz besonders hervorheben, wenn solche Fragen anstehen, würde ich auch bitten, wenn Sie mir das zukommen lassen, vorweg schon, wenn es um eine konkrete Frage geht. Wir müssen natürlich manche ablehnen, sonst würde mir der gleiche Vorwurf abgestattet sein,

wenn wir solche Anschlüsse tätigen und dann das Geld beim Fenster hinausgeschoben haben und der Mieter uns diese Miete bzw. Investition nicht bezahlt. Ich darf dies wirklich sagen, daher gibt es manche Ablehnungen, aber wenn sich die Situation bessert, haben wir hier schon manche Nachjustierungen gemacht, ich möchte das auch erwähnen. Wenn sich jemand bessert und die Mieten in absehbarer Zeit, in 2 bis 3 Jahren wieder zurückfließen, also, daß das Geld wieder hereinkommt, der Schuldenstand aufgelöst wird, dann sind wir ohnehin bemüht und bestrebt, auch demjenigen sofort einen Wasseranschluß zu bewilligen und ich darf auch sagen, die meisten kommen ohnehin selber und sagen, „ich hätte eine Möglichkeit, ich habe einen Verwandten oder sonst irgend jemanden, mir würde das billiger kommen, wenn ich mir das selbst installieren darf.“ In diesem Zusammenhang möchte ich dies damit beantwortet haben. Danke.

Zusatzfrage von GR Günter Fürweger an StR. Leopold Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ich darf feststellen, ich habe es vorher nicht gewußt, also die Leute sind nicht auf mich zugekommen, sondern sind bei der GWG aufgetreten, um eine Verbesserung ihrer Wohnsituation zu erzielen. Dies hat sich bedauerlicherweise aufgrund ihres Gesundheitszustandes, verschlechterten Gesundheitszustandes, ereignet. Das hat mich der Herr Vizebürgermeister bei der letzten Gemeinderatssitzung, das dürften sie überhört haben, gefragt, daß dies hier schon einmal diskutiert wurde. Ich bin dem nachgegangen. Die zwei Herren waren auch bei mir. Ich muß auch bedauerlicherweise sagen nicht nur die zwei, sondern weitere zwei sind zu mir gekommen, nicht von da draußen, sondern von wo anders her, aber auch aus Steyr, die den gleichen Gesundheitszustand inne haben. Vizebürgermeisterin Mach hat mir ebenfalls eine Person ans Herz gelegt, die eine ähnliche Situation vorfindet und wir wissen ja, daß es gar nicht so sehr leicht zu regeln sein wird. Ich bin aber sehr bemüht und wir haben auch einige Möglichkeiten, den Leuten schon in Aussicht gestellt, was sich erledigen läßt. Ich hoffe, daß wir nicht dann gegenüber der anderen Mieterschaft bzw. der Mitbewohner dort einen Aufstand erhalten. Das kann uns auch noch passieren. Ich hoffe nicht. Ich glaube...

Nein, nein, Herr Dr. Pfeil, Sie tun dies so ab, als wenn dies etwas Furchtbares wäre. Ich empfinde es ...

Zwischenruf von

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... dann verhindern Sie, daß die Leute Wasser kriegen ...

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Nein, nein, das hat damit nichts zu tun. Darf ich vielleicht das auch noch ergänzen, Herr Dr. Pfeil. Wir haben uns ja nicht vorgenommen, den Laubengang in einer Art auszustatten, daß keine Verbesserung herbeigeführt wird, nämlich klimatisch da draußen, ich möchte es wirklich so sagen.

Wir sind ja bemüht und bestrebt, den Laubengang überhaupt auszusiedeln, woanders verbessert unterzubringen, das ist unser Bemühen. Sie können sich überzeugen, daß wir hier schon eine ganze Menge erledigt haben da draußen, und daß es notwendigerweise uns dann in der nächsten Zeit anheim stehen wird, daß wir diese Grundstücke, bzw. diese Liegenschaften dort besser verwerten wollen, nämlich in schönere Wohnungen umwandeln wollen. Das ist unser Ziel, nicht diese Art der Wohnhäuser dort weiter existieren zu lassen und vielleicht mit Wasser auszustatten, was möglicherweise dann einfriert und andere Dinge mehr, wir kennen ja den Zustand der Häuser. Es sind ja barackenähnliche Bauten. Ich hab sie ja nicht errichtet, die sind aus der Nachkriegszeit, meine Herren.

Ordnungsruf des Bürgermeisters.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ich möchte da draußen nicht die Häuser so weiter existieren lassen und vielleicht mit Wasser ausstatten und dann sagen wir, das war es schon. Sondern wir wollen diese Häuser besser errichten als der derzeitige Zustand ist, und vor allem ansehnlicher für den Stadtteil gestalten. Die Menschen verdienen sich, daß sie besser untergebracht werden und daher versuchen wir auch schon jetzt auszusiedeln. Ich kann Ihnen sagen, daß wir schon 8 freibekommen haben. Das ist unser Ziel und diesem Zusammenhang wird bald 1 Haus frei sein. Daher bin ich bestrebt, kein Wasser mehr in den Häusern zu installieren, sondern das Haus oder die Häuser freizubekommen und wegzureißen. Wir sollten dort schönere Häuser hinstellen. Einverstanden? Das ist unser Ziel. Zu der konkreten Frage von Herrn Fürweger habe ich geantwortet, daß ich schon ein Angebot gemacht habe, und daß es in absehbarer Zeit erledigt sein wird. Aber es bleibt nicht bei den zweien, leider habe ich jetzt vier bzw. einen fünften Fall durch die Frau Vizebürgermeisterin Mach.

Zwischenruf:

Machen Sie ruhig einen Ball, machen Sie einen Aids-Ball, das wird denen viel helfen ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Frage ist beantwortet meine Damen und Herren, über dieses Problem kann man auch gerne diskutieren und reden, aber natürlich man muß sich das Haus anschauen und diese weitere Problematik, die es dort gibt und es ist erklärte Absicht gewesen, bei mehreren Gesprächen, daß man irgendwann dieses Haus einmal ersetzen muß durch einen anderen Bau und das werden wir auch bei sich bietender Gelegenheit tun.

Zu Pkt. 3) Mitteilungen des Bürgermeisters, darf Ihnen mitteilen, daß heute Vor-mittag zufällig ein Gespräch stattgefunden hat hier im Rathaus und zwar über Wunsch des Bundesministers Einem, der seinen Vertreter, einen Herrn Dr. Steinert - Mitglied seines Kabinetts - beauftragt hat, das Gespräch zu führen über die in den Medien abgehandelte Problematik-Strukturreform im Bereich der Bundespolizeidirektion, über die Debatten, die es hier gibt, über Schließungen von Wachzimmern usw. usw. Herr Steinert hat heute mitgeteilt, daß es nicht vordergründig um Schließungen von Wachzimmern geht, sondern um die Organisationen, die in den Bundespolizeidirektionen stattfinden sollen, mit dem vorrangigen Ziel, die Präsenz der Polizei auf den Straßen, auf öffentlichen Flächen

und in der Öffentlichkeit überhaupt zu verbessern. Dies ist das Ziel. Es werden auch hier Vorgangsweisen eingeschlagen, die mit den jeweiligen Bundespolizeidirektionen und den Städten in Abstimmungen ebenso ein maßgeschneidertes Sicherheitskonzept zu entwickeln. In diesem Zusammenhang habe ich auch die Situation der Stadt erläutert und erklärt, daß die gegenwärtigen 4 Polizeiwachzimmer bei uns eigentlich auch räumlich richtig verteilt erscheinen, daß wir an sich eine sehr sichere Stadt sind, daß wir auch diesen Statuts in der Zukunft behalten wollen und daß ich hier keine Möglichkeit sehe und es auch die Bevölkerung hier im Sicherheitsempfinden nicht dotieren würde, wenn ein Polizeiwachzimmer geschlossen werden würde. Wir haben ja an und für sich nur in Münchenholz - wenn Sie sich erinnern - das Problem, daß hier noch immer nicht endgültig entschieden ist, wie denn diese Übersiedlung aus einem Wohnbereich in das ehemalige Hotel Münchenholz stattfindet, nämlich von der Polizeidienststelle mit dem Wachzimmer, und wir haben jetzt mehrere Jahre diese Möglichkeit offen gehalten. Es war der Wunsch des seinerzeitigen Polizeidirektors Hofrat Eidherr, der auch von Hofrat Steiniger, der heute bei einem Gespräch da war, auch weiterhin vertreten wurde. Es ist so, daß hier Verhandlungen natürlich noch laufen über Investitionen, die sich ziemlich hoch gestalten, weil hier Sicherheitsvorkehrungen, die die Polizei wünscht, getroffen werden müssen, in einem Ausmaß von fast einer Million Schilling und das wird sich entweder in dieser Form abspielen können, daß das Bundesministerium hier die Investitionen durchführt oder aber, daß es in Form von höheren Mieten sozusagen finanziert wird. Es wurde heute auch dieses Problem mit Dr. Steinert besprochen. Er hat erklärt, daß die gesamte Strukturproblematik, die hier zur Debatte steht, im Februar zu einem Abschluß gebracht werden wird und daß auch in diesem Zusammenhang wir damit rechnen können, daß die Entscheidung im Bundesministerium fällt, wie und ob die Übersiedlung in Münchenholz in unser ehemaliges Hotel auch vorgenommen wird und in welcher Weise die Finanzierung erfolgt. Er hat versichert, daß hier nicht vorrangig die Schließung irgend eines Wachzimmers ins Auge gefaßt wird, sondern die Präsenz der Polizei auf öffentlichen Flächen und in der Öffentlichkeit. Diese Vorgangsweise ist für alle österreichischen Städte, die Bundespolizeidirektionen haben, gleichermaßen so vorgesehen. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen, weil ein Dringlichkeitsantrag der ÖVP zu diesem Thema eingebracht wurde.

Des weiteren darf ich berichten, daß hier über meine Initiative eine regionale Plattform zur Verwirklichung der dringend erforderlichen schnellen Straßenverbindung von Steyr zur Westautobahn gegründet wurde und diese hat ihre Vorstellungen am 7. November dem Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer, Landeshauptmann-Stellvertreter Hochmair und Baulandesrat Hiesl präsentiert. Wir haben dort verlangt, daß die B 115 zur Autobahn hier ausgebaut wird zu einer schnellen und leistungsfähigen Verkehrsverbindung. Es haben sich alle Bürgermeister von Steyr-Land, auch der Herr Bezirkshauptmann und die Chefs der großen überregional wirkenden Steyrer Unternehmungen hinter dieser Initiative versammelt und es ist klar und unmißverständlich deutlich gemacht worden, daß hier durch das Fehlen einer attraktiven Anbindung an das über-regionale Autobahnnetz grobe Benachteiligung des Wirtschaftsraumes Steyr und des Großraumes Steyr eigentlich so rasch als möglich beseitigt werden soll.

Es sollen unmittelbar, und das war die Zielvorstellung, im Anschluß an die Fertigstellung der Nordspange mit dem Ausbau der B 115 begonnen werden. Hier ist uns von Landeshauptmann Dr. Pühringer und Landesrat Hiesl zugesagt worden, daß hier in Gesprächen mit den betroffenen Gemeinden Dietach und Kronstorf geklärt wird, in welcher Weise Umfahrungen möglich sind, daß eine Trassierungsstudie im 1. Quartal nächsten Jahres vorgelegt wird und ich meine, wir dürfen nicht locker lassen, daß wir nunmehr auch diese Forderung auch wirklich zum Durchbruch bringen und diesen Ausbau auch zustande bringen, sonst wird sich vermutlich beim Altbestand Durchfahrt Dietachdorf eine katastrophale Nadelöhrsituation ergeben, und das wäre nicht in unserem Sinne.

Ich darf weiterhin mitteilen, daß dieses Jahr wiederum diese Regelung ins Auge gefaßt wird, daß an den Einkaufssamstagen jeder Busfahrtschein als Tagesnetzkarte gilt. Diese Einrichtung hat sich sehr bewährt und sie soll auch in diesem Jahr wieder eingesetzt werden. Das bringt natürlich einen Einnahmenentfall für die Stadt, aber ich glaube wir nehmen den zur Kenntnis, und haben dies auch

in der Vergangenheit gemacht, um hier ein attraktives Angebot zu bieten und zur Verkehrsentslastung beizutragen.

Gemäß unseres Gemeinderatsbeschlusses haben wir einen Lehrling bereits eingestellt und werden in den nächsten Wochen einen weiteren Lehrling einstellen. Das ist natürlich nicht die Lösung des Problems, Herr Dr. Pfeil, da pflichte ich Ihnen wirklich bei. Das haben wir aber auch bei dieser Debatte festgestellt, es geht ja letzten Endes darum, daß diese Lehrlinge, die wir einstellen können, tatsächlich auch ihren Beruf ordentlich erlernen können, das sollten wir bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, nicht außer acht lassen, daß wir nur an zwei Stellen Befähigungsnachweise auch erbringen können, daß wir Lehrlingsausbildung durchführen können. Es gibt aber eine sehr weit gediehene Initiative der Arbeitsmarktverwaltung, Arbeitsmarktservice, neuer Name, mit der Lehrwerkstätte der Steyr-Nutzfahrzeuge-AG, wo nämlich die entsprechenden Qualifikationen, Einrichtungen und Räumlichkeiten vorhanden sind, wo man das Ausbilden von Lehrlingen professionell machen kann. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, und in diesem Zusammenhang sei mitgeteilt, daß auch hier vorgesehen wird, daß sich auch die Kommune an dieser Aktivität und Maßnahme beteiligt. Die Größenordnung wird noch zu verhandeln sein, aber hier werden wir noch Gelegenheit haben das in Zusammenhang mit weiteren Gesprächen etc. zu erörtern.

Die „Schwarze Brücke“ ein Bauwerk, das wir so zwischendurch in Angriff genommen haben, nämlich die Restaurierung derselben, wird plangemäß abgeschlossen. Am Montag, dem 2. Dezember wird die Schwarze Brücke wieder voll für den Verkehr freigegeben. Die Investitionen betragen rd. 2 Millionen Schilling. Es ist das gesamte Tragwerk erneuert worden. Die Brücke wird wieder für die volle Tragkraft von 12 Tonnen freigegeben werden.

Die Busverbindung, die wir interimsmäßig eingerichtet haben und die gut angenommen wurde, die rund S 70.000,- zusätzliche Kosten für die Stadt verursacht hat, wird natürlich nach dieser Inbetriebnahme der Brücke wieder eingestellt.

Ich darf weiters mitteilen, meine Damen und Herren, daß Werbeagenturen bereits am Werbekonzept unserer Stadt arbeiten und Sie wissen ja, daß wir uns entschlossen haben, ein Stadtmarketingkonzept, das von Wirtschaftstreibenden, Experten aus Tourismus und Gastronomie und Vertretern von Ämtern und Behörden erstellt wurde, auch umzusetzen. Hier haben vier Agenturen, die eingeladen wurden, ein Konzept entwickelt, wobei es darum geht, das ist hier auch die Meinung des Stadtmarketing-Lenkungsausschusses gewesen, eben das „Gesamtprodukt Stadt Steyr“ besser zu verkaufen und die Verbindung von zahlreichen Stärken und Vorzügen sozusagen herauszuarbeiten und einen „Dachslogan“ für diese Werbung zu kreieren. Es müssen daraus attraktive und öffentlichkeitswirksame Werbebotschaften abgeleitet und entwickelt werden. Es ist hier eben notwendig, diese Ideen sozusagen in Imagefördernden Aktionismus umzusetzen. Diese Aktivität soll vorerst für 3 Jahre ausgelegt werden. Wir haben hier zunächst einen Betrag von 1,5 Millionen Schilling ins Auge gefaßt, der 1997 freigegeben werden soll. Es wird eine Präsentation dieser Ideen durch diese Agenturen am 3. Dezember stattfinden. Die Einladungen sind an die Stadtsenatsmitglieder bereits ergangen.

Ich darf weiters mitteilen, daß seit 15. Oktober zwei Streetworker im Einsatz sind. Wie Sie wissen, war das ein Wunsch, der auch über Beschlußfassung im Jugendgemeinderat herangetragen wurde. Kollegin Mach hat sich hier mit der Landesregierung auch insofern ins Einvernehmen gesetzt, daß hier für die Stadt eine sehr günstige Finanzierung zustande gekommen ist. Die Streetworker sind in der Pfarre Resthof im ehemaligen Jugendzentrum untergebracht, welche die Pfarre kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Wir werden hier über diese Schiene erwarten können, daß im Jugendbereich etwas geschieht und wir diese Dinge rechtzeitig positiv beeinflussen können.

Eine zusätzliche Attraktion - wie ich hoffe - werden wir durch die Aufstellung einer Weihnachtskrippe mit lebens-großen Figuren in der Teufelsbachgrotte haben. Ich hoffe, daß diese

neue Attraktion sich fugenlos in die vielen Anstrengungen und Angebote, die wir in der Weihnachtszeit als Christkindlstadt Steyr anbieten, sich hier einfügt. Der Steyrer Krippenbauer Siegfried Jäger hat diese Figuren in vielen, vielen Stunden hergestellt, es werden insgesamt 10 Figuren sein. Es ist hier vorgesehen diese Krippe am kommenden Samstag um 18.00 Uhr der Bestimmung zu übergeben.

Am Steyrer Stadtplatz haben wir im Zuge weiterer Aktivitäten heuer, Sie werden es schon gesehen haben, eine Pyramidenfichte, ein an sich seltener Baum. Als Weihnachtsbaum ist er aufgestellt worden und es sind 11 weitere Christbäume aufgestellt worden, die von Steyrer Bürgern gespendet worden sind. Es wird auch Gelegenheit sein, bei der Eröffnung unseres Adventmarktes am Samstag, um 16.00 Uhr, Herrn Alfred Koller, das ist jener Herr, der uns diese Pyramidenfichte gespendet hat, zu danken. Auch allen anderen sei der Dank unserer Stadt ausgesprochen.

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage bringt nach wie vor personell Probleme mit sich. Wir sind wiederum bei einer Arbeitslosenquote von 7 % angelangt. Damit liegen wir also doch um 2,1 % über dem oberösterreichischen Durchschnitt und rund um ein halbes Prozent über dem Österreichdurchschnitt. Bei den Lehrstellen zeigt sich, daß hier nur 208 offene Lehrstellen gemeldet sind, das sind 22 weniger als im Vormonat. 166 Lehrstellensuchende verteilen sich auf 40 offene Lehrstellen. Die Anzahl der Lehrstellensuchenden Jugendlichen ist gegenüber dem Vormonat um 10 Personen gestiegen.

STADTRAT GERHARD BREMM

trifft um 14.40 Uhr ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, das waren die Mitteilungen und ich werde nunmehr den Vorsitz übergeben an Kollegin Mach. Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, diesen bereits angesprochenen Antrag, Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion, nämlich mit dem Ziel, heute eine Resolution an Bundesminister für Inneres Dr. Caspar Einem zu beschließen. Und zwar steht hier, ich bringe das kurz zur Verlesung:

Das Grobkonzept für die Strukturüberprüfungen und Strukturbereinigungen innerhalb der Bundespolizei-irektionen des Bundesministeriums für Inneres sieht vor, daß es wahrscheinlich erforderlich sein wird, Wachzimmer zusammenzulegen (-schließen) und die Besetzung massiert zu konzentrieren. Für Steyr bedeutet dies, daß ein Wachzimmer geschlossen werden soll (Bahnhofstraße, Münichholz, Rathaus?). Da sowohl aus der Sicht der Bevölkerung, als auch leitender Beamter der Sicherheitswache, es undenkbar erscheint, irgend ein Wachzimmer in Steyr aufzulassen, stellen wir folgenden Dringlichkeitsantrag gem. § 7 der Geschäftsordnung:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Resolution an Herrn Bundesminister für Inneres Dr. Caspar Einem.

Aus dem Grobkonzept des Bundesministerium für Inneres für Strukturüberprüfung und Strukturbereinigung geht hervor, daß es wahrscheinlich erforderlich sein wird, Wachzimmer zusammenzulegen und die Besetzung massiert zu konzentrieren. In der Stadt Steyr soll ein Wachzimmer geschlossen werden. Dem Vernehmen nach soll es das Wachzimmer Bahnhofstraße, Münichholz oder Rathaus betreffen. Die Dienststelle Bahnhofstraße wurde 1994 neu gebaut mit

einer Investitionssumme von S 2,4 Millionen. Es ist eines der modernsten Wachzimmer Österreichs, von dem aus ca. 9.900 Bewohner betreut werden. Das Wachzimmer Münchenholz befindet sich abgelegen vom Stadtzentrum, wo sich hauptsächlich Wohnanlagen und Industriebetriebe befinden. An Bewohnern werden ca. 8.600 betreut. Das Wachzimmer Rathaus ist ein Zentrumswachzimmer, das auch als Schulwachzimmer für auszubildende Beamte verwendet wird. An Bewohnern werden 5.800 betreut. Sowohl für die Steyrer Bevölkerung als auch für uns Vertreter der Stadt erscheint es aus Gründen der Sicherheit undenkbar, daß ein Wachzimmer in Steyr geschlossen wird. Unter anderem sei einzigartig in Österreich, daß schon 1994 das Wachzimmer in der Polizeidirektion gesperrt wurde.

Es wird ersucht, diesen Dringlichkeitsantrag aufgrund der Aktualität und Dringlichkeit in der Sitzung am 28. 11. 1996 in Behandlung zu nehmen.

Dieser Antrag steht zunächst zur Debatte und es ist hier die Frage und Abstimmung dann vorzunehmen, ob wir ihm die Dringlichkeit zuerkennen. Persönlich bin ich der Auffassung, daß er teilweise überholt ist, daß aber zum ändern es nicht schaden kann, wenn zusätzlich zu dem Gespräch, das vom Ministerium angeregt wurde und heute stattgefunden hat und über das ich berichtet habe, eine Resolution beschlossen wird. Ich würde nur anregen und ersuchen, diese Resolution so zu formulieren, daß sie mit dem Gespräch, das heute stattgefunden hat, kompatibel ist. Es wurde heute vom Vertreter des Ministers nicht ins Gespräch gebracht. Ich habe erzählt, was er gemacht hat. Ich bin schon dafür, daß wir beschließen, daß keines geschlossen werden soll. Aber wir sollten es nicht auch sozusagen mit dieser Resolution herbeireden. Da sind wir mittlerweile schon weiter. Ich würde anraten, daß wir dieser Resolution die Dringlichkeit zuerkennen, daß wir sie am Ende der Tagesordnung behandeln und beschließen, aber in der Zwischenzeit noch eine Formulierung entwickeln, die hier so abgestellt ist, daß das vom Ministerium angeregte Gespräch, das heute stattgefunden hat, ins Konzept hineinpaßt. Sonst würde ja der Eindruck entstehen, sie waren nicht in Steyr, haben nicht gesagt, daß sie es nicht zusperren wollen usw. Worum es geht, ist ja eigentlich durch Beschluß des Gemeinderates dem Nachdruck zu verleihen, was heute schon gesagt wurde, was auch die Steyrer Polizeidirektion meint und dies durch einen Gemeinderatsbeschluß zu unterstützen. In die Richtung würde ich bitten, daß wir die Vorgangsweise wählen. Ich darf fragen, ob hier zu dieser Resolution, zu diesem Dringlichkeitsantrag und zur Dringlichkeit das Wort gewünscht wird.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Zur Dringlichkeit bzw. zur Resolution: Aufgrund einer Behördenleiterbesprechung beim Bundesministerium für Inneres am 23. 10. 1996 langte bei der Bundespolizeidirektion Steyr ein Grobkonzept für Strukturüberprüfung und -bereinigung vom Bundesminister für Inneres mit dem Hinweis auf Wachzimmerzusammenlegungen, in meinen Augen ist eine große Gefahr von Schließungen, ein. Dies zum ersten, zum zweiten auf eine Dringlichkeitsanfrage von Bundesräten, betreffend der Bedrohung der Sicherheit der Bevölkerung österreichischer Städte durch geplante Schließungen von Wachzimmern, wick in der Beantwortung der Bundesminister auch eher konkret aus. Insbesondere gebe ich zu bedenken, wenn ich mir dieses Grobkonzept für Strukturüberprüfungen und -bereinigungen innerhalb der Bundespolizeidirektionen ansehe, es heißt in diesem Konzept: Das nachstehende Konzept versteht sich als grober Leitfaden für die gebotenen Strukturüberprüfungen und -bereinigungen innerhalb der Bundespolizeidirektionen. Der Punkt 1) die Einleitung besagt, das Bundesministerium für Inneres, Gruppe Bundespolizei, sieht sich aufgrund des Budgetkonsolidierungsprogrammes der Bundesregierung veranlaßt davon auszugehen, daß es in absehbarer Zukunft zu keinen Planstellenvermehrungen, sondern sogar zu Planstellenverminderungen kommen wird. Das hierortige Ressort bzw. die einzelnen nachgeordneten Behörden stehen damit vor der Herausforderung, die polizeiliche Präsenz, Effizienz und die personellen Randbedingungen sicherzustellen. Jetzt kommt dieser Satz, der mir sehr bedenklich erscheint, wo wir vorsichtig sein

müssen. Es heißt dann im Pkt. 1) der Einleitung in diesem Grobkonzept „so wird es wahrscheinlich erforderlich sein, in der Folge der Personalbindung Wachzimmer zusammenzulegen und für die Besetzung massiert zu konzentrieren“. Ich finde, wenn ich das lese, eine sehr, sehr große Gefahr, kann mich aber der Meinung des Herrn Bürgermeisters anschließen, daß wir diesen Antrag abstimmen auf das Gespräch von heute. Für die Dringlichkeit trete ich natürlich ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Kollege Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren, Kollegen und auch Zuhörer, nach Kopfnicken und Umfrage in unserer Fraktion kann ich nur sagen, wir sind selbstverständlich auch für die Zuerkennung der Dringlichkeit für diesen Antrag. Es gilt hier der Grundsatz des „pricipiis obsta“, d.h. wehret den Anfängern. Selbst wenn heute von Seiten des Innenministeriums kein Wort darüber gefallen ist, daß ein Wachzimmer geschlossen werden soll oder nicht, so sagt es bei der derzeitigen Gestion dieses Ressorts überhaupt nichts, daß man nicht doch derartiges vorhätte. Und ich halte daher den Resolutionsantrag an sich für gut. Daß wir das eine oder andere noch umformulieren werden und daß wir uns hier, würde ich bitten, sogar zusammenschließen, halte ich auch für richtig. Es gilt auch in Friedenszeiten ein altes Wort „si vis pacem para bellum“, rüste Dich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünschen die anderen Fraktionen auch zu dieser Frage der Zuerkennung der Dringlichkeit das Wort? Keine Wortmeldung gewünscht. Daher stimmen wir ab. Über die Zuerkennung der Dringlichkeit dieses Dringlichkeitsantrages der ÖVP mit der Maßgabe, daß wir am Ende der Sitzung hier diese Resolution debattieren und beschließen. Wer für diese Zuerkennung ist, bitte ich ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Einstimmig wurde diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt. Ich gehe einmal davon aus, daß wir im Laufe der Sitzung und in Pausen usw. einen Text formulieren, der dann zur Beschlußfassung vorliegen soll.

Unverständliche Gespräche.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Der Antrag Nr. 1) in meinem Ressort beschäftigt sich mit dem Nachtragsvoranschlag 1996. Ich möchte dazu feststellen, daß sich das Budget 1996 im Vollzug eigentlich plangemäß bzw. positiv überplanmäßig entwickelt hat. Dies bestätigt eigentlich der vorliegende Nachtragsvoranschlag. Die Ergebnisse sind deswegen positiv einzuschätzen, weil durch steigende Einnahmen einerseits sowie durch eine restriktive Ausgabenpolitik gegenüber dem Budgetansatz im ordentlichen Haushalt heuer ein Überschuss von 16,2 Millionen Schilling erzielt wird. Gleichzeitig werden um 10 Millionen mehr als vorgesehen an

Schulden getilgt und die Rücklagen erhöhen sich gegenüber dem geplanten Stand im Voranschlag 1996 um beachtliche 52 Millionen auf insgesamt 106 Millionen Schilling. Im Vergleich zu den präliminierten Budgetansätzen weist der Nachtragsvoranschlag eine Ausweitung des Gesamtbudgetumfanges für das Jahr 1996 um S 93 Millionen auf insgesamt eine Milliarde einhundert-fünfund-siebzig Millionen Schilling aus. Der ordentliche Haushalt hat sich um S 56,7 Millionen auf S 996.598.000,-- und der außer-ordentliche Haushalt um S 36.365.000,-- auf S 179,3 Millionen erhöht. Zum o.H. 1996 darf ich erläutern, daß ursprünglich, und Sie er-innern sich, ein Abgang von 2,9 Millionen Schilling präliminiert war. Durch die gute Einnahmenentwicklung so-wie äußerst große Sparsamkeit bei den Ausgaben ist dieser Abgang in einen Überschuß von S 16,2 Millionen umgewandelt worden, was eine konkrete Ergebnisverbesserung im laufenden Haushaltsjahr von S 19,1 Millionen bedeutet. Wenn man dazu noch in Rechnung stellt, daß die Stadt gleichzeitig um nicht weniger als 10 Millionen Schilling mehr, als ursprünglich veranschlagt, auch an Schulden getilgt hat, konnte sogar eine Ergebnisverbesserung von mehr als S 29 Millionen erzielt werden. Die wesentlichen Mehreinnahmen im o.H. entfallen auf die Ertragsanteile. Das bedeutet, daß sich die Wirtschaft eigentlich gut entwickelt hat, nämlich hier Ertragsanteile um S 17,6 Millionen angestiegen sind. Die Kommunalsteuer entwickelt sich langsam aber doch, macht teilweise jedenfalls zu einem großen Teil mittlerweile wieder gut, was uns die Abschaffung der Gewerbesteuer nach Ertrag gekostet hat. Es haben sich die Kanalanschlussgebühren positiv entwickelt, immerhin mehr als 2,5 Millionen Schilling sind hier dazugekommen, was auf die rege Bautätigkeit schließen läßt. Und letzten Endes haben wir noch eine Gewerbesteuernachzahlung von säumigen Steuerzahlern in diesem Bereich nach Finanzamtsüberprüfung von 2 Millionen Schilling bekommen. Die wesentlichen Minderausgaben im o.H. sind hier folgende:

1. Eine doch beachtliche Reduktion der Kapitalkosten, also Zinsenreduktionen, die durch unser modernes Finanzmanagement erzielt werden konnten, immerhin 9,3 Millionen Schilling, dadurch, daß wir unsere Darlehen angepaßt haben an die sinkenden Darlehen und neue Möglichkeiten der Verzinsung. Wir haben das ausreichend debattiert. Auch der Krankenanstaltenbeitrag an das Land OÖ ist hier reduziert worden um 3,5 Millionen Schilling. Im Bereich der Sozialhilfe 1,5 Millionen Schilling, Schulerhaltungsbeitrag 1,3 Millionen Schilling, der Beitrag an den Reinhaltungsverband ebenfalls ein Minus von 1,1 Millionen Schilling. Mindereinnahmen haben wir natürlich auch erzielt, etwa bei den Beiträgen des Landes für die Müllbeseitigung im Ausmaß von S 2,0 Mio., der Heim- und Hauskrankenpflege von 1,2 Mio. Schilling und auch bei Strafgeldern nach der Straßenverkehrsordnung. Mehrausgaben gegenüber dem Budgetvoranschlag ergaben sich durch die im Zuge der Darlehensübertragung Kommunalzentrum an die Stadtwerke notwendige Kapitaleinlage von 1,5 Mio. Schilling für Darlehenstilgungen. Außerdem mußten im langen Winter, den wir gehabt haben, für Straßenreinigung und Streuerausgaben 4 Mio. Schilling mehr aufgewendet werden. Ein enormer Brocken ist auch im Bereich der Jugendwohlfahrt aufgewendet worden über den Budgetansatz, weil man das auch nicht präliminieren kann, nämlich Kostenersätze an das Landes Oberösterreich für Heimbetreuung im Ausmaß von 4,6 Mio. Schilling mehr. Außerdem ist hier auch als Landesumlage eine höhere Position von S 3,5 Mio. an Mehrkosten angefallen. In diesem Bereich erwarten wir im kommenden Jahr durch die neuesten Verhandlungen zum Landesbudget reduzierte Aufwendungen. Im ao. H., der sich hier auf 179,3 Mio. Schilling erhöht hat, sind in erster Linie Verschiebungen verantwortlich, die sich aufgrund laufender Projekte, die sich über die Budgetjahre 1995 und 1996 hingezogen haben und des zugehörigen Übertragungsbeschlusses des Gemeinderates aus dem März 1996 in Höhe von 46,8 Mio. Schilling ausgewiesen und begründet. Es hat außerdem hier eine Verbesserung gegeben, weil entsprechende Mittelzuführungen zwischen dem ao. H. und dem o.H. aufgrund der wirtschaftlich positiven Entwicklung nicht erforderlich waren. Wir haben weniger Kredite gebraucht, meine Damen und Herren, als wir bei Budgeterstellung angenommen haben. Für die Bedeckung des ao. H. waren grundsätzlich vorgesehen Darlehensaufnahmen in Höhe von 102,8 Mio. Schilling, wobei 67,3 Mio. im Budget vorgesehen waren und 35,5 Mio. durch den Übertragungsbeschluß aus 1995 vorgesehen gewesen sind. Durch Mittelzuführung aus erzielten Verkaufserlösen, die präliminiert waren, konnte dieser Betrag aber um 14,7 Mio. deutlich auf 88,1 Mio. Schilling reduziert werden. Was das besonders Erfreuliche daran ist, daß in einem Jahr der Rücklagenstand eigentlich verdoppelt werden konnte. Im Budgetvoranschlag 1996 betrug der geplante Rücklagenstand 51 Mio. Schilling, der nicht zuletzt aufgrund der Einsparungen beim

Personalaufwand in Höhe von 23 Mio. Schilling den positiven Abschluß des Rechnungsjahres 1995 er-möglichte, eine Erhöhung der Rücklagen um 33 Mio. auf 84 Mio. Schilling und der Nachtragsvoranschlag 1996 zusätzliche Einsparungen, u.a. im Personalkostenbereich von 20 Mio. Schilling sieht eine weitere Aufstockung um 22 Mio. Schilling vor, sodaß der aktuelle Rücklagenstand der Stadt Steyr 106 Mio. Schilling beträgt und einer Verdoppelung innerhalb eines guten Jahres entspricht. Ebenso erfreulich ist es, daß sich der Schuldenstand unserer Stadt um 25 Mio. Schilling verringert hat. Durch geringere Kreditaufnahmen und verstärkte Schuldentilgung konnte der Darlehensstand der Stadt Steyr gegen den Budgetansatz 1996 von 770,3 Mio. Schilling auf 745 Mio. Schilling, um insgesamt S 25 Mio. verringert werden. Darin enthalten sind auch die an die Stadtbetriebe übertragenen Restdarlehen für das Kommunalzentrum in Höhe von 78 Mio. Schilling, sowie die langfristigen Finanzierungskredite für den Kanalbau, von insgesamt 167,2 Mio. Schilling. Diese Zahlen meine Damen und Herren, bestätigen eindrucksvoll, daß das Budget 1996, also für dieses Jahr, ein seriöser Ansatz gewesen ist. Worauf ich besonders auch hinweisen möchte, ist der Umstand, daß die bei der Budgetdebatte vorgebrachten Bedenken, es würde hier die Einnahmensituation zu euphorisch eingeschätzt, nicht eingetreten sind und die Zahlen uns doch recht deutlich zeigen, daß hier sehr seriös und sorgfältig vorgegangen wurde, man nennt dies in der Finanzpolitik „es hat sich um einen eher konservativen Ansatz gehandelt“, was die rechte Seite des Hauses freuen müßte. Also wir haben hier eine positive Entwicklung, die wir natürlich fortsetzen möchten. Das wird aber erst dann bei unserer weiteren Beratung, weiteren Gestionierung der Finanzen der Stadt, die ja auch unmittelbar bevorsteht, wir haben ja am 12. Dezember unsere Budgetsitzung, zeigen, daß wir uns auch für das weitere Jahr 1997 um eine ähnliche Vorgangsweise bemühen. Es soll dabei nicht verhehlt werden, daß die sorgfältigste Budgetplanung natürlich immer nur ein Ansatz ist, eine Schätzung ist, und daß es sich dabei um Erwartungen handelt. Es ist nicht im vorhinein auf den Schilling genau auszurechnen, welche Einnahmen wir bekommen werden, in Form der Ertragsanteile, der Zuwendungen, Förderungen, die wir uns ja auch im laufenden Jahr erst aushandeln müssen, oder die wirtschaftsabhängig eben die Einnahmensituation unserer Stadt beeinträchtigen oder auch positiv gestalten können. Es ist auch nicht möglich, bei der enormen Anzahl riesiger Projekte, die wir durchführen, auf den Schilling genau vorher festzustellen, auch nach sorgfältigsten Ausschreibungen und Preisverhandlungen nicht, was im Zuge der Errichtung z.B. von Flußbauwerken, von Brücken, von großen Bauvorhaben, von Renovierungsvorhaben, wirklich dann bei der Durchführung dieser Arbeiten in der Schlußabrechnung herauskommt. Wir verfolgen die Dinge sehr genau, aber es gibt im Baugeschehen auch Einflüsse, die man nicht vorhersehen kann, und daher ist es eigentlich selbst-verständlich, daß Nachtragsvoranschläge gemacht werden. Bei uns ist es üblich, nur einen solchen Nachtragsvoranschlag dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen. Er bringt in Wirklichkeit Genauigkeit und Überblickbarkeit in das Budgetgeschehen hinein und es ist in Richtung von den Maximen bei der Budgetgestaltung Klarheit und Wahrheit ein wichtiger Zwischenschritt. Der Rechnungsabschluß bringt letzten Endes erst den totalen Überblick auf den Groschen genau. Ich möchte aber auch bei dieser Gelegenheit sagen, daß dieser Nachtragsvoranschlag nicht nur der Orientierung dient, sondern daß er auch eine wichtige administrative Voraussetzung ist, nämlich rechtzeitig die Dinge wirklich so darzustellen, diese Abfassungen die deswegen notwendig werden, weil sich eben Veränderungen naturgemäß ergeben, die rechtzeitig und richtig zu machen im Nachtragsvoranschlag, wo man das Jahr schon überblicken kann und auch die zukünftigen Ausgaben und eine gewaltige Vereinfachung auch beim Rechnungsabschluß selbst. Das sollte bei dieser Gelegenheit auch betont werden, weil, wenn das nicht geschieht, ist all das, was hier an Veränderungen stattfinden muß, letzten Endes beim Rechnungsabschluß noch einmal genau auszuweisen und in jedem Fall zu begründen, ein enormer bürokratischer Aufwand, den wir sparsam gestalten können, durch die Gestaltung und Beschlußfassung von Nachtragsvoranschlägen. Ich kenne eine Reihe von Gemeinden, die mehrere solche Nachtrags-voranschläge beschließen. Es könnte auch bei enorm großen Ausgaben, die vielleicht in einem Budget ja auftreten, notwendig werden, mehrere solche Nachtragsvoranschläge zu beschließen. Ich kenne das z.B. aus Umlandgemeinden, die mehrere solche Nachtrags-voranschläge beschließen. Ich möchte gleich zu diesem Antrag, den ich Ihnen nunmehr vortragen werde, auch noch einen Abänderungsantrag vortragen, der aufgrund dieser Entwicklung uns möglich geworden ist und bei dem ich annehme, daß er allgemein zustimmend betrachtet wird.

1) Fin-110/96

NACHTRAGSVORANSCHLAG 1996.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 11. 1. 1996, womit der Voranschlag 1996 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1996 wie folgt abgeändert:

1. DER ORDENTLICHE HAUSHALT

Die Gesamteinnahmen von

S 939,944.000,-- auf

S 996,598.000,--, die Gesamtausgaben von S 939,944.000,-- auf S 996,598.000,-- sind somit ausgeglichen.

2. DER AUSSERORDENTLICHE HAUSHALT

Die Gesamteinnahmen von S 142,922.000,-- auf

S 179,287.000,--, die Gesamtausgaben von S 142,922.000,-- auf S 179,287.000,-- sind ebenfalls ausgeglichen. Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 11. 1. 1996 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1996 bleiben unverändert.

Ich trage Ihnen nun meine Damen und Herren, auch den ABÄNDERUNGSANTRAG vor. Er betrifft in Wirklichkeit, und Sie haben ihn vorliegen, eine Reihe von Kulturvereinen und -initiativen, die verhältnismäßig kleine Subventionen erhalten von der Stadt, und die im Zuge unseres Sparbudgets Kürzungen im Präliminare von 20 % erfahren haben. Aufgrund der Entwicklung des Budgets und des nunmehr vorliegenden Nachtragsvoranschlages, der darüber im Detail Auskunft gibt, ist es möglich, hier diesen Vereinen - diese Vorenthaltungen von 20 % ihrer Subventionen - im Zuge dieses Beschlusses nachzuzahlen, sodaß sie wieder mit jenen Ansätzen für ihr Vereinsbudget operieren können, die vor dieser Budgetfassung vorhanden gewesen sind.

Der Antrag lautet wie folgt:

Im Zuge der Verhandlungen über das Budget 1996 wurden verschiedenste Subventionen an kleine Kulturvereinigungen gegenüber den bereits um 10 % gekürzten Ansatz 1995 nochmals um 10 % reduziert. Da diese Subventionskürzung diese Vereine aufgrund ohnehin geringer Subventionsbeträge besonders trifft und der vorgelegte Nachtragsvoranschlag 1996 eine deutliche Verbesserung der finanziellen Situation zeigt, werden nachstehend angeführte zusätzliche Mittel für die genannten Vereine und die dargelegten Abänderungen zum vorgelegten Nachtragsvoranschlag 1996 beantragt:

Das Bildungszentrum Dominikanerhaus, die Bücherei der Pfarre Münchenholz, die Volkslesehalle Steyr sollen hier diese 20 %, insgesamt S 6.000,-- nachbezahlt bekommen aus der Voranschlagsstelle, die hier in Ihrer Unterlage angeführt ist und wo ich bitte, mir das Verlesen dieser Zahlen zu ersparen.

Der Theaterverein AKKU soll zusätzliche S 14.000,-- erhalten.

Der Männerchor Steyr, Musikverein Gleink, Stadtkapelle Steyr, Musikverein Christkindl, Kärntner Sängerrunde, Mandolinenorchester „Arion“, Arbeitersängerbund „Stahlklang“, 1. Steyrer Zitherverein, Club-Chor Steyr, MGV „Sängerlust“ sollen zusammen S 18.000,-- erhalten; die Volksbühne eine Zusatzsubvention im Ausmaß von S 2.000,--, die Kunstgruppe S 1.000,--, die Kärntner Landsmannschaft, der Trachtenverein, der Verein Heimatpflege zusammen S 3.000,-- und das Caritas Dekanatsamt Steyr bzw. das Presbyterium der evangel. Pfarrgemeinde zusammen S 4.000,--.

Es wird weiters ersucht, daß diesem Antrag zugestimmt wird, um den ordentlichen Haushalt auszugleichen, einer Reduktion der Zuführung an Rücklagen um S 48.000,--, das ist der Betrag der insgesamt die Nachzahlung dieser Sammelsubvention ausmacht, auf S 16,198.000,-- zuzustimmen.

Frau Vorsitzende, ich bitte, hier über diese Anträge debattieren bzw. dann abstimmen zu lassen. Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, nachdem es sich bei diesen Zahlen, die heute vorliegen, ich glaube, was die großen Ausgaben der Stadt anbelangen, daß es sich zu 98 % oder noch mehr Prozent um einstimmige Beschlüsse im Gemeinderat oder im Stadtsenat handelt, diesen Nachtragsvoranschlag auch die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Stadtrat Eichhübl, bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste! Nachdem wir bereits mehrmals Gelegenheit hatten, über den vorliegenden Nachtragsvoranschlag 1996 uns zu Wort zu melden und Meinungsäußerungen abzugeben, habe ich ursprünglich nicht vorgehabt, heute vor diesem Gremium einige Aussagen zu wiederholen. Die Vorlage dieses vom Herrn Bürgermeister bereits angekündigten Abänderungsantrages veranlaßt mich aber doch heute hier einige Anmerkungen zu machen. Ein Abänderungsantrag auf den ich nachher noch zurückkomme, aber gleich vorweg feststelle, daß die Unterschrift fehlt, also von weg ist der Abänderungsantrag? Darf ich dies vielleicht vorweg einmal klarstellen. Inzwischen habe ich aber die Möglichkeit zu sprechen und hier kann man dies vielleicht klären. Ein paar grundsätzliche Anmerkungen, wie angekündigt, zu diesem vorliegenden Nachtragsvoranschlag 1996.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Herr Bürgermeister hat gemeint, daß eine Budgeterstellung hauptsächlich in den Erwartungen liegt und es daher notwendig ist, einen Nachtragsvoranschlag und in weiterer Folge einen Rechnungsabschluß vorzulegen. Na ja, Herr Bürgermeister, da bin ich nicht ganz Ihrer Meinung. Denn Erwartungen können wir ja keine zu großen haben, wenn ich an die Budgeterstellung für 1997 denke und wenn ich an die fix stehenden Kosten denke, dann sind diese Erwartungshaltungen, der Kollege Spöck nickt bereits, sehr gering einzuschätzen. Wir verhehlen es aber nicht, meine Damen und Herren des Gemeinderates, von Freiheitlicher Sicht aus zu sagen, daß einige positive Grundtendenzen in diesem Nachtragsvoranschlag drinnen sind, obwohl sehr hohe Abweichungen feststellbar sind, zum Teil sind es vorhersehbare Abweichungen, zum Teil unvorhersehbare Abweichungen. Ich darf nur überblickmäßig den ordentlichen Haushalt beurteilen. Da stehen doch den Mehreinnahmen in Höhe von S 65,4 Mio., Mindereinnahmen von S 18,4 Mio. gegenüber, ebenso bei den Mehrausgaben stehen S 67,0 Mio. und Minderausgaben von S 17,7 Mio. Sie sind entsprechend aufgelistet, wir haben darüber diskutiert, näher darf ich nicht darauf eingehen. Ich

wollte nur die Größenordnungen einmal wieder mehr vor diesem Gremium darlegen. Ebenso betrifft es auch den außerordentlichen Haushalt, wenn man schaut, daß es hier Mehrausgaben gibt von S 51,4 Mio. und Minderausgaben von S 22 Mio. und auf der letzten Seite bei den Einnahmen, ist ebenfalls doch eine erhebliche Abweichung festzustellen. Nun aber meine Anmerkungen zu dem Abänderungsantrag. Es ist wirklich erstaunlich, hier muß ich die Vorgangsweise kritisieren. Wir haben am 14. 11. 1996 im Stadtsenat diesen Nachtragsvoranschlag behandelt. Wir sind erst jetzt, am Montag, dem 25. 11. beisammen gewesen, im Finanz- und Rechtsausschuß, ebenfalls keinerlei Anmerkungen, daß es einen Abänderungsantrag geben wird. Daher hätten wir uns zumindest erwartet, daß man darüber redet, obwohl es nicht große Summen sind, über die hier gesprochen wird. Man hat offensichtlich wieder die Absicht, diese Situation so darzulegen, nachdem man ja weiß, daß die Freiheitlichen diesen Nachtragsvoranschlag die Zustimmung nicht geben werden, im Hinblick darauf, daß wir auch dem Budget 1996 aus bekannten Gründen die Zustimmung verwehrt haben, daß man vielleicht dann doch wieder sagt, na ja die Freiheitlichen sind sogar gegen eine geringe Vereinsförderung. Das sind wir nicht, meine Damen und Herren, keineswegs, wir vergönnen diesen Vereinen natürlich diese Mehrzahlungen, obwohl es wirklich ja lächerliche Beträge sind, wenn ich schau´, bekommt der eine Verein S 1.000,--, der andere Verein S 2.000,-- mehr. Ich glaube, und das ist auch meine Anmerkung, da gibt es sicherlich Vereine drinnen, wo man durchaus tiefer in die Tasche greifen könnte, Herr Kollege Stadtrat Spanring, das möchte ich damit zum Ausdruck bringen und deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet. Aber wie gesagt, das sind halt so die Tendenzen, ein bißchen mehr Geld haben wir in der Kassa, verteilen wir es, um wieder doch gut in der Öffentlichkeit dazustehen. Bitte stellen wir doch die Vereinsförderung auf vorteilige Füße, schauen wir doch einmal, was in den Vereinen geleistet wird und schauen wir, daß wir eine ordentliche Vereinsförderung betreiben. Meine Damen und Herren, ich darf abschließend nochmals sagen, wir werden diesem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung nicht geben. Ich persönlich werde mich der Stimme enthalten. Danke für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer wünscht als nächster das Wort? Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auch zum vorliegenden Abänderungsantrag Stellung nehmen, nachdem zum Nachtragsvoranschlag 1996 ausführlich in den Gremien diskutiert worden ist. Man muß etwas zurückgreifen, bei den Budgetverhandlungen für 1996 habe ich vehement hingewiesen, daß gerade im Kulturbereich hier teilweise Kürzungen bis zu zwei Drittel hingenommen werden müssen - zwei Drittel an Kürzungen. Man hat auch die weitere 10 %- Kürzung im Kulturbereich einfach hingenommen. Die Grünen haben sogar dem Budget zugestimmt, obwohl sie gewußt haben, daß hier im Kulturbereich weiter gekürzt wird. Und jetzt mit peanuts einen Nachtragsvoranschlag hier herzustellen, das ist schon ein starkes Stück, Herr Bürgermeister. Wir sitzen wirklich alle paar Tage zusammen, und wenn das Ihre Finanzpolitik ist, Ihre zukunftsweisende, daß wir jetzt den Vereinen S 1.000,--, S 1.500,-- dann nachschicken und „mit freundlichen Grüßen, Ihr Bürgermeister, schöne Weihnachten“. Also das ist wirklich ein starkes Stück und ich glaube, daß sich die Vereine das nicht verdient haben, das ist unverständlich. Ich glaube, daß der ganze Aufwand, der technokratische Aufwand hier im Hause mehr kostet, als hier diese Vereine bekommen. Wenn man rechnet, wieviel Leute das hier sind, wieviel hier diskutiert werden muß, zuerst streicht man ihnen die Subvention und nachher schickt man ihnen peanuts nach. Da kann ich die Welt wirklich nicht mehr verstehen. Selbstverständlich sind wir für eine verbesserte Förderung im Kulturbereich, nur man verbindet es natürlich mit einer Zustimmung für den Gesamtnachtragsvoranschlag und dem können wir aus

bekanntem Gründen nicht zustimmen. Das ist genauso wie im Dienstpostenplan, wenn wir einige Dienstposten im oberen Bereich vehement kritisieren, aber eine differenzierte Abstimmung nicht möglich ist, na selbstverständlich müssen wir den gesamten Dienstpostenplan auch ablehnen. Auch wenn die Gewerkschaft dann einige Dinge, wie aus dem Flugblatt, das heute wieder verschickt worden ist, nur herausgreift, was ihnen paßt. Also diese Form der Öffentlichkeitsarbeit haben wir auch schon einmal gehabt.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Verläßt um 15.25 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächste Wortmeldung Herr Gemeinderat Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr verehrte Jugendgemeinderäte, sehr verehrte Gäste! Der Herr Bürgermeister hat gesprochen von restriktiver Ausgabenpolitik. Gerade in seinem eigenen Bereich ist mir aufgefallen, in der Pressestelle hat er enorm überzogen, Voranschlag S 860.000,-- und plus S 953.000,-- bei den Handelswaren für die Pressestelle, Amtsblatt und Öffentlichkeitsarbeit. Ein schöner Brocken Geld. Dann sagt er wieder, wir sind sehr restriktiv bei den Ausgaben. Beim Personal hat er uns erzählt, daß er Millionen einspart, aber ...

Zwischenruf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte um Ruhe. Der Herr GR Fürweger ist jetzt am Wort.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

... dann sagt er wieder restriktiv bei den Personalausgaben, aber auf den Antrag von uns, die Computerzulagen abzuschaffen, sagt er aber nichts dazu. Er sagt, bei den Personalaufnahmen war es so seriös und nimmt im Alleingang die Leute auf wie er will. Bei der Personalvertretung sagt er, wir sind restriktiv bei den Ausgaben, S 400.000,-- waren erwünscht von Stadtrat Spanring. Dann sagt er, wir sind restriktiv. Jetzt erst diese Woche, ganz aktuell, wir sind restriktiv bei den Ausgaben unserer Organe in der Stadt. Es kostet immerhin S 10 Mio., bei den Pensionen geben wir S 5,7 Mio. aus für

die Ex-Bürgermeister und Ex-Stadträte und jetzt sogar will er noch einen dritten Vizebürgermeister - sehr restriktiv. Man spricht da von Orientierung, wir sollen uns orientieren an einem Abänderungsantrag, da geht es um tausende Schilling. Er geht jetzt mit der Gießkanne, es ist ein bißl kalt jetzt für diese Jahreszeit, Herr Bürgermeister, wenn Sie jetzt mit der Gießkanne herumgehen. Man sollte eigentlich im Frühling gießen, aber nicht jetzt im Winter, daß wir uns jetzt das Gießkannenprinzip der Sozialisten anschauen müssen, kurz vor Weihnachten in so einer Art, ich glaube, das ist nicht mehr zeitgemäß. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht als nächster? Herr Stadtrat Spöck bitte.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich betrachte es auch als sehr positiv, die Verbesserungen von den S 30 Mio. wovon der Herr Bürgermeister gesprochen hat, daß die S 10 Mio. mehr an Schulden getilgt worden sind, daß die Rücklagen sich erhöht haben auf die S 106 Mio. Alleine beim Alten- und Pflegeheim Tabor haben wir tatsächliche Mehreinnahmen von S 5,8 Mio., durch Selbstzahler S 4,3 Mio., durch Teilzahler S 1,5 Mio., sicherlich sehr, sehr positive Zahlen. Allein wenn man nur diesen Zahlen zustimmen müßte, diesen Beschlüssen, die heuer gefaßt worden sind, zum Teil, zum größten Teil auch einstimmig, müßte man „JA-SAGEN“, positive Zahlen. Aber trotzdem meine Damen und Herren des Gemeinderates, glaube ich, jubeln können wir nicht, trotz der Einsparungen beim Personal, die vom Herrn Bürgermeister angesprochen worden sind. Die Personalausgaben machen immerhin noch immer 40 % der Gesamteinnahmen des o.H. aus, das heißt S 391 Mio., S 328 Mio. fließen davon alleine an Beamte und Vertragsbedienstete. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit immer wieder an den GR-Beschluß im Dezember 1994 der besagt hat, daß die Beförderungsrichtlinien zu überarbeiten sind, unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit bis zum 30. Juni, geschehen ist nichts. Offen auch immer noch die Stellenbewertungen, Frist ist der 31. 12. 1995. Es hat zwar eine Projektgruppe gegeben, die im März und im Mai 1995 getagt hat, herausgekommen ist dann, das KGSD - Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung Stellenbewertung, ähnlich wie in Salzburg und in Wels. Aber auch dort ist dieses Modell nicht unumstritten. Um nur ein Beispiel zu nennen, die Bewertungskommission würde sich aufgrund dieses Modelles aus 5 Mitgliedern zusammensetzen, dem Magistratsdirektor, dem Leiter der FA für Personalverwaltung, dem Präsidialdirektor, dem Obmann der Personalvertretung und einem Mitglied aus der Personalvertretung bzw. jetzt kommt ja auch der Leiter der FA Personalverwaltung aus der Personalvertretung. Ich frage, was würde sich damit ändern, wenn man sich selber bewertet? Daher wurde von unserer Fraktion damals in der Personalbeiratssitzung am 6.12.1995 gefordert, den Antrag zurückzustellen und Beispiele zu erarbeiten im A-, B-, C- und D-Bereich und dann neuerlich sich damit zu befassen. Seither ist nichts passiert. Man könnte diese Punkte, diese Liste noch fortsetzen. Ich denke an das mittelfristige Finanzkonzept und andere berechnete Forderungen, die von unserer Fraktion in der Budgetsitzung aufgestellt worden sind. Ich glaube auch, der Spielraum, in dem wir uns bewegen, wird enger. Daher gehört bei den größten Brocken, da bleibt uns nichts anderes über, bei den größten Brocken, sprich Personalverwaltungs- und Betriebsaufwand der Hebel angesetzt, um zu sparen, um Geld zu bekommen für Notwendigkeiten im sozialen Bereich, im kulturellen Bereich, als auch im Sportbereich. Ich erinnere nur die Kolleginnen und Kollegen an die Stadtsenatsklausur, allein die Knackpunkte im ao. H. haben S 56 Mio. betragen. Dafür haben wir kein Geld. Daher unser Abstimmungsverhalten analog zum Voranschlag 1996, den Abänderungsantrag alleine werden wir trotz der berechtigten Kritik von Herrn Dr. Pfeil und Herrn Eichhübl die Zustimmung im Interesse der Vereine geben. Es tut ihnen gut. Ich denke da, Roman Du bist bei der Kärntner Landsmannschaft

auch dabei, ich glaube kaum, daß Du nicht zustimmen wirst.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertbes Präsidium, sehr geehrte Gäste, wertbes Damen und Herren von der Presse! Wenn Sie den Nachtragsvoranschlag sorgfältig gelesen haben und dem Vortrag des Herrn Bürgermeister zugehört haben, so werden Sie doch sicherlich festgestellt haben, wie vorsichtig hier finanziert worden ist. Ich glaube, daß hier die positive Situation sehr deutlich hervorgekehrt wurde und wenn heute von Einsparungen geredet wird und diese dann auch noch belegt werden können, ich glaube, da kann man nicht davon reden, daß hier schlecht finanziert wurde. Wenn ich heute hier Schlagworte höre, wie „ordentliche Vereinsförderung“ und das noch dazu vom Referenten, der dafür zuständig ist, so muß ich mich doch da schon sehr wundern, das muß ich also deutlich sagen. Ich glaube ich kann im Namen des Kulturausschusses sprechen, daß wir in unserem Bereich schon immer sehr genau versucht haben und sehr genau überlegt haben, wer förderungswürdig ist und wem eine Förderung zuteil werden kann. Wenn ich von einer Streichung einer Computerzulage höre, wie es meines Erachtens eine äußerst unqualifizierte Äußerung vom Kollegen Fürweger war, daß er diese abschaffen möchte. Das kann doch wohl nicht wahr sein, daß man jemandem, der heute einen ganzen Arbeitstag vor dem Computer verbringt, diese Zulage womöglich gestrichen wird. Dann darf ich darauf hinweisen, daß es Grundvoraussetzung zuerst einmal ist, daß man einen Computer kennt, zweitens davor arbeiten muß und drittens weiß man, daß es gar nicht so einfach ist vor einem Computer zu sitzen. Erfahrungsgemäß ist es auch so, das können die Ärzte bestätigen, daß dann womöglich auch mit eventuellen Augenschäden gerechnet werden muß. Wenn jetzt der Nachtragsvoranschlag an Sie herangebracht wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, so werden Sie doch sicherlich feststellen, daß es doch wirklich nur im Sinne der Kleinen sein kann, daß man ihnen fairerweise das Geld wieder zurück gibt, das man aufgrund vorsichtiger Finanzierung vorher bereits einbehalten hat. Ich glaube, das ist wohl Ihre Zustimmung wert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Der nächste ist der Herr Stadtrat Spanring, bitte sehr.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertbes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist in dem Haus üblich, daß es immer wieder auf das Personal hinausläuft, daß man sich über das Personal unterhält und da eigentlich sehr doppelzünftig spricht. Man spricht vom Personal, von den Mitarbeitern in diesem Haus, man redet von der kleinen Sekretärin, der man die Computerzulage wegnehmen will, man geht dann in die Medien hinaus und verkündet ganz lauthals, die kleinen Leute die da arbeiten, die gehören gefördert und den Großen gehört etwas weggenommen. Mit einer Computerzulage nehme ich keinem Großen etwas weg, sondern gerade den Kleinen, den Sekretärinnen, den kleinen Schreibkräften nehme ich da etwas weg, wenn ich das tun würde. Grundsätzlich zu Zulagen bekenne ich mich auch, daß das ein Mist ist das Ganze, nur können wir es hier nicht ändern, daß leider die Gehaltfindung bei den Beamten so blödsinnig ist, daß man nur mit Zulagen einen Gehalt zustande bringt. Gott sei Dank gibt es in anderen arbeitenden Gruppen das nicht. Da ist einfach die Gehaltfindung ein bißchen ordentlicher gelöst als hier bei den Beamten oder Vertragsbediensteten. Leider flieht man da in diese blöde Art der Zulagen. Ich sage es offen so wie es ist. Nur werden wir es hier in diesem Haus nicht zustande bringen, eine ordentliche Gehaltfindung und einen

ordentlichen, wie es bei uns ist, Kollektivvertrag zu erarbeiten, weil wir in Steyr ein bißchen zu klein dazu sind, daß wir das machen. Da werden sicher Höhere gefragt, die sich um die Beamtengegebenheiten und um die Beamtenbezüge und -gehälter kümmern und daraus eine Gehaltsstruktur entwickeln, mit der man dann die Leistungen, die die Mitarbeiter erbringen, tatsächlich in einer Art und Weise abgelten kann wie es die Mitarbeiter verdienen. Leider fliehen wir in diese Zulagengeschichten, die wir da haben, und bei den Computerzulagen, wir werden sicherlich in den nächsten Personalbeiräten darauf zu sprechen kommen, haut man sich mit Genuß auf die kleinen Leute drauf, denen will man es wegnehmen, um dann in den Medien zu verkünden, aber die Kleinen sind die Armen beim Magistrat und die Großverdiener sind dann die, auf die wir uns eigentlich stürzen sollten. Dies zum Personal. Einige Sachen, die der Kollege Fürweger gesagt hat, hier wird sicherlich auch der Bürgermeister in seinem Schlußwort noch darauf eingehen.

Jetzt zum Nachtragsvoranschlag. Anfang des heurigen Jahres 1996 prägten Schlagzeilen wie Panikbudget ohne Perspektiven, konzeptlose Budgetpolitik, Management-Chaos, finanzielles Debakel usw. unsere Medienwelt in Steyr. Im Laufe des heurigen Jahres hielten sich jedoch die meisten der hier im Saal versammelten Mandatäre nicht an die Feststellungen dieser selbst ernannten Propheten, sondern betrieben vielmehr verantwortungsvolle Kommunalpolitik. Durch das Fassen mehrheitlicher, das heißt, mindestens durch zwei Fraktionen, ja in vielen Fällen einstimmiger Beschlüsse, verarbeiteten Sie meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, das anfangs mit so vielen Unkenrufen geschmähte Budget 1996 und erreichten sehr zum Leidwesen besagter Wahrsager, den heute von unserem Finanzreferenten Bgm. Leithenmayr vorgelegten Nachtragsvoranschlag 1996. Willi, ich geb´ Dir schon recht, es ist sicher kein Anlaß vorhanden in Jubel, Trubel, Heiterkeit auszubrechen, oder zu frohlocken. Wir brauchen uns aber mit dem vorliegenden Ergebnis wahrlich auch nicht zu verstecken. Ich glaube anerkennende Freude sei gerade in Zeiten wie diesen durchaus erlaubt und angebracht. Reiht sich doch dieser Nachtragsvoranschlag nahtlos in den oberösterreichischen Weg, der von der OÖ Landesregierung und seinem Finanzreferenten LH-Stv. Leitl angepriesen wird, ein. Sachlich, besonnen zu wirtschaften mit dem Ergebnis, unsere Nachkommen erleben kein Chaos, keine unerfüllbaren Forderungen und keine unlösbare Verschuldung zu hinterlassen, sondern geordnete Verhältnisse, zukunftsorientierte Projekte zum Wohle unserer Bürger darzustellen und zu erarbeiten. Nicht als Orakel wurden wir gewählt, sondern dafür, um für die Menschen dieser Stadt zu arbeiten. In diesem Sinne stimmt die Sozialdemokratische Fraktion diesem Nachtragsvoranschlag zu und ich ersuche Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates dieser Stadt, um selbiges. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gemeinderat Gollatsch, bitte.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Hohes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Um auf Stadtrat Spanring zurückzukommen, Sachen sind da ein bißchen vertauscht worden. Wir wollen, Du weißt es ganz genau, die Computerzulage von Leuten die sie haben, nicht abschaffen, sondern einfrieren, und ab 1. Jänner keine neuen mehr vergeben. Das ist auch einmal zu sagen. Dabei, lieber Herr Stadtrat, hast Du auch gesagt, „ja, das könnten wir uns eigentlich vorstellen“. Zu dem Nachtragsvoranschlag bzw. Abänderungsantrag. Ich glaube oder ich vermute hinter dem Abänderungsantrag steckt System. Wenn ich das Abstimmungsverhalten zu Abänderungsanträgen im Kopf habe, wird über den Abänderungsantrag abgestimmt und wenn dem jetzt zugestimmt wird, dann ist der

Nachtragsvoranschlag angenommen. Das unterstellte ich jetzt einmal. Ich unterstelle einmal, daß man jetzt dann hier sagen kann, ja die, die dagegegen gestimmt haben, haben gegen die kleinen Vereine gestimmt. Bitte, warum kann kein Antrag,... erhöhen wir die Subvention, und lassen wir den Nachtragsvoranschlag so abstimmen. Danke.

GEMEINDERÄTIN ULRIKE FUCHS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte nur zur Computerzulage sagen, in der Privatwirtschaft gibt es keine Zulage. Bedenken Sie bitte, ein Computer ist heute das Arbeitsgerät, das früher die Schreibmaschine war oder der Karteikasten. Da hat es auch, glaube ich, keine Zulage gegeben. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum man heute eine Zulage bezahlen soll.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Stadtrat Spanring noch einmal.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich will grundsätzlich keine Computerzulagen- oder eine Personaldiskussion anfangen, nur eines muß man schon klarstellen glaube ich, wenn hier von der Privatwirtschaft geredet wird und was Mitarbeiter in der Privatwirtschaft, die auch am Computer arbeiten, verdienen und was die Mitarbeiter des Magistrates verdienen, das sollte man sich einmal anschauen. Darum betone ich nochmals, ich bin mit der ganzen Zulagengeschichte überhaupt nicht einverstanden und zufrieden, weil es einfach für mich nicht die richtige Darstellung ist, wie ich den Mitarbeiter belohne. Ich kenne ein anderes System, wo ich die Zulagen wahrlich nicht brauche, weil wir andere Einstufungskriterien haben. Ob ich das durchführen kann? Das kann ich leider in der Beamtschaft nicht.

Unverständlicher Zwischenruf.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Habts schlechte Vertreter. Ich wollte an sich auf den Bezug eingehen und der unterscheidet sich zwischen den Magistratsbediensteten, zwischen den Vertragsbediensteten die hier in den Schreibstuben sitzen, die hier als Sachbearbeiterinnen tätig sind, um tausende Schillinge. Ich will da nicht in die einzelnen Positionen eingehen, aber das ist so. Und jetzt hat man versucht, auf welche Art und Weise man halbwegs einen Bezug in diesem Haus zustande bringt. Leider, betone ich wieder, mußte man das dumme Mittel dieser Zulagen ergreifen. Das Land Oberösterreich als solches hat mit 1. Jänner sämtliche Kommunen in OÖ aufgefordert genau diese Zulage, von der jetzt geredet wird, zur Auszahlung zu bringen, entsprechend dem Vertragsentwurf des Landes OÖ, daß die alten Zulagen eingefroren werden und die neuen Zulagen für neue Mitarbeiter mit einem bestimmten Betrag versehen, der auch auf Sicht gesehen eingefroren ist, ausgestattet werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es ist jetzt ziemlich genau 2 Jahre her, daß ich in diesem Gremium tätig sein kann. Ich habe schon etliche sonderbare Wortmeldungen erlebt hier in diesem Haus, aber wenn ich mir diese Wortmeldungen, ich nehme an, daß das von Stadtrat Eichhübl die Fraktionserklärung war und von Stadtrat Spöck ebenfalls, Wortmeldungen die an und für sich durchwegs den Nachtrags-voranschlag in ihren Zahlen loben und dann trotzdem verkünden, daß man dem nicht beitreten wird, kommt mir das schon ein bißchen kurios vor. Und Herr Dr. Pfeil, wenn Sie glauben, daß es ein über-bürokratischer Aufwand ist, wenn man insgesamt 20 Auszahlungsanordnungen schreiben muß, dann glaube ich, daß das der Finanzabteilung zuzumuten ist und das Argument, daß wir da stundenlang hier herinnen diskutieren und da Zeit aufwenden und was das für Kosten verursacht, muß ich Ihnen sagen, das greift in meinen Augen auch nicht. Denn ob wir hier jetzt 5 Stunden herinnen sitzen oder 10 Stunden, wir werden nicht mehr oder weniger bezahlt bekommen. Da ist eher darauf zu achten, daß wir in der Diskussion mehr Qualität an den Tag legen. Ich glaube, der Herr Stadtrat Eichhübl war es, der gesagt hat, es ist nicht möglich, daß man einzeln nicht abstimmen kann zum Budget. Und auch zum Schluß, die Forderung bezüglich des Abänderungsantrag, ich denke, da wird einer unserer Juristen wahrscheinlich besser Auskunft geben können. Aber vermischen wir nicht immer Äpfel mit Birnen, und Gesetze sind da, um eingehalten zu werden. Es ist nicht möglich nach der VAV und nach dem Statut über einzelne Posten abstimmen zu lassen im Budget. Das muß man halt im Ganzen abstimmen und das gleiche ist bei diesem Abänderungsantrag, wenn man Subventionen erhöhen, dann ist es ein Teil meines Erachtens vom Budget und das kann man eben nur ganz, entweder hätte man es nicht gekürzt, und wenn man es wieder ändert, dann geht das nur im Zusammenhang mit dem Nachtragsvoranschlag und nicht einzeln. Vielleicht gibt es hier herinnen, Gescheitere als ich, die das anders sehen, und die es uns erklären können. Aber ich glaube, da werden Sachen gefordert, die rechtlich nicht möglich sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Zur Geschäftsordnung?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt wird es kompliziert.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Es ist immer gefährlich, wenn die Tagesordnungen zu kurz sind, dann hat man vielleicht zu viel Zeit, um über einzelne Tagesordnungspunkte nachzudenken. Die Wortmeldung von Gemeinderat Kollegen Richard Gollatsch hat sehr viel an sich, denn das, was wir hier als Abänderungsantrag bezeichnen, ist in Wahrheit kein Abänderungsantrag, sondern ein Zusatzantrag zu Ihrem Hauptantrag. Ich glaube daher, daß wir zuerst über den Hauptvertrag abzustimmen haben werden und dann über den Zusatzantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zuerst das Schlußwort, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Auch Juristen können sich täuschen. Lieber Freund, Dr. Tilman Schwager, ein Abänderungsantrag deswegen, weil hier nämlich eine Änderung des Nachtragsvoranschlages vorgenommen werden muß, und zwar im Betreff letzter Punkt H), daß nämlich hier der Ausgleich des ordentlichen Haushaltes nur dann vorgenommen werden kann, gegenüber dem vorliegenden Nachtragsvoranschlag, der Abänderung, weil hier eine Reduktion der Zuführung an Rücklagen um S 48.000,-- auf S 16,198.000,-- vorzunehmen ist. Es muß also der vorliegende Nachtragsvoranschlag abgeändert werden. Es tut mir leid, es ist nicht einfach so wie ein Pensionsantrag. So ist es. Ich muß auch sagen, es ist kein System, lieber Kollege Gollatsch, dahinter, sondern ein ganz banaler Vorgang. Nämlich der, daß an meinem Sprechtag der Herr Regierungsrat Fatka, seines Zeichens Obmann der Sängerkunst, war und gesagt hat, lieber Freund, wir haben uns so bemüht, sogar im Konzerthaus sind wir aufgetreten und ein Chorfestival haben wir gemacht, aber die Stadt hat uns die Subvention gekürzt. Da geht es gar nicht so ums Geld, hat er gesagt, es sind in diesem Fall S 750,-- oder so in der Gegend, sondern um das Prinzip. Sie haben im Ausschuß darüber beraten, und haben gesagt, es stößt ihnen sauer auf. Jetzt bin ich auf diese Geschichte wieder aufmerksam geworden, weil wir im Vorjahr eine Kreditsperre gemacht haben, dann nicht mehr ausbezahlt haben und im heurigen Jahr in der Budgetklausurdebatte diese 20 % drinnen gehabt haben. Es hat sich beim Nachschauen gezeigt, daß auch die anderen Vereine, die hier kleine Subventionen haben, in Wirklichkeit deswegen negativ betroffen sind, weil sie sagen, jetzt haben wir eh nicht viel und das streichen sie uns auch noch zusammen. Der Auslöser war der Besuch des Obmannes der Sängerkunst. Es haben sich aber auch andere Vereine schon angemeldet, wie Akku u.a. und ich spüre und orte, daß das eigentlich ein Problem ist. Jetzt haben wir festgestellt, daß diese Kleinsubventionen zusammen eigentlich in Summe rund S 50.000,-- kosten und aufgrund dieses Nachtragsvoranschlages wollen wir ihnen das gerne geben. Daher habe ich gesagt, bitte sehr, müssen wir eine Reparaturbemühung anstrengen, wird ja eigentlich jeder dafür sein, wenn wir es uns leisten können. Es geht nicht so sehr ums Geld, es geht in erster Linie ums Prinzip, daß wir den Vereinen dieses Geld zuführen. So ist es bitte in der Natur abgelaufen, ich kann also nichts anderes dazu sagen. Aber es waren doch einige interessante Betrachtungen, die angestellt wurden, z.B. von Kollegen Eichhübl, der begonnen hat, er hat gesagt, wir haben nicht viel zu erwarten. Also ich meine, daß wir allerhand uns erwarten dürfen. Immerhin, wann ein Budget beschlossen wird, geht es in Summe, wann ich die Verbände und alles zusammen nehme und Deine Stadtwerke so S 1,7...

ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich tue mich so hart, wenn Ihr so auftrittet, im Kanon, ich verstehe Euch nicht recht. Ich möchte nur sagen, daß wir wahrscheinlich rund S 1,7 Milliarden mit einem Budget ausgeben, alles zusammen. Da kann man doch einiges davon erwarten. Wann ich an die Budgetklausur erinnere, dann möchte ich doch, obwohl ich heute keine Budgetdebatte haben möchte, das läßt sich nicht ganz trennen, das habe ich bemerkt, haben wir uns eigentlich darauf geeinigt, und Unterschiedlichkeiten in der

Auffassung sind ja nur mehr im Promillebereich gelegen. Und dann haben wir nicht Knackpunkte aufgezählt in einer Viertelstunde, sondern eine Wunschliste, da waren wir auf S 56 Mio., die man sich natürlich nicht leisten kann. Es ist halt immer eine Frage der Betrachtung. Eines möchte ich schon festhalten, nahezu alle großen Vorhaben sind in diesem Budgetvorschlag für das nächste Jahr eigentlich drinnen. Aber wir werden ja noch weitere Verhandlungen und Budgetdebatten haben. Spannend ist vor allen Dingen eines, wenn ich mir so den Succus aus dieser Debatte vor Augen führe, vier Leute reden über die Computerzulage. Das ist also das Hauptthema plötzlich. Bei einem Nachtragsvoranschlag bitte sehr, der das gesamte Budget betrifft, der in all seinen relevanten Kennzahlen positiv ist, nicht nur kein Abgang sondern ein Überschuß, das haben wir eine Zeit lang schon nicht mehr gehabt. Weniger Schulden und eine Verdoppelung der Rücklagen, von dem wird in diesem hohen Gemeinderat nicht geredet. Von der Computerzulage, da stürzen sich alle rein. Was dabei auch noch so leicht wäre, wo uns ja das Land Oberösterreich eine Richtlinie geliefert hat, daß wir uns ein bißchen leichter tun, die für alle oberösterreichischen 445 Gemeinden gilt, wo drinnen steht, daß die bestehenden Computerzulagen eingefroren werden und daß bei einem Aufwand von 15 Stunden, wenn ich mich er-innere, pro Woche, hier eine verhältnismäßig kleine Computerzulage von rund S 600,-- gegeben werden sollte. Also, da das Land OÖ das für 445 Gemeinden als richtig betrachtet, und sie werden das wahrscheinlich tun, und wir würden das nicht tun, dann heißt es, wir sind in Steyr die einzigen die sagen, unsere Bediensteten dürfen keine Computerzulage haben. Wer das will, soll es laut sagen, ich bin nicht dieser Meinung. Ich glaube, daß man dieses Problem hier in Harmonie mit den anderen Gemeinden und dem Land Oberösterreich erledigen sollten. Ich stelle das nur fest. Also alle Zahlen in dem Budgetvollzug sind positiv. Das ist mir wichtig, diese Botschaft, weil es stimmt und weil Zahlen nicht lügen, meine Damen und Herren. Dann natürlich Vereinsförderung. Es war bemerkenswert „ordentliche Vereinsförderung“ hat der Kollege Eichhübl gesagt, „ordentliche Vereinsführung“. Das klingt so wie, was ist denn ordentlich? So wie eine Beschäftigungspolitik oder was? Ordentliche Vereinsführung.

Zwischenrufe. Ordnungsruf!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Alle schreien nur mehr heraus. Bitte um Ruhe! Eine Kultur herrscht da herinnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ist schon bemerkenswert, wie Ihr Euch da aufregt, nur wegen „ordentlich“. Ich möchte auf einen weiteren Umstand hinweisen, meine Herrschaften, weil dieser Abänderungsantrag auf einmal so behandelt wird, als wäre er etwas Unanständiges. Ich möchte folgendes bemerken: Es scheint den meisten noch nicht aufgefallen zu sein, das Land Oberösterreich operiert mit solchen Kreditsperren, nur haben sie sie nicht aufgelöst. Also unsere Subventionen des Landes, die davon betroffen sind, sind nämlich um 10 %, so ist dort die Kreditsperre, reduziert zur Auszahlung gelangt. Auch im heurigen Jahr, u.a. beim Altersheim, wie Du weißt lieber Willi, und in anderen Bereichen. Wir sind in der Lage und Willens halt diesen Kleinsubventionsempfängern im Kulturbereich diese Nachzahlung zu geben. Aber die Welt stürzt ja gar nicht ein, wann Ihr glaubt, meine Damen und Herren, es muß da heute nicht beschlossen werden. Es gibt auch noch die Möglichkeit, daß wir halt dies in Form einer Kreditüberschreitung dann im Stadtsenat beschließen, möglicherweise. Was mich stört, nein, es ist nur eines, der Nachtragsvoranschlag stimmt halt nicht. Wir machen halt gleich eine neue Kreditüberschreitung hinterher, die immer kritisiert wird, wann sie im Stadtsenat debattiert wird, daran möchte ich doch erinnern und verweisen. Ja, und die Kürzungen im Kulturbereich, die

der Herr Dr. Pfeil so angeführt hat und vom „starken Stück“ mit diesem Zusatz bzw. Abänderungsantrag. Ich muß schon sagen, man sollte immer die ganzen Dinge halt nennen, ich meine es stimmt schon, wir haben gespart, wir haben gespart im Kulturbereich, aber natürlich wissen Sie Herr Dr. Pfeil, daß wir natürlich mehr ausgegeben haben. Wir haben mehr ausgegeben, ich erinnere ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na geh, ... das Veranstaltungskonto mit S 1,5 Mio., jetzt sind es S 500.000,--. Im Schlußwort das jetzt zu bringen, das ist unfair.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf ja nichts sagen, Sie dürfen schon. Es ist aber so beschlossen worden, Sie können ja bei nächster Gelegenheit, es ist Budgetdebatte in 14 Tagen, können Sie das alles sagen. Nur eines bitte, daß wir S 2,5 Mio. drinnen haben für Reithofferhaus, S 4,5 Mio. für Jugendkulturhaus, daß wir bei Reithoffer für Industrieformausstellung noch S 1 Mio. drinnen haben, daß wir für Jugendkultur auch wieder S 1 Mio. drinnen haben im heurigen Jahr, einen Teil verbraten haben und einen Teil nächstes Jahr drinnen haben werden, das muß man doch bitte sagen. Da geht es um Zahlen, da geht es um Fakten, da geht es um Budget. Das Geld hat ja kein Mascherl. Wir können es auch nicht wunderbar vermehren. Wir haben zwar eine Druckerei, aber die ist nicht spezialisiert für diesen Prozeß. Es heißt also, ich muß das Geld sehen, das wir aufwenden. Und wir wenden mehr auf, und natürlich wird es uns immer zu wenig sein. Aber nur das so einseitig darzustellen, noch dazu im Zusammenhang, wo wir denen Geld nachschieben, damit sie wieder dort hinkommen, wo sie vorher waren, das halte ich zumindest für demagogisch. Zuerst schimpfen, Herr Dr. Pfeil, weil Kürzungen stattfinden, nicht nur dort bei der Kultur, in den anderen Bereichen auch, das müssen wir auch dazusagen, und dann wieder schimpfen, wenn wir es nachzahlen, da muß ich schon ehrlich sagen, ist das für mich nicht nachvollziehbar. Und dann Herr Kollege Fürweger, weil Sie sich so erregt haben wegen der Überziehungen usw. Es ist halt der Teufel, der in der Kameralistik drinnen ist. Sie müssen auch in so einem Fall, wenn ich den zweckdienlichen Hinweis geben darf, auch bei den Einnahmen auf der Gegenposition schauen, auch dort hat sich die Post erhöht. Es ist unverhältnismäßig deswegen, weil sich gezeigt hat, daß wir hier auch Steuern miteinrechnen müssen. Und das ist auch neu, denn wir haben ja im Bereich des Amtsblattes eine gravierende Sparaktion gesetzt, wir haben viel Geld eingespart, haben aber hier Inerate, haben hier Steuern zu berücksichtigen und die schlagen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite zu Buch und erhöhen den Budgetansatz. Das sollten Sie sich einmal vor Augen halten, bevor Sie so leichtfertig schon wieder einen Vorwurf sozusagen mir an den Hals werfen, weil es einfach nicht seriös ist. Ich meine, ich bin ja eh bei dem meisten schuld, aber in diesem Fall kann ich Ihnen leider nicht dienen. Wenn Sie sagen, einfach so locker, in dem Kreis und vor den Damen und Herren, die uns heute besucht haben, ich nehme alleine das Personal auf, dann möchte ich Ihnen sagen Herr Kollege Fürweger, da kennen Sie sich wirklich nicht aus und es wäre aber schön langsam Zeit, weil die Periode geht zu Ende. Ich habe keinen einzigen Dienstnehmer, keine einzige Dienstnehmerin in diesen 5 Jahren, in denen ich Bürgermeister bin, alleine aufgenommen. Sondern alles und jedes, was hier beschlossen worden ist, ist über den Personalbeirat und über den Stadtsenat gelaufen. Ich lege Wert auf diese Feststellung. Und wenn Sie diese Behauptung aufrecht erhalten wollen, die Sie da ständig austreuen, dann sind Sie doch so nett, was jeder eigentlich tut, bringens einmal einen Beweis bei. Und stellen Sie nicht einfach immer solche Behauptungen auf. Das ist nämlich auf die Dauer auch ziemlich fad. Zum Kollegen Spöck muß ich sagen, er hat sich auch nicht sehr mit den Zahlen beschäftigt. Vom Spielraum hat er geredet, der Spielraum wird enger. Bitte, Du bist ja wirklich jemand, dem man mit Fug und Recht unterstellen kann, daß er sich mit Zahlen auskennt. Ich fasse das als Kompliment auf, wenn ich das

so sage, ich hoffe Du auch. Diese Zahlen zeigen, daß der Spielraum nicht riesig ist, und daß es keinen Grund zum Jubeln gibt, da pflichte ich Dir bei. Ich habe auch nicht gejubelt, aber es hat sich gelohnt, daß was wir getan haben bei dem Budget und auch im Vollzug. Es war ja nicht so leicht. Mit den S 43 Mio. beim Personal einzusparen, daß ist so leicht nicht. Und wenn 50 Leute weniger sind beim Magistrat Steyr und wenn alle Leistungen dieser Stadt aufrecht geblieben sind dabei, dann ist es schon eine ausgezeichnete Leistung derer, die dieses Budget umsetzen mußten. Das sind hier genauso, in erster Linie leitende Bedienstete, aber bis hinunter, eigentlich bis zum letzten Mitarbeiter, wenn man so etwas überhaupt in einem Haus hat. Weil es ohne diese Mitarbeiter nicht gegangen wäre, denn es haben hier um 50 Leute weniger diese Leistung gebracht. Dies schlägt sich schon in Millionen nieder. Es ist auch nicht eine einmalige Ersparnis, sondern eine mit Folgewirkung, wenn wir bei diesem angespannten Personalstand bleiben. Es ist großartig und ich bedanke mich auch in aller Form dafür einmal bei den Magistrats-bediensteten. Das haben sie sich auch einmal verdient, wenn ordentlich gearbeitet wurde. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit sagen. Der Spielraum ist größer geworden, nicht groß, ist größer geworden. Ich erinnere an die Budgetklausur, als wir im Gasthaus Mader in dem Dachkammerl, in dem Seminarraum saßen, warst Du noch nicht dabei, aber andere waren dabei.

Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr gut, sehen Sie, das sind Sachen, da kann man von Ihnen Auskunft verlangen.

Gelächter und Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich komme einmal in das und einmal in das, das kommt daher. Es kommt alles daher, daß ich einmal zwei nebeneinander liegende Seminarräume verwechseln kann. Fest steht aber, daß wir an ein Budget herangegangen sind, wo wir um S 100 Mio. vom Aus-gleich im ordentlichen Haushalt auseinander waren. Das muß man sich schon in Erinnerung rufen, das ist bitte nicht lange aus. Es ist uns gelungen, aufgrund unserer Maßnahmen, auch aufgrund einer etwas positiven Wirtschaftsentwicklung, die wir aber auch mit beeinflußt haben, durch kräftige Unterstützungen bei der Wirtschaft, Direktzahlungen, die momentan nicht mehr en vogue sind, wie ich heute dem Mittagsjournal entnommen habe, liebe Kollegen von der ÖVP, weil der Herr Leitl Euer Wirtschaftsguru, der hat um 12 %, liebe Freunde von der ÖVP, die Direktzahlungen im OÖ. Wirtschaftsbudget gekürzt. Es ist Politik der ÖVP und die des Herrn Leitl, nämlich Rahmenbedingungen zu finanzieren: Forschung, Entwicklung, Ausbildung, bis zu den Lehrlingen, gefällt mir. Ich habe für Euch eine kleine Denksportaufgabe für das kommende Budget. Darüber werden wir uns ja demnächst unterhalten. Das möchte ich vielleicht als wichtigste Anmerkungen zum Kollegen Spöck gesagt haben. Gollatsch habe ich schon mitbehandelt, glaube ich. Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, eines möchte ich schon sagen, wir reden immer vom Sparen, vom Abbau der Bürokratie und ich glaube, daß das laufend notwendig ist und man muß das tun und das abprüfen. Was kann man hier tun, was kann man beitragen, was ist möglich? Und hier können wir auch allerhand beitragen. Am besten würde man „SPAREN“ unterstützen, wenn z.B. heute dieser Gemeinderat nichts anderes täte, jedenfalls ein paar von den Fraktionen der ÖVP oder

der FPÖ, weil es sich sonst nämlich nicht ausgeht auf eine Mehrheit, wie ich mir das angeschaut habe. Ein paar von Euch, ich möchte Euch dringend ersuchen, vielleicht nichts anderes zu tun, als nur, bitte nur zu bestätigen, was wir in den Beschlüssen des Stadtsenates und des Gemeinderates beschlossen haben, nämlich all das ist in Wirklichkeit beinhaltet in diesem Nachtragsvorschlag und nichts anderes. Das würde unserer Finanzabteilung einen enormen Aufwand ersparen, den wir im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluß sonst tätigen müssen, darum geht es mir. Sonst eigentlich meine Damen und Herren, ist es ziemlich belanglos, weil es eigentlich nichts anderes ist als eine administrative Hilfe, um eine Zwischenbilanz geht es bei einem Nachtrags-voranschlag im Rahmen der von uns getätigten Beschlüsse. Vielleicht bewegt dieser ein-dringliche Aufruf den einen oder anderen die Hand zu heben, schwer kann es nicht sein.

Beifallskundgebungen verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über den Hauptantrag in der Form des Abänderungsantrages. Ich bitte Sie ein Zeichen mit der Hand zu geben, wenn Sie dafür sind. Danke. 17 Pro-Stimmen (16 SP, 1 GAL). Wer ist gegen den Antrag? 10 Gegenstimmen (FP, VP). Wer enthält sich der Stimme? 6 Stimmenthaltungen (FP, VP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist einfacher zu behandeln, weil wir beschließen werden über Geld, das wir nicht ausgeben, sondern nur weitergeben müssen.

Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet.

2) Fin-19/96 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention von S 300.000,-- als Weiterleitung einer Landesförderung;

Die Finanzierung der Vorwärts, an und für sich ist natürlich auch keine ganz einfache Sache. Wir wissen, daß wir hier einen Bürgschaftsvertrag unterzeichnet haben und daß wir natürlich interessiert sind, nicht in diese Bürgschaft genommen zu werden. Wir haben uns gemeinsam sehr bemüht, der Vorwärts-Vorstand, der zu-ständige Bankdirektor, auch das Land Oberösterreich, bei dem wir gemeinsam vorstellig waren, hier zusätzliche Mittel für die Vorwärts zu lukrieren und es ist gelungen, wir haben hier die Zusage und es wird also hier eine weitere Subvention für den SK Vorwärts als Bedarfszuweisung an die Stadt in den nächsten Tagen überwiesen werden und es geht heute in diesem Antrag darum, daß wir diese zweckgebundene Bedarfszuweisung, nämlich an die Vorwärts, überweisen, wenn sie bei uns eingetroffen ist, also weiterleiten. Wir werden es in der Form machen, daß es auch zur Bedeckung des Darlehens der Vorwärts und damit zur Minimierung unserer Risiken beiträgt. Ich bitte Sie sehr, meine Damen und Herren, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dankeschön. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR. Brandstötter, bitte.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist, glaube ich, erfreulich, wenn man die Bürgerschaft übernommen hat für einen SK Vorwärts Steyr, daß man hier Geld hereinbekommt, wenn auch nur als Durchlaufposten, aber zumindest soll er dazu dienen, hier die Kreditratenrückzahlungen der aushaftenden Kredite ordnungsgemäß, zeitgemäß zu bewerkstelligen. Vor allem deswegen, weil auch die sportlichen Erfolge bei dem SK Vorwärts Steyr wieder hier sind. Wir können nur hoffen, daß sie es schaffen in die 1. Division aufzusteigen, weil auch hier wieder Gelder zu erwarten sind, wenn man um eine Klasse höher spielt. Einen Nebensatz am Rande, man hat gehört, daß der Nachwuchs beim SK Vorwärts Steyr gefährdet ist, weil Funktionäre sich untereinander streiten. Es kann und darf nicht sein, daß hier Nachwuchsförderung aufgelöst wird, nur weil sich einige Herren Funktionäre hier nicht einig sind. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR. Dr. Tilman Schwager. Bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Es wurde schon vom Herrn Bürgermeister darauf hingewiesen, daß wir uns da nicht sehr schwer tun werden, diesem Antrag zuzustimmen, nachdem es eben, wie schon erwähnt, nicht unser Geld ist, was wir hier weiterleiten. Ich habe auch gerne zur Kenntnis genommen, daß die Stadt bemüht sein wird, daß dieses Geld den richtigen Weg geht, sprich eine Überweisungsform gewählt wird, daß dieses Geld, und nur dorthin, zur Raiffeisen-Bank Sierning und Region Sierning kommt, nämlich dort, wo die Stadtgemeinde mit der Ausfallbürgerschaft haftet. Es ist an sich momentan die akute wirtschaftliche Situation bei der Vorwärts nicht so schlecht wie noch vor wenigen Monaten. Das liegt darin, daß die Mitgliedsbeiträge jetzt eingefordert wurden. Das Bedauerliche daran ist nur, daß man Mitgliedsbeiträge nur einmal im Jahr hereinholen kann und wir müssen trotzdem darauf achten, wie die weitere wirtschaftliche Gestion dieses Vereines geführt wird. Insbesondere glaube ich doch mit einiger Vorsicht darauf hinweisen zu müssen, daß wir ab Beginn nächsten Jahres wahrscheinlich wieder eine etwas prekärere Situation bei Vorwärts sehen werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dankeschön. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag. Nein. Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

PAUSE VON 16.17 Uhr bis 16.40 Uhr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kommen Sie herein. Die blauen Dragoner sollen bitte die Plätze einnehmen. Sie reiten mit klingelndem Spiel, ... mit einer Stimme Mehrheit, das gibt mir natürlich Auftrieb. Ein Blumenstrauß für die Lohni. Sie hat vor der Sitzung schon gesagt, daß sie weg muß, weil sie zur Budgetsitzung beim Land muß und sie kommt dann wieder. Es wäre ein Pyrrhussieg. Es ist dann so kompliziert, verstehen Sie, daher war es eine Fügung des Schicksals.

Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf die Frau Vizebürgermeisterin bitten, ihre Anträge zum Vortrag zu bringen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Österr. Bergrettungsdienstes, Ortsstelle Steyr.

Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet.

Ich habe heute nicht so eine laute Stimme, weil ich sehr verkühlt bin, ich ersuche um etwas mehr Aufmerksamkeit.

3) K-5995/88 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Österr. Bergrettungsdienstes; Ortsstelle Steyr.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Kulturangelegenheiten vom 10.10.1996 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt. Die Rettungsverdienstmedaille in Silber: Herr Robert Märkt.

Die Rettungsverdienstmedaille in Gold: Herr Willi Brandecker.

Ich ersuche um Zustimmung für diese Verleihung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldungen, wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. In meinem nächsten Antrag geht es um die Subventionierung des Pfarrcaritas-Kindergartens und Hortes Steyr-Münichholz in Zusammenhang mit der Vorschreibung des

Verkehrsflächenbeitrages.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den GR.

4) Fin-218/96 Subventionierung des Pfarrcaritas-Kindergartens und Hortes Steyr-Münichholz in Zusammenhang mit der Vorschreibung des Verkehrsflächenbeitrages.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Öffentl. Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst wird der röm.-kath. Pfarre Steyr-Münichholz in Zusammenhang mit den Zu- und Umbaumaßnahmen des Pfarr-caritas-Kindergartens und Hortes Steyr-Münichholz eine einmalige außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe des Verkehrsflächenbeitrages gewährt. Die Subvention ist mit der Abgabenschuld gegen zu verrechnen. Die hierfür erforderlichen Mitteln im Ausmaß von S 204.600,- werden bei der VASSt.5/2400/777000.0 freigegeben. Ich ersuche auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Gabath. Ich erteile es.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich freue mich über diesen Antrag und meine Fraktion und ich werden natürlich zustimmen. Sie können sich sicher noch an die GR-Sitzung er-innern, wo ich die Kurve von den Senioren zu den Kindern gekratzt habe und den Hilfeschrei des Paters Gappmaier, Pfarrer von Münichholz, an den Herrn Bürgermeister und an die Fraktionsobleute diesen Brief übergeben habe. Ich bitte darum, daß der gesamte Gemeinderat diesem Antrag zustimmt und ich bitte die Frau Referentin dafür zu sorgen, daß die Renovierung und der Ausbau dieses Kindergartens flott vorangeht. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Weitere Wortmeldungen. Kollegin Jeloucan.

GEMEINDERÄTIN ANNA JELOUCAN:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ein sehr positiver Antrag, der heute zu beschließen ist mit S 204.600,-- an Subvention für den Caritas-Kindergarten Münichholz. Dazu möchte ich aber noch positiv erwähnen, daß im Budget 1997 S 1 Mio. für Kindergartenadaptierung vorgesehen ist. Wenn ich mir aber die Diskussionen so anhöre, die es im Dschungelfunk so gibt, es heißt, daß es eine Budgetzustimmung wahrscheinlich nicht geben wird, muß ich leider aber sagen, dann wird es für nächstes Jahr bei diesem Kindergarten und für die anderen Kindergärten kein Geld geben. Vorgesehen, was auch sehr wesentlich ist, ist auch, daß ein Drittel der Kosten zur Adaptierung des Caritas-Kindergartens Münichholz, d.h., daß in den nächsten Jahren S 3,8 Mio. für diesen Kindergarten vorgesehen sind, dem die Gemeinde diesen Beitrag

subventionieren wird. Wenn das nicht der Fall sein wird, muß man leider dem Pater Gappmaier sagen, wer für die Kinder in Münchenholz keine Zustimmung beim Budget 1997 gibt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Keine weitere Wortmeldung. Das Schlußwort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr Damen und Herren! Kollegin Jeloucan hat es ja bereits gesagt, der Pater Gappmaier hat auch mit mir gesprochen betreffend des Kindergartens. Er hat mir gesagt, es wäre schön, wenn es überall so leicht wäre einen Konsens zu finden, wie mit der Referentin und mit dem Bürgermeister, um eine Zustimmung zu bekommen. Er hat es mit der Caritas viel schwerer, daß er eine Zustimmung bekommt. Da muß er erst zu Verhandlungen, und die Verhandlungen sind viel, viel schwieriger als mit der Stadt hat er mir mitgeteilt.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das muß ein Verein sein!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das hat er mir erzählt, wie wir im Berufsschulgebäude ...

ich hoffe, ich hoffe Herr Kollege, daß ich in den Himmel komme, ja

Ich möchte sagen, ich kann mich dem nur anschließen, wenn es kein Budget geben sollte, gibt es auch keine Subventionen, sei es für Vereine, sei es aber auch für Kindergärten. Dann fällt alles zusammen.

Zwischenruf:

Ich glaube, daß ich das nicht verstehe, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das kann man so verstehen, wie ich es gesagt habe. Wenn kein Budget zustande kommt, gibt es nur die vertraglichen und die gesetzlichen Zahlungen und keine Subventionen, so kann man das verstehen.

Zwischenrufe.

Gelächter.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist jedem freigestellt, ob er zustimmen will oder nicht. Es kann sich jeder frei entscheiden. Bitte sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fertig?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Jawohl.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung, wer dem Antrag zustimmt, der möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. Alle dafür. Jemand dagegen? Nicht der Fall. Stimmenthaltung, nicht einmal? Nein, einstimmig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um die Subvention für den Verein „Drehscheibe Kind“.

Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet.

5) Fin-161/95 Verein „Drehscheibe Kind“; Subventionsansuchen.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Jugendangelegenheiten vom 4.11.1996 wird dem Verein „Drehscheibe Kind“ für den laufenden Betrieb, der am Standort Steyr, Promenade 12, bestehenden Kindergruppe für das Jahr 1996 eine einmalige, außerordentliche, nicht rück-zahlbare Subvention in der Höhe von S 70.000,-- gewährt. Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 70.000,-- von der VASSt. 1/4689/754000.0 auf die VASSt. 1/4390/757000.4 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VASSt. 1/4690/754000.0 zu erfolgen. Ich ersuche Sie alle, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Lengauer. Ich erteile es.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich lese aus dem Amtsvorschlag, im Voranschlag 1996, sind zwar für eine Subvention an den Verein „Drehscheibe Kind“ keine Mittel vorgesehen, es darf jedoch nach diesbezüglicher Beschlußfassung im Sozialausschuß vorgeschlagen werden, dem antragstellenden Verein trotzdem eine Subvention in der Höhe von S 70.000,-- zu gewähren. Ich erinnere daran, daß wir vor einem Jahr genau diese Forderung, also eine ganz wichtige Forderung, bei den Budgetverhandlungen gestellt haben. Damals hat es ein striktes „NEIN“ gegeben, wir freuen uns jetzt über die Änderung der Meinung und glauben, es ist ein gutes Geburtstagsgeschenk, am Samstag feiert ja die „Drehscheibe Kind“ ihren 3. Geburtstag, und ich glaube wirklich, daß „Drehscheibe Kind“ für die Stadt Steyr eine sehr segensreiche Einrichtung ist. Wir wissen, daß auch jetzt z.B. Linz diese Art der Kinderbetreuung nachahmen wird. Ich bitte daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Weitere Wortmeldung? Das ist nicht mehr der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte dazu sagen, der Verein „Drehscheibe Kind“ hat eine Vorkindergarteneinrichtung und das finde ich sehr positiv, weil wir haben dadurch die Möglichkeit einer Unterbringung ab 2 Jahre, weil es da kein Karenzgeld mehr gibt für unsere kleinen Kinder. Es gibt eine Gruppe, wo bereits zwischen 7 und 10 Kinder aus unserer Stadt kommen. Darum finde ich das sehr positiv.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dankeschön. Im nächsten Antrag geht es um das Subventionsansuchen des Roten Kreuzes, Bezirksstelle Steyr-Stadt.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR.

6) Fin-202/96 Ankauf eines Fahrzeuganhängers für den Katastrophenhilfsdienst;

Subventionsansuchen des Roten Kreuzes, Bezirksstelle Steyr-Stadt.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Öffentl. Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 12.11.1996 wird dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, für den Ankauf eines Fahrzeuganhängers für den Katastrophenhilfsdienst eine außerordentliche, nicht rück-zahlbare Subvention in der Höhe von S 50.000,-- gewährt. Zu diesem Zweck werden bei der VAST. 1/5300/757200.8 vorhandenen Mittel in Höhe von S 50.000,-- auf die VAST. 1/5300/777000.8 übertragen und bei letztgenannter Voranschlagstelle freigegeben.

Ich ersuche auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich, eine Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung. Nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dankeschön. Jetzt komme ich zu meinem letzten Antrag. Ich möchte aber vor diesem Antrag schon sagen, die SPÖ-Fraktion ist nicht aus dem Dornröschenschlaf erwacht, sondern wir haben ...

Unverständlicher Zwischenruf und Gelächter.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich würde sehr froh sein, wenn Ihr alle erwachen würdet vom Dornröschenschlaf und Euch etwas mehr mit dem alten Konzept beschäftigen würdet, auch Du Herr Vizebürgermeister, es wäre nicht schlecht ... ja Du kannst Dich ruhig ... selbstverständlich. Es geht darum, daß im Sommer von der Fa. Simon & Partner ist eine Erhebung gemacht worden ist in der Stadt Steyr und in den ganzen Gemeinden von Oberösterreich, welcher Bedarf notwendig ist für Alten- und Pflegeheime. Die erste Präsentation war am 16.2.1996 in Linz über den Bedarf, welcher in den Gemeinden und Städten in Oberösterreich notwendig ist. Die zweite Präsentation war am 10.5., die dritte am 11.5. und die vierte am 10.9. Anschließend wurde in Zusammenarbeit mit der Beamtenschaft und natürlich auch mit mir ein Altenkonzept erstellt, das bis ins Jahr 2010 den genauen Ablauf uns bringen soll, was benötigt die Stadt, was brauchen wir. Aufgrund dieser Aufstellung und dieses Konzeptes habe ich dann diesen Antrag gestellt. Ich möchte vorausschicken, daß mir persönlich die alten Menschen schon sehr am Herzen liegen und ich es schon notwendig finde als Sozialreferentin, daß jeder das Recht hat in Würde alt zu werden. Ich glaube, daß man dazu natürlich auch die notwendigen Einrichtungen braucht, sei es im mobilen oder ambulanten Bereich und deshalb habe ich mich damals in unserer Fraktion entschlossen, diesen Antrag zu stellen. Den Antrag möchte ich jetzt vorbringen.

Der Antrag des Stadtsenates an den GR lautet.

7) Präs - 685/96 Antrag der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion betreffend Herbeiführung eines Beschlusses für die Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes im Stadtteil Münichholz.

Gemäß § 12 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 6 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr wird nachstehender Antrag auf Herbeiführung eines Gemeinderatsbeschlusses zur Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes im Stadtteil Münchenholz gestellt.

Der GR möge beschließen:

Die Stadt Steyr beabsichtigt die Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes im Stadtteil Münchenholz mit einer Kapazität von 120 Heimbetten auf dem Areal der so genannten „Drachenwiese“. Die für die Errichtung dieses Alten- und Pflegeheimes im Stadtteil Münchenholz auf der so genannten „Drachenwiese“ erforderliche Bebauungsplanänderung ist unverzüglich einzuleiten. Gleichzeitig soll ein Planungsauftrag an die WAG als Grundeigentümer über die Errichtung dieses Alten- und Pflegeheimes im Stadtteil Münchenholz erteilt werden. Für die finanzielle Bedeckung dieses Planungsauftrages ist im Voranschlag für die Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1997 entsprechend Vorsorge zu tragen. Zur Finanzierung des Gesamtvorhabens zur Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes im Stadtteil Münchenholz ist durch die zuständigen Organe der Stadt Steyr ehestmöglich Kontakt mit den zuständigen Mitgliedern der OÖ Landesregierung aufzunehmen, mit dem Ziel, zwischen dem Land Oberösterreich und der Stadt Steyr einen Finanzierungsplan über die Errichtung dieses Alten- und Pflegeheimes im Stadtteil Münchenholz zu vereinbaren.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag und auch natürlich um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

Bitte sehr Herr Doktor.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vizebürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! An sich müßten wir ja dankbar sein, daß die SPÖ diesen Antrag gestellt hat. Durch diesen Antrag gibt sie uns heute die Möglichkeit, hier die höchst notwendige Diskussion, die nicht in den Ausschüssen stattgefunden hat, heute im Gemeinderat zu führen. Ich denke, daß es höchst an der Zeit gewesen wäre, entweder im Altenheimausschuss oder/und im Sozialausschuss diese Debatte zu führen. Die SPÖ hat vor 5 Jahren angesichts der brennenden Probleme im Alten- und Pflegeheim Tabor das Haus einem anders gläubig politischen Referenten übergeben. Er hat hier eine Situation vorgefunden, daß ein dringendster Renovierungsbedarf, und Sie wissen selber, wir haben das alle gemeinsam hier beschlossen, daß in wenigen Jahren ein Betrag von S 55 Mio. notwendig war. Diese S 55 Mio. sind aber nicht nur ausschließlich in die Verbesserung der Betten und der Pflegekapazitäten gegangen, sondern hauptsächlich in die Verbesserung der Infrastruktur, d.h. Dach, Kanal, Elektroinstallation usw. Die Situation ist derzeit so, daß im Pflegebereich immer noch ein 5-Bettzimmer ist, wir haben auch mehrere 4-Bett-zimmer, aber auch ein 5-Bett-zimmer, wo es ausschaut, immer noch, wie zu Albert Schweitzers Zeiten in Lambarene. Ich glaube, das ist einer Stadt wie Steyr nicht mehr würdig und man kann sich der Diskussion hier einfach nicht verschließen. Die SPÖ hat sich dieser Diskussion verschlossen. Die ÖVP hat aber auch hier nichts Wesentliches dazu beigetragen, insbesondere seit Frühjahr dieses Jahres und Herr Landesrat Ackerl hat dem die Krone aufgesetzt. Er

hat hier eine Altenheim-, eine Pflegeverordnung bzw. ein Landesgesetz Nr. 29 erlassen, ohne die zuständigen Politiker oder die betroffenen Beamten, schon gar nicht die Bewohner des Hauses bzw. der betroffenen Häuser zu fragen und in die Diskussion mit einzubeziehen. Hier spätestens hätte der zuständige Referent oder auch der Herr Bürgermeister aufschreiben müssen, ob wir in Steyr hier das vollziehen können, werden, wollen oder nicht. Oder ist das reine Makulatur, was hier als Landesgesetz verbreitet wird. Wenn ich Ihnen nur ein paar Auszüge aus diesem Landesgesetz zeigen darf. Bestehende Heime mit mehr als 120 Normplätzen sind bis längstens 31.12.2002 auf die im Abs. 3, also 120, festgelegte Größe zurückzuführen. Oder: § 7 Wohneinheiten und Raumgrößen; mindestens 90 % der Normplätze von Heimen sind als Einpersonenzwohneinheiten und höchstens 10 % der Normplätze als Zweipersonenzwohneinheiten, jeweils bestehend aus Vorraum, einem Sanitär- und Waschaum sowie einem kombinierten Wohn- und Schlafrum auszuführen. Aber auch hier wiederum diese Gummiparagrafen, immer von der Erfüllung kann hier abgesehen werden, wenn hier besonderer Bedarf besteht. Also entweder braucht man diese Verordnung oder braucht man sie nicht. Nur, wenn wir die Zahlen hernehmen, die jetzt im Steyrer APT vorhanden sind, daß sich eine dramatische Verschiebung zu- gunsten der Pfléglinge sich ergeben hat und daß immer mehr die höheren Pflegestufen hier vordringlich vorgemerkt werden, so muß man sich schon die Frage stellen, ob der Verfasser dieser Verordnung das bedacht hat. Ich möchte hier keinen gröbereren Ausdruck verwenden. Denn, jemand der gelähmt ist, im Bett liegt und vom Hals abwärts gelähmt ist, dem zwingend vorzuschreiben eine Naßzelle, eine Dusche, also das ist wirklich hart und das ist eine Frotzelei für denjenigen, der da drinnen gepflegt werden soll. Ich bin auch der Meinung, daß man nur im Einvernehmen mit den Bewohnern größere Pflegeeinheiten durchaus mit geeigneten Pflege- und Sanitäreinrichtungen gemeinsam schaffen kann. Aber der Referent der ÖVP hat sich verabschiedet, ein neuer Referent ist aufgetaucht, aber auch der hat relativ lange geschlafen und ist erst durch eine Pressemitteilung dann im Herbst dieses Jahres aufgewacht, auch er ist erst ein bißchen aufgewacht. Diese Thematik war nie auf der Tagesordnung des gemeinde-rätlichen Ausschusses. Erst am 11. 3. 1996 gab es so eine Tagesordnung, wo sich in hervorragender Weise die Sozialisten und Beamten alle samt entschuldigt haben. Alle haben da keine Zeit gehabt. Das Alten- und Pflegeheim Tabor war ihnen nicht wichtig genug. Wenn diese Geschichte so wichtig ist, dann muß man auch dorthin gehen. Nun, Herr Oppl, passen Sie auf, nun bringt die SPÖ einen Antrag ein und der ist von der Qualität, wie es eigentlich für eine nicht amtsführende Oppositionspartei Qualität hat. Die SPÖ verabschiedet sich von einer inhaltlichen Diskussion und möchte nur mehr plakativ auftreten, denn, dieser Antrag Frau Mach, daß Du Dich dafür hergibst, ich bin erschüttert. Inhaltlos, da steht ja nichts drinnen. Wie soll denn das geschehen? Denn, wie ich den Antrag bekommen habe, habe ich sofort im Sozialamt angerufen und ich möchte dieses viel zitierte, das Du auch jetzt zitiert hast, dieses Altenkonzept haben. Ich habe es nicht. Daraufhin hat es geheißén im Sozialamt, die Referentin hat eine Weisung erteilt, dem Bürgermeister, dem Vizebürgermeister oder anderen Referenten diese Unterlagen nicht zukommen zu lassen. Ich habe den Herrn Bürgermeister angerufen, ich habe ihm gesagt, das kann es ja nicht sein, daß wir nicht über gleiche Zahlen und Grundlagen diskutieren dürfen. So, alles was ich bekommen habe, als Altenkonzept sind diese Zahlen, die wir alle mittlerweile aber aus der Zeitung kennen. Das ist die Bedarfserhebung, die angesprochen worden ist, die offensichtlich im Juni gemacht worden ist, die für Steyr über das Jahr 2000 hinaus gemacht wurden. Darüber hinaus vermisse ich wirklich die Diskussion, wie geht denn unser Sozialplan und Altenplan weiter? Ich habe nirgends ein Konzept gesehen. Aber im zuständigen Stadtentwicklungskonzept, wo wir uns auch sehr stark gemacht haben, da gehört ein Sozialplan dazu. Ich habe es dort nicht gesehen und nicht gefunden. Und wenn dann eine Referentin hergeht, und ich sage es wirklich, hergeht, und daraus einen SPÖ-Antrag dann formuliert, und sagt, na ja machen wir im Münichholz was, irgend etwas müssen wir ja machen, und ihre eigenen Genossen haben aber nicht Sorge dafür getragen, daß hier Gelder für die Planung wenigstens eingefügt worden sind. Da frage ich mich wirklich, was da dahinter steht. Ich kann dem Antrag zustimmen, nur dem ersten Satz, das heißt, die Stadt Steyr beabsichtigt die Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes. Punkt. Alles andere muß in den zuständigen Ausschüssen diskutiert werden. Wer, wo und wie, daß dieses neue Altenheim gemacht werden soll. Ich bin nicht der Meinung, daß man eine politisch dominierte Wohnbaugesellschaft von vornherein beauftragt „mach das“, da bin ich nicht der Meinung. Das sollte anders geschehen. Und dann ... na, was denn, na die WAG ist nicht politisch dominiert ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das darf doch nicht wahr sein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich denke, daß es richtig und wichtig ist, daß wir zuerst ein neues Alten- und Pflegeheim planen, dann müssen wir uns überlegen, wer das macht, wo das geschehen soll, gemeinsam mit unserem ... ich möchte Dich wirklich bitten, leg den Altenheimplan auf den Tisch, ich habe ihn nicht bekommen. Es war einem Vizebürgermeister der Stadt Steyr nicht möglich innerhalb einer Wochenfrist bis heute diesen Plan zu bekommen. Wenn Du ihn hast, bitte, gib ihn uns. Hast Du mehr als diese Zahlen? Wenn das alles ist, gibt es mehr? Wenn das der ganze Plan ist, dann ist es sehr dürftig. Dann verdient es nicht den Namen „Altenheimplan“. Aber wenn Du ihn besitzt, dann würde ich Dich wirklich dringend, höflich bitten, daß Du uns alle hier informierst, die wir entscheiden müssen über Millionenausgaben, daß wir alle von den gleichen Voraussetzungen ausgehen, daß wir über Zahlen und Fakten diskutieren können. Aber nicht populistisch einen Antrag hier einbringen und sagen, also wer da dagegen ist, der ist gegen ein Altenheim. Deshalb werde ich mir erlauben, ich kündige es nur an, daß ich dann zu gegebener Zeit einen Geschäftsordnungsantrag einbringen werde. Das war meine erste Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, danke sehr, Herr Dr. Pfeil. Nächster am Wort Herr Stadtrat Spöck als zu-ständiger Referent.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wie bereits von der Frau Vizebürgermeister angesprochen, sehen die Erhebungen der Firma Simon & Partner einen Bedarf bis zum Jahre 2010 von 420 Plätzen vor. Derzeit - ebenfalls schon gesagt - haben wir 336 Plätze im Alten- und Pflegeheim Tabor. Da das Land Oberösterreich die Kategorie 3, also die dezentrale Integration als Richtlinie vorgibt, d.h. die Dosierung der vorstationären Dienste solange als möglich sollen die Leute zu Hause bleiben, ist eine Wandlung der Altenheime in reine Pflegeheime sicherlich nur mehr eine Frage der Zeit. Auf der anderen Seite von Herrn Dr. Pfeil angesprochen, die Verordnung des Landes, die uns erreicht hat, eine Verordnung des Landes vom 11.4.1996, auch schon angesprochen der § 7. Der § 7 besagt, daß 90 % der Normplätze von Heimen als Einpersonenzimmereinheiten zu führen sind. Ab 1.1.1998 sind auch die bestehenden Heime, in bestimmten Heimen die Wohnschlafplätze für mehr als 2 Personen unzulässig. Hier gibt es aber Möglichkeiten, um Ausnahmen anzusuchen und man bekommt dann dementsprechend, ist gesagt worden, einen Bescheid. Hier stellt sich aber, da bin ich auch hier der Meinung von Herrn Dr. Pfeil und von der Frau Vizebürgermeister, die Frage, inwieweit es überhaupt sinnvoll ist Pflegebetten bzw. Pflegezimmer in 1-Bett-Zimmer umzuwandeln, insbesondere, umzuwandeln ja, aber auch Naßzellen einzuführen. Die Erfahrung zeigt ja, daß ein hoher Prozentsatz der Bewohner gar nicht mehr in der Lage ist, die stationären Einrichtungen auch dann tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Um der Verordnung aber, glaube ich, zumindest einem Teil zu entsprechen, müssen die bestehenden 2-Bett-Zimmer auf 1-Bett-Zimmer auf jeden Fall umgewandelt werden. In der Abteilung 3 würde

das bedeuten minus 38 Betten und eine Umwandlung der bestehenden 3-Bett-Zimmer in 2-Bett-Zimmer in den Abteilungen 1 und 2, das würde ein Minus von 31 Betten ergeben. Summa summarum würden dann etwa um die 260 Betten verbleiben, die dann auf 2 Einheiten aufgeteilt werden müßten, aber, um das überhaupt zu machen, brauchen wir ein neues Alten- und Pflegeheim. Dies ist ja auch nichts Neues. Herr Dr. Pfeil, Kollege Holub hat in den vergangenen Jahren des öfteren darauf hingewiesen, er hat gefordert, wenn ich erinnern darf, nur damals als die Verordnung im März gekommen ist, an einen Artikel in der Steyrer Rundschau vom 7.3.1996 „Holub ist für neues Altenheim. Stadtchef: Das ist zu teuer, neues Altenheim im Münchenholz würde S 40 Mio. kosten. Ich bin schockiert über die Aussagen von Bürgermeister Leithenmayr, heißt es, ärgert sich Altenheim-Stadtrat Karl Holub. Er behauptet, daß in Steyr kein Bedarf an zusätzlichen Alten- und Pflegeheimen besteht.“

In der einer Presseaussendung schreibt sich dann der VP-Politiker Holub seinen Frust von der Seele. Es heißt dann weiter: „Stadtchef Leithenmayr ist anderer Meinung. Ein zweites Altenheim können wir uns derzeit nicht leisten, die S 40 Mio. haben wir nicht. Leithenmayr weist auch auf die hohen Folgekosten hin.“

Damals haben wir es leider verabsäumt, hier ein neues Alten- und Pflegeheim zu bekommen. Zu den angesprochenen S 10 Mio. von Herrn Dr. Pfeil. Ich habe von diesen S 10 Mio. gehört zum erstenmal in den EXTRA-Nachrichten, wo es ein politisches HICK-HACK gegeben hat zwischen Herrn Vizebürgermeister Pfeil und Herrn Landesrat Ackerl. Das war für mich dann mit ein Grund, nur wegen den S 10 Mio., eigens einen Ausschuß einzuberufen, um auch hier Aufklärung zu bekommen. Leider hat bei diesem Ausschuß gefehlt, trotz Einladung, der Herr Magistratsdirektor bzw. die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratischen Fraktion. Wir waren nicht beschlußfähig und haben auch keine Aufklärung erhalten. Dementsprechend habe ich dann einen Brief an Herrn Landesrat Ackerl geschrieben und hier um Aufklärung gebeten, wie war es wirklich hier mit diesen S 10 Mio. Herr Landesrat Ackerl hat mir dann auch zurück geschrieben am 21.11.1996. Es heißt u.a. in diesem Schreiben: In der mittelfristigen Finanzplanung sind bei mir für Belange der Stadt Steyr S 10 Mio. vorgemerkt gewesen. Dieser Ansatz wurde nunmehr auf S 4 Mio. reduziert, weil kein Projekt eingereicht wurde. Diese S 4 Mio. sollen einerseits zur Finanzierung der Renovierung des Alten- und Pflegeheimes Steyr-Tabor dienen und andererseits ein Beitrag zu den anfallenden Kosten für die Planung und Errichtung gegebenenfalls im Jahre 1997 sein. Leider sind uns S 6 Mio. damit für die Stadt, so sehe ich das, verloren gegangen. Trotzdem freut mich dieser heutige Antrag. Ein bißchen sehe ich mich schon hier als Motor, als Motor für das neue Alten- und Pflegeheim. Was mich stört ist, daß im Budget 1997 dafür keine Mittel vorgesehen sind im Beamtenvorschlag. Von unserer Fraktion wurde auch dementsprechend in der Budgetverhandlung, in der Budgetklausur, gefordert, für die Planungskosten S 7 bis S 9 Mio. hier anzusetzen. Zustimmung habe ich bekommen von der Frau Vizebürgermeister, als auch vom Kollegen Apfelthaler und den übrigen Kolleginnen, Freiheitliche Partei weiß ich nicht. Meine Damen und Herren, abschließend, ich bin auch nicht froh, daß es in diesem Antrag heißt, gleichzeitig soll ein Planungsauftrag an die Wohnungsanlagen GesmbH. als Eigentümer über die Errichtung des Alten- und Pflegeheimes im Stadtteil Münchenholz erteilt werden. Ich kenne diese Unterlagen, die dem Haus übermittelt worden sind, nicht. Trotzdem ist es mehr als 5 vor 12 auch in dieser Sache. Daher werde ich diesem Antrag die Zustimmung geben. Ich möchte mich bei allen bedanken, die diesem Antrag dann tatsächlich folgen. Es ist wichtig, Herr Dr. Pfeil, wenn wir hier die politische Brille absetzen. Es geht hier um den Menschen, um den Menschen, der dringend Hilfe braucht. Das erlebe ich wöchentlich, Herr Dr. Pfeil, ich denke, hier die aktuelle Zahl, 184 Anträge, die wir derzeit im Alten- und Pflegeheim haben, davon sind 33 dringendste Fälle. Wir können nicht mehr warten. Das ist auch der Grund, daß es von unserer Fraktion für diesen Antrag eine Zustimmung gibt. Würden wir hier noch warten auf Unterlagen und, und, und, würde sich der Bau in meinen Augen verzögern. Wir können diese Verzögerung nicht mehr in Kauf nehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Fürweger. Ich erteile es.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat! Nun gleich vorweg, ich habe heute eine kleine Pressemeldung gemacht, es ist auch mein Wunsch die Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes. Ich habe es auch im letzten Ausschuß schon gesagt. Was mir hier heute nicht ganz gefällt ist schon die Geschichte, die noch nicht so alt ist, ich gehe nicht ganz zurück, sondern auf die letzten Monate und auf diese Sache, daß die SPÖ gefehlt hat, das war eigentlich nicht notwendig. Ich glaube der Konsens war immer da und wir hätten das eigentlich besprechen können. Daß hier 7 Leute fehlen und auch der Ersatz nicht da ist, das sind ja insgesamt 14 Leute die keine Zeit gehabt haben. Das hätte nicht sein müssen. Es geht hier, es hat schon unser Herr Vizebürgermeister gesagt, um den ersten Satz, dem wir vollinhaltlich zustimmen können, aber es beginnt hier leider beim zweiten Absatz schon. Dieser Planungsauftrag, das wäre schon eine Sache, die man im Ausschuß besprechen müßte. Es ist so, daß es nicht geklärt ist, wer soll der Errichter sein, wer soll der Betreiber sein, wie soll das Ganze aussehen, das ist einfach zu wenig geklärt. Was soll es kosten? Das ist der dritte Satz. Was uns abgeht, was soll es kosten? Ich habe hier in einer Zeitung, die heißt „Wohnbau in Oberösterreich“ Folge 2 1996 eine Passage gefunden, die sehr genau eingeht, vielleicht ist es das, was die Frau Vizebürgermeister darunter versteht unter diesem Konzept, wo drinnen steht, daß schon der seinerzeitige Soziallandesrat Reichl gesagt hat, man müßte 2 Milliarden Schilling haben, um das alles machen zu können. Dieser Betrag schreckte damals alle Zuständigen ab. Dieser Artikel geht dann weiter und endet mit einer Stellungnahme von Landeshauptmann-Stellvertreter Hochmair, Landesrätin Prammer und Landesrat Ackerl, die zusammenfaßten: Wir sind es der älteren Generation schuldig, ein Altern in Würde zu ermöglichen, wir sollten so viele Altenheime wie möglich bauen. Das Ganze geht bis ins Jahr 2001, wir sollen zwei Drittel der insgesamt 10.500 Alten- und Pflegeheimplätze errichten. 2.000 sollen bis zur Jahrtausendwende erneuert werden. Die Kosten für einen Heimplatz betragen zur Zeit S 1,3 Mio. und das ist jetzt der wichtigste Punkt glaube ich. Den müßten wir auch noch im Ausschuß klären. Was ist uns 1 Bett wert? Wieviel wollen wir ausgeben? Es gibt schon Heime von S 800.000,- beginnend bis zu S 1,5 Mio. Da spießt es sich dann mit der Ackerl-Verordnung. Da kommen wir halt nicht darüber hinweg. Diese ist in Kraft getreten mit 1.4.1996. § 7 noch einmal, mindestens 90 % der Normplätze von Heimen sind als 1-Personen-Wohnheiten und höchstens 10 % der Normplätze als 2-Personen-Wohneinheiten, jeweils bestehend aus einem Vorraum, einem Sanitär- und Waschraum sowie einem kombinierten Wohn- und Schlafraum, auszuführen. Da fehlt mir die Kostenrechnung dazu, zu diesem Gesetz, denn die Naßzellen verteuern dies gewaltig. Wenn man in jedem 1-Personen-Zimmer eine Naßzelle drinnen hat, dann kann man sich das vorstellen, was das mehr kostet, als wenn wir nur 2-Personen-Zimmer hätten mit einer Naßzelle. Es ist einfach die Nachfrage auch nicht geklärt, überhaupt den alten Leuten, ob sie das überhaupt wollen. Es geht um die Nachfrage. Es ist auch nie zur Sprache gekommen. Es ist einfach eine willkürliche Annahme, 90 % so, 10 % so. Ich habe mir ein Heim, zufälligerweise war ich in der Grazer Gegend, nördlich von Graz in Sembriach, gibt es ein Heim, seit 2 Jahren, das ist tadellos. Es hat 100 Betten, die Hälfte 1-Bett-, die Hälfte 2-Bett-Zimmer. Was ganz interessant war, 2 Leute in der Verwaltung, 2 Leute schaukeln diese Verwaltung dort und es ist jedem möglich dort ein Bett zu bekommen. Die 2-Bett-Zimmer sind von allen Leuten beziehbar und für die 1-Bett-Zimmer muß man drauf zahlen. Es hat der Herr Bundespräsident dieses Heim eröffnet vor 1 ½ Jahren und ich muß sagen, es macht einen sehr schönen Eindruck, es hat 4-Stern-Charakter. Es ist halt so, daß es in Massivbauweise im Erdgeschoß errichtet worden ist und im 1. und 2. Stock Fertigteilausführung, aber man merkt es dem Haus nicht an. Es ist tadellos. Es ist ein Seniorenheim mit Vollpflege, ich betone für Vollpflege geeignet. Das wollen wir ja, nicht. Sie fragen mich jetzt, warum? Das wäre schon wieder im Ausschuß zu klären. Was wollen wir jetzt, wollen wir Vollpflege haben oder nicht. Das sind schon wieder diese Fragen, die unklar sind. Gut wenn wir jetzt noch drauf

kommen und darum meine ich, ist es ein bißchen verfrüht, mit diesem Antrag. Ich kann noch einmal sagen, ich könnte mit dem ersten Satz leben. Es läuft uns glaube ich die Zeit auch nicht davon, weil wir es ja gar nicht drinnen haben im Budget für nächstes Jahr. Wir können uns jederzeit einmal sagen, o.k. im nächsten Ausschuß gehen wir raus mit der Planung, erteilen wir einen Planungsauftrag, eine Ausschreibung, wir möchten uns einmal ein paar anschauen, wir machen einen Wettbewerb. Es ist auch, glaube ich, der Wunsch aller, daß wir nicht jetzt einfach wieder nur von einem das vorgesetzt bekommen.

Unverständliche Zwischenrufe.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

... im Verwaltungsausschuß, das können wir machen, ja machen wir es im Verwaltungsausschuß-APT. Bitte, wo sollen wir sonst drüber jetzt dann reden? Also Fragen über Fragen, die schon zu klären sind. Ich sehe das überhaupt nicht mit einem „Hick-Hack“, sondern mit einem Konsens.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe mittlerweile den Vorsitz übernommen. Als Nächster hat sich jetzt zu Wort gemeldet Herr Stadtrat Tatzreiter. Entschuldigung, Herr Brandstötter zuerst.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist bewundernswert, wenn ich die Wortmeldungen des Herrn Dr. Pfeil verfolgen darf. Wenn er dann kritisiert, er bekommt die Unterlagen nicht. Es gibt hier für mich nur drei Sachen. Entweder es gibt die Unterlage nicht, aber die Frau Vizebürgermeister Mach sagt, es gibt eine Unterlage. Das zweite, daß Sie die Unterlage nicht bekommen haben, entweder man kennt Sie nicht dort als Vizebürgermeister oder als politischen Mandatar, daß Sie sie nicht bekommen oder das dritte, Sie haben bisher immer ein Desinteresse gezeigt, daß sie es nicht für notwendig finden, die Herren Beamten, daß Sie überhaupt so einen Auftrag erteilen. Zum anderen, wir haben über S 50 Mio., wenn ich mich erinnere, die Frau Vizebürgermeisterin Mach wird das besser wissen, ausgegeben inzwischen im Alten- und Pflegeheim für die Renovierung. Ich muß aber feststellen, daß Sie oder die Fraktion der FPÖ nicht dem Budget die Zustimmung gegeben haben und hier mitreden möchten bei der Geldvergabe oder bei der Investition. Ich glaube, es ist notwendig, ein weiteres Alten- und Pflegeheim zu errichten. Gerade der Stadtteil Münchenholz eignet sich erstens von den Flächen her hervorragend auf der Drachenwiese und wäre hier aufgrund der Infrastruktur sicher gut angebracht. Sie haben ja die Chance beim Budget 1997 Ihre Zustimmung zu geben für die Planungskosten, die von der Sozialdemokratischen Fraktion jetzt eingebracht werden. Einen Satz noch dazu. Ihr Kollege Fürweger hat ja so schön in der Zeitung schon abgedruckt und hat gezeigt, jetzt braucht man es ja nicht mehr näher erklären, wo die Drachenwiese ist, weil sie ja abgebildet ist mit ihm, wo dieses Alten- und Pflegeheim hingehört. Es fehlt im Grunde genommen nur mehr Ihre Zustimmung für das Budget 1997, daß wir das umsetzen können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Stadtrat Tatzreiter, bitte.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich habe in 3 Wortmeldungen in ganz besonderer Art festgestellt, wenn ich mich noch recht zurück erinnere an das Jahr 1985/86 bis 1991, wo die Kollegin Ehrenhuber dem Alten- und Pflegeheim Tabor als Referentin sozusagen vorgestanden ist und ich denke da noch an die Budgetbeschlüsse, die in diesem Zusammenhang gefaßt werden mußten, mit welchem Zögern dann die Zustimmung kam bzw. wann ich noch an den Kollegen Holub denke, er wird es mir verzeihen, wenn ich das heute hier mache, wenn er so auf Sie losgegangen ist, weil es eben um die alten Leute ging. Es ist halt sehr, sehr schwierig, weil man halt das Geld für etwas Anderes gebraucht hätte. Ich darf im Zusammenhang mit der Freiheitlichen Partei, der Fraktion, in Erinnerung bringen, Kollege Eichhübl, daß die Zustimmung halt immer sehr zögernd gekommen ist. Heute tut man so, als wäre man immer drauf aus gewesen, hier etwas Verbessertes einzubringen und die Mittel wären hier sozusagen zur Verfügung gestanden, man hätte es halt nur machen müssen. Ich erinnere nur an die Kollegin Stadtrat Ehrenhuber, die manchmal mit Tränen in den Augen versucht hatte, ein besseres Budget oder mehr Mittel dafür aufzubringen. Mir hat sie manchmal erbarmt, wirklich erbarmt die Ingrid, sie hat sich nämlich „hinunter gestrampelt“ für das Altersheim, weil sie genau gewußt hat, welche Probleme dort oben sind und daß die Warteliste so groß ist. Meine Herren, heute so zu tun, als ob es immer möglich gewesen wäre, nur wir hätten es verabsäumt, das ist falsch. Es hat auch daran gelegen, daß man zu den Dingen so stehen soll, wie sie wirklich sind. Noch eines, ich glaube nämlich, und persönlich stehe ich dazu, daß man bei gewissen Dinge, wenn sie auch unangenehm sind, sich doch dazu äußern muß bzw. auch erkennen sollte. Weil nämlich ein Wechsel passiert ist und der Herr Dr. Pfeil hat ja darauf hingewiesen, diesen Wechsel zu Holub bzw. zum jetzigen Referenten, dann sollte ich vielleicht darauf hinweisen, daß nur ein Schriftverkehr in diesem Zusammenhang mit dem Landesreferenten für diesen Bereich, für diesen Sozialbereich, etwas zu wenig ist und ich stelle nur fest, bei Gesprächen, bei Informationsdiskussionen über solche Dinge, daß man halt unserer Vizebürgermeisterin, der Kollegin Mach, ganz besonderes Engagement nachsagt, weil sie seit vielen, vielen Monaten gerade dem Problem ganz besonders zu Leibe rückt, und Landesrat Ackerl darauf hinweist, wenn nicht „die Mach“ mir ununterbrochen „am oder im Pelz stecken“ würde, hätten wir möglicherweise noch nicht so weit über die Dinge befinden können. Es ist, ich muß es ehrlich da in diesem Zusammenhang sagen und hier von diesem Podium aus anmerken und möchte dies auch tun, unserer Kollegin Mach ganz besonders herzlich zu danken, daß sie nicht nur dem Ackerl sozusagen ununterbrochen auf der Verse ist, auch darüber hinaus der Wohnbaureferentin Prammer. Beide bestätigen dies, daß die Vizebürgermeisterin Mach sie fast wöchentlich einmal kontaktiert mit dieser leidigen Situation in Steyr. Wenn ich sage leidige Situation, weil die Liste sehr groß ist, immer noch sehr groß ist, obwohl sehr viel getan wurde und der Herr Dr. Pfeil hat darauf hingewiesen bzw. der Kollege Spöck, daß wir ja viele Millionen schon ausgegeben haben, nämlich für das derzeit bestehende Alten- und Pflegeheim, daß es aber nach den neuesten Erkenntnissen umstrukturiert werden sollte, was leider wieder sehr viel Geld kostet. Persönlich bin ich auch nicht einverstanden damit und hoch erfreut, das möchte ich gleich dazusagen, daß man große Summen ausgibt und dann wieder zu den Umstrukturierungen neuerlich Geld verwenden muß. Das ist die Meinung, die auch ich besitze, möchte aber dazu sagen, daß es notwendig ist, die Alten und nicht nur die Alten, besonders die es dringendst notwendig brauchen, nämlich die Pflegebedürftigen, und das sind nicht nur Alte, es sind auch Jüngere dabei, daß man jenen zumindest ein würdiges Dasein beschert und daß man denen auch die Möglichkeit anbietet, nämlich in dem Stadtteil, den sie kennen, weiter zu verbleiben. Hier geht es wieder ein bißchen um die Umgebung, es gibt Angehörige, denen halt der Weg in das Alten- und Pflegeheim am Tabor beschwerlich ist, sie müssen mit dem Bus fahren oder mit einem eigenen Fahrzeug fahren oder

sonstiges. Daher sollte man versuchen, auch in den Stadtteilen diese Einrichtungen zu schaffen. Ich bin persönlich froh, daß es einigermaßen gelungen ist, daß wir uns alle miteinander vorstellen können, daß im Münichholz aufgrund der Bewohnerstruktur dort, vor allem aber auch das Platzangebot betreffend und gemeinsam, möglicherweise mit der WAG, die Errichtung eines Altenheimes, vor allem diese Möglichkeit für den Personenkreis, der dort vorgesehen ist, notwendig ist. Wichtig ist dafür natürlich das Geld und wir wissen ganz genau, daß uns im Budget dies ein riesiges Loch reißt. Wir sollten uns aber dazu auf tun und meine dabei, daß wir für das Budget und den heutigen Antrag und darüber hinaus natürlich für 1997/98 diese Vorkehrungen treffen sollen und bitte daher nochmals um Einstimmigkeit dieses Antrages, auch wenn er Ihnen nicht schmeckt, Herr Dr. Pfeil. Ich sage das einmal so. Weil Sie meinen ja, die Stadt beabsichtigt die Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes, aus, Ende. Das andere, ich kann mir nicht vorstellen, daß man es einfach dabei beläßt. Ich glaube nämlich, das möchte ich nochmals abschließend sagen, daß wir unserer älteren Generation, vor allem aber jenen Personen, die sich das selber nicht richten können, wir dafür die Sorge tragen müssen. Daher bitte ich um Zustimmung und nochmals herzlichen Dank unserer Kollegin Vizebürgermeisterin Mach, daß sie sich so engagiert hat.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS verläßt um 17.30 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Bauer. Ich erteile das Wort.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Gäste! Ein Satz hat mich zu dieser Wortmeldung bewogen. Es hat geheißen, „wir sind es der älteren Generation schuldig ein Altwerden in Würde zu ermöglichen“. Zum Altsein in Steyr fallen uns eigentlich nur Heimplätze ein und ich vermisse Visionen, intelligenter Visionen zum Altsein in Steyr, nicht nur Heimplätze schaffen. Es war vor kurzem im ORF eine ganz interessante Sendung. Es sind Modelle vorgestellt worden, die gut funktionieren, eines in Wien, eines im Burgenland. Es sind Wohnungen umgestaltet worden, z.B. eine gemeinsame Küche, ein gemeinsames Wohnzimmer und vier einzelne Zimmer für vier Personen, damit jeder sein einzelnes Zimmer hat. Die Heimkrankenpflege, die Haushilfe kommt einmal am Tag, hat auf einen Schlag vier Personen betreut, die Aufgaben werden aufgeteilt, die Eigenverantwortung bleibt. Das ist das wichtige Ziel, sie soll bis zum Schluß so weit als möglich erhalten bleiben. Der eine, der raus gehen kann, der besorgt den Einkauf, der andere, der nicht mehr außer Haus gehen kann, der macht den Abwasch oder räumt auf oder sonstiges, die Arbeit wird geteilt. Die Leute sind verantwortlich für sich selber. Ein anderes Modell ist im Burgenland. Da wurden Gemeindewohnungen gebaut, es wurden Familien ausgesucht und alte Menschen ausgesucht. Familien, die mit alten Menschen zusammen wohnen wollen, alte Menschen die mit jungen Menschen zusammen wohnen wollen. Es gibt viele alte Menschen, die gern mit jungen Leuten zusammen sind. Diese Modelle funktionieren bereits. Sie wären eine Ergänzung zu Pflegeplätzen. Es heißt im Antrag „Alten- und Pflegeheim“ Pflegeplätze, weiß ich auch, daß wir sie dringend notwendig brauchen, daß viele Leute warten. Auf der anderen Seite steht im Krankenhaus der Altbau der ehemaligen Chirurgie schon jahrelang leer. Ich habe vor 5 Jahren bei einer Wortmeldung einmal angeregt, aus diesem leerstehenden Trakt eine Geriatrie zu machen. Es wäre für viele pflegebedürftige und schwerranke Menschen auch von Vorteil ein Krankenhaus in der Nähe zu haben, wenn Notfälle oder unvorhergesehene Krankheitserscheinungen eintreten, habe ich die ganzen medizinischen Einrichtungen, sprich modernste Apparate, ausreichend zur Verfügung

und vor allem schnell und sofort zur Verfügung, was lebensrettend sein kann. Also das war eine Wortmeldung schon vor 5 Jahren von mir. Das hätte schon längst passieren können, um die Pflegebettenanzahl zu vergrößern. Im Grunde genommen für eine Erweiterung der Pflegebetten, JA, für ein Altenheim wünsche ich mir vielleicht intelligentere Visionen, zumindest sind sie es wert, glaube ich, daß sie diskutiert werden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als Nächster Herr Stadtrat Eichhübl. Ich gebe den Vorsitz wieder zurück an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Ich gebe dem zuständigen Referenten, Kollegen Spöck, durchaus recht, wie er heute da vor mir gestanden ist und gemeint hat, daß seit Jahren eigentlich Handlungsbedarf in dieser Richtung ist und daß er auch darauf hingewiesen hat, daß sein Fraktionskollege Karl Holub damals sich dafür sehr eingesetzt hat und auch, das kann ich bestätigen, ich weiß nicht warum der Kollege Tatzreiter da mich angesprochen hat, die Kollegin Ehrenhuber in dieser Frage sehr aktiv gewesen ist. Und wenn wir jetzt so zurückrechnen, dann sind es doch einige Jahre, die ins Land gegangen sind, wo wir wissend, daß dort ein Bedarf vorhanden ist, daß ältere Menschen in größerem Ausmaße unterzubringen sind, nicht gehandelt haben. Jetzt erstaunt mich schon wieder eines, genau dieselbe Vorgangsweise wie bei dem ersten Antrag bezüglich des Nachtragsvoranschlags. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir sind zusammen gekommen am 17. und 18. Oktober um das Budget zu beraten, kurz vor Beendigung dieses Verhandlungsverfahren hat es dann noch die Möglichkeit gegeben, für die einzelnen Referenten ihre dringlichen Vorhaben auf die Tafel schreiben zu lassen. Da stelle ich fest, es stehen unter anderem die Planungskosten Neubau APM, also Alten- und Pflegeheim Münichholz, keine Summe, also wirklich sehr erstaunlich, ..

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

... haben wir doch angegeben!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

...und wirklich sehr erstaunlich, daß dann doch in Klammer gesetzt S 7 - 9 Mio. eingesetzt wurden. Aber das ist halt dann so im Raum stehen geblieben, so wie meine Anforderungen bezüglich des Taucherbeckens, einer Wasserrutsche usw. und wir sind auseinander gegangen. Das ist genau das, was ich jetzt wieder kritisieren möchte. Plötzlich hat es die SPÖ-Fraktion so eilig, sie erkennt jetzt, obwohl seit Jahren Handlungsbedarf ist, jetzt müssen wir einen Dringlichkeitsantrag einbringen und

setzt somit ... Entschuldigung, Dringlichkeitsantrag, ich berichtige mich, stellte einen Antrag der eben die gewisse Dringlichkeit jetzt vorsieht, die ja nicht außer acht zu lassen ist und setzt somit die Gemeindefunktionäre wieder unter Druck, auch den Kollegen Spöck jetzt, der nicht einmal informiert wird, daß Geld vorhanden ist. Das ist ja wirklich sehr erstaunlich. Dem geht es genau so wie mir, und ich kann Dich beruhigen, Du wirst im Laufe der Jahre noch drauf kommen, daß Du vielleicht so als Filialleiter eingestuft wirst, so wie ich bei den Stadtbetrieben. Aber das ist dann schon alles was man zu sagen hat, weil durchsetzen wird man kaum etwas können, wenn das die Mehrheit nicht will. So schaut es aus und wie gesagt, ich kann nur aus meiner persönlichen Sicht heraus sagen, ja natürlich, natürlich möchte ich gerne, daß morgen mit einem Bau begonnen wird, aber bitte eines glaube ich, sollte man doch berücksichtigen, was der Dr. Pfeil gesagt hat, es geht nicht darum etwas zu verhindern, sondern die Zeit müßte schon noch vorhanden sein, daß man zumindest das abklärt, wer der Planer sein soll, wer diesen Planungsauftrag erhalten soll. Ich glaube, ich will ja nicht der WAG jetzt etwas unterstellen, daß sie das nicht kann, aber bitte das wäre zumindest eine Aussprache und einen Gedanken wert und da vergeht nicht so viel Zeit wie bereits vergangen ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, Kollege Eichhübl. Ich möchte den Vorsitz noch einmal an den Dr. Pfeil abgeben und mich selbst an der Diskussion beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich erteile Ihnen das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Offenbar findet die Diskussion sehr unter einem Aspekt statt, wie bei einem Vaterschaftsprozeß. Eigentlich sind sich alle einig, daß wir dieses Altenheim brauchen und es wollen. Einige haben auch schon die Dinge historisch betrachtet. Zuletzt der Kollege Eichhübl, der hier die Frau ehemalige Stadträtin Ehrenhuber zitiert hat, die sich mit dieser Materie schon beschäftigt hat. Ich möchte daran erinnern, daß zu dieser Zeit, also im Jahr 1990 und noch 1991 ich Zeuge war von einem Gespräch der damaligen Sozialreferentin mit dem damaligen Bürgermeister Schwarz, hier zu dem bestehenden Alten- und Pflegeheim einen zusätzlichen Trakt zu errichten. Diese Gespräche wurden auch bis Linz zum damaligen Sozialreferenten getragen. Man hat damals gemeint, daß das eine zielführende Lösung wäre. Mittlerweile ist die Zeit weiter gegangen, man hat sich die Alterssituation näher angesehen. Eine Reihe von Aufträgen sind auch von der Landesregierung ergangenen, die Alterspyramide in Oberösterreich in den Bezirken und Städten usw. zu untersuchen und man hat hier auch über das Land hinaus geschaut. Man hat hier Studienreisen unternommen nach Deutschland, aber auch in letzter Zeit sehr stark nach Dänemark, wo man in dieser Frage wahrscheinlich einen der fortgeschrittensten Standpunkt hat. Jedenfalls ist die Meinung der Experten, der Fachleute, dahin gehend. Ich möchte daran erinnern, was die Kollegin Mach schon gesagt hat, und andere auch, daß das Land Oberösterreich und der Sozialreferent Ackerl ein Vorarlberger Unternehmen beauftragt hat, sehr konkrete Untersuchungen in Oberösterreich durchzuführen, über die Ist-Situation auf dem Gebiet der Versorgung der alten Menschen und auch hat dieser Auftrag beinhaltet den Schluß auf die Soll-Situation herzustellen. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit diesen beiden Herren, Simon & Partner, glaube ich, hießen sie, in Gegenwart auch des damaligen Referenten für unser Altenheim, Stadtrat Karl Holub, wo der Einleitungssatz ungefähr von diesen Vertretern Simon & Partner

gelautes hat: Warum vertritt die Stadt Steyr eigentlich so euphorisch die Position ein zusätzliches Pflegeheim zu errichten? Das hat damals den Kollegen Holub nicht gerade gefreut. Er hat das nämlich aufgrund seiner damals ersten Überblicke, die er über die Situation in Steyr hatte, und der Zahlen die ihm zur Verfügung gestanden sind, gesagt. Wir haben uns diese Materie lange angesehen, aber auch waren wir darüber informiert, daß die Frage der Pflegestandards nicht ausdiskutiert war, was ja auch schlüssig daraus hervorgeht, meine Damen und Herren, daß die Verordnung, die entsprechende, die Dr. Pfeil zitiert hat, hier liegt, ausgegeben wurde und versendet am 29.3.1996. Ich bin auch darüber informiert, daß man über die Pflegestandards nahezu 20 Jahre in Oberösterreich verhandelt, debattiert und gesucht hat, wie denn eine solche Verordnung aussehen soll. Im März, bitte, des heurigen Jahres ist diese Verordnung ausgesendet worden, mit April wirksam, mit den Übergangsfristen die uns allen bekannt sind. Diese Verordnung bringt völlig neue Bedingungen mit sich und es wird nicht nur uns, sondern allen oberösterreichischen Gemeinden sehr, sehr schwer fallen, in dem vorgesehenen Zeitrahmen diese Verordnung sozusagen in ihren jeweiligen Alten- und Pflegeheimen, sofern die Gemeinden überhaupt welche haben, zu erfüllen. Am leichtesten ist es natürlich noch, wenn man ein neues Haus dieser Verordnung entsprechend errichten kann. Das heißt also, seriöserweise konnte man erst nach Vorliegen des Landesgesetzes zu diesem Thema eine Planung in Gang setzen, die dem Gesetz überhaupt entspricht oder aber, man hätte eine Planung gemacht ins Blaue hinein, hätte von vornherein wieder rechnen müssen, daß hier entsprechende Ausnahmegenehmigungen gemacht werden oder enorme Kosten für Umbauten und Anpassungen in einem neuen Haus erforderlich wären. Ich erinnere daran, daß z.B. vergangenes Jahr in Linz ein solches Haus mit 247 Betten in der Dolphinstraße, das ich mir selbst angesehen habe, übergeben wurde, voriges Jahr, entspricht natürlich nicht dieser Verordnung, diesem Gesetz. Die Materie ist also so einfach nicht. Die andere Seite ist natürlich auch die Finanzierung. Die Finanzierung ist alles andere als einfach. Man spricht von Kosten pro Bett von S 1,3 bis 1,5 Millionen. Wenn wir hier also von 120 Betten reden und ich meine, daß das die obere Größenordnung ist, die nach dieser Verordnung möglich ist, und dorthin müssen wir uns orientieren, wenn wir die Alterspyramide betrachten und den Bedarf den wir haben werden, daß wir hier von 156 bis 180 Millionen Schilling reden. Das wissen wir auch erst seit geraumer Zeit, weil zunächst ja die Standards festgelegt werden mußten und aufbauend auf diesen die Raumaufteilung und all diese Dinge, die Quadratmeter die wir zur Verfügung stellen müssen, kann man auch annähernd Kosten ausrechnen. Also wir haben eigentlich schon lange vor dieser Zeit uns über zusätzliche Alten- und Pflegeheime in der Stadt unterhalten, ist das falsche Wort, sondern beraten, und waren der Meinung, daß wir das brauchen. Ich erinnere mich auch an eine Sitzung des Verwaltungsausschusses des Alten- und Pflegeheimes, wo ich gesagt habe, wir haben damals den Namen „APT“ geboren und ich habe dann gesagt „APM“, „APE“ und APW“. Da haben mich die Teilnehmer dieser Sitzung verständnislos zunächst angeschaut. Ich habe gesagt APM ist Münchenholz, APE ist Ennsleite, APW ist Wehrgraben, das werden wir alles brauchen, eines Tages. Einige werden sich erinnern, als wir diese Debatte geführt haben. Das wir dies nicht alles aus dem Handgelenk schütteln können, liegt auf der Hand, denn wir reden von Finanzierungsgrößenordnungen die annähernd einem außer-ordentlichen Jahreshaushalt unserer Stadt entsprechen. Daher glaube ich, wenn man ernsthaft diese Materie behandelt und herangeht, wird man versuchen müssen, dieser gesamten komplexen Situation gerecht zu werden. Das ist eine Frage zunächst, wenn man ein Haus bauen will, braucht man ein Grundstück. Wir wissen, daß im Münchenholz die Überalterung unserer Bevölkerung am größten ist. Wir haben ein Einvernehmen erzielt in unseren Beratungen, daß Münchenholz der Standort sein soll, einstimmig, in mehrfachen Beratungen, im Ausschuß, im Kreis der Fraktionsvorsitzenden, die bei jeder Gelegenheit stattgefunden haben: Münchenholz. Im Münchenholz, meine Damen und Herren, das wissen wir auch, ist Grundbesitzer die WAG. Übrigens keine sozial-demokratisch orientierte oder dominierte Gesellschaft, ich weiß nur, daß es dort 2 Vorstandsdirektoren gibt, die eine, eine Dame, fortschrittlich, gehört der ÖVP an, der Herr der SPÖ.

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, sehen Sie Herr Dr. Pfeil, wollen Sie ein Altersheim oder wollen Sie eine Koalitionsdebatte führen in der WAG, das ist die Frage. Das ist eine Position, die Sie gerne einnehmen können, die ich auch akzeptiere. Ich bin ja gerade dabei zu erläutern, daß wir hier gewisse Sachzwänge haben. Der Großgrundbesitzer, nahezu der ausschließliche Besitzer von Grund und Boden in dem Stadtteil wo die größte Überalterung ist, in dem wo auch guten Gewissens von den Umwelteinflüssen her so ein Haus stehen kann, gehört der Grund der WAG. Zufälligerweise einer Wohnbaugenossenschaft, welche natürlich sich auch mit Planungen beschäftigt. Das heißt, als erstes müssen wir einmal das Grundstück sichern. Daher habe ich nicht im Alleingang, sondern immer wieder erzählt und auch in Abstimmung mit der WAG vor mehr als 3 Jahren das erste Gespräch gesucht und geführt, im Hinblick darauf, ob es möglich wäre, im Münichholz auf WAG-Grund ein solches Haus errichten zu lassen. Ich erinnere mich daran und erinnere Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, daß ich darüber auch im Gemeinderat berichtet habe und auch den Hinweis gegeben habe, daß die WAG in Linz und ich glaube in Ansfelden auch solche Häuser geplant und gebaut oder in Planung befindlich hat, daß sie sich seit Jahren im Prinzip mit diesen Pflegestandards und den Notwendigkeiten beschäftigt hat. Es hat hier nicht einen Widerspruch gegeben, daß man mit der WAG im Münichholz das nächste dieser Häuser errichtet. In Oberösterreich ist dann im Laufe des heurigen Jahres diese Bedarfserhebung von Simon & Partner vorgelegt worden. Man hat sich darauf geeinigt, wie die Dinge wirklich aussehen sollen, hat darauf basierend auch dieses Landesgesetz erlassen und, weil es richtig ist was Sie sagen Herr Dr. Pfeil, daß man natürlich über die eine oder andere Festlegung recht unterschiedlicher Meinung sein kann. Ich pflichte Ihnen bei, daß in einem Pflegestadium der Stufe 5, 6, 7 sicher die Naßzelle als ein unnötiger Luxus, der kostenaufwendig ist, bezeichnet werden muß. Es ist auch die Frage, ob es wirklich so gescheit ist, nur Einbettzimmer zu haben, wenn man an das Bett gefesselt ist, wäre möglicherweise neben dem Fernsehen oder dem noch möglichen Lesen auch das persönliche Gespräch mit einem anderen Menschen, natürlich ist Voraussetzung, daß man sich einigermaßen versteht, eine ganz wichtige Notwendigkeit. Weil der Mensch ja ein soziales Wesen ist, und jeder sagt ja, die Schwester soll hineingehen, soll Zeit aufwenden, soll ihm die Hand halten, soll mit ihm das Gespräch führen. Das kann auch passieren, wenn Patienten miteinander in Kommunikation sind. Ich habe es eigentlich immer positiv empfunden, wenn ich einmal im Spital war in einem Zweibettzimmer zu sein, wenn es mir nicht ganz schlecht gegangen ist, um mit jemandem auch reden zu können. Also das sollte man jedenfalls überlegen. Da wird auch manches wahrscheinlich sich verändern können. Vielleicht gibt es wie bei anderen Gesetzen auch noch Novellen. Es wird ja in diesem Gesetz schon von Ausnahmebestimmungen geredet, welche wir dringend benötigen werden, im Hinblick nämlich auf das bestehende Alten- und Pflegeheim. Weil natürlich hier durch die Kollegin Mach versucht wurde zu errechnen, was denn die Verordnungsgerechtmachung unseres Alten- und Pflegeheimes Tabor kosten würde. Es kommt da ein Betrag heraus, der sich in der Gegend von S 250 Mill. und mehr Millionen Schilling bewegt. Aber dann reden wir in Wirklichkeit ja von S 420 Mill. - S 430 Mill. meine Damen und Herren, und wenn Sie diese Größenordnung sehen, neues Haus bauen, altes umbauen, ordnungsgerecht machen, dann reden wir von 3 Jahren außer-ordentlichen Haushalten. Da ist es schon verständlich, daß man das nicht mit einer kleinen Meldung über die Medien erledigen kann, zumindest nicht wenn man Finanzreferent ist. Sondern, daß man vorsichtig, seriös an diese Dinge herangehen kann und muß. Meine Damen und Herren, das haben wir getan, frühzeitig, mit WAG abgestimmt, daß das auf ihrem Grundstück möglich ist. Die Grundstückskosten, darüber hat überhaupt noch niemand geredet, weil den Grund muß man ja kaufen oder einen Baurechtsvertrag machen, das kostet natürlich dasselbe, mindestens, nur halt auf einen längeren Zeitraum. Da reden wir aber dann noch einmal von S 10 Mill. Grund bei dem Flächenbedarf, den wir dort haben. Wir reden also von 170 bis 190 Millionen Schilling bei APM. Und jetzt, wo all das auf dem Tisch liegt, wo wir wissen, daß 50 % der Baukosten des Hauses, die man natürlich erst nach Planung und Ausschreibung konkret definieren kann, daß die von der Wohnbauförderung gefördert werden und daß etwa 20 % vom Sozialreferat des Landes hier gefördert werden. Das heißt halt einmal, 650 ist der Ansatz, die gehen nämlich auf S 1,3 Mill., rund 650, abzüglich der

Ausstattung, wird dann noch weniger werden, pro Bett wird hier Wohnbauförderung sein und der gleich große Betrag, der wird von der Stadt aufzubringen sein. Wenn man das alles so sieht, die Förderungen des Landes noch dazu rechnet, aus dem Sozialbereich vielleicht noch eine Förderung, vom Gemeindefürerenten 5 % etwa, dann bleiben ungefähr S 70 Mio. stehen bei der Gemeinde, wahrscheinlich Minimum S 70 Mio. rund. Das ist die Größenordnung, die auch einzuplanen ist in die Mittelfristplanung und damit hier auch nicht der Eindruck entsteht, daß hier das ein Überfall ist mit diesem Antrag, wir haben natürlich Alten- und Pflegeheim Münchenholz im Zusammenhang mit Stadtentwicklung diskutiert, sowohl was die räumliche Situation ist, wo es hinkommt, als auch im Hinblick auf den Kostenplan. Das steht nämlich da auch drinnen, die ganze Zeit und dieser Entwurf, dieser Vorschlag, der ist im Planungsausschuß der Stadt allen Mitgliedern vorliegend, alle Gemeinderatsmitglieder haben sich das ansehen können. So ist die Vorgangsweise. Und jetzt meine Damen und Herren, noch ein Wort zu den S 10 Mio., die dann groß „ping-pong“ gespielt wurden auch über die Medien „Stadt hätte S 10 Mio. verschenkt“. S 10 Mio. meine Damen und Herren, im Vergleich zu diesen Gesamtkosten und Zahlungen, die wir hier haben werden, mit der Bereinigung und der Vorbereitung auf die zukünftige Altersituation sind natürlich nur ein sehr marginaler Ansatz, von dem ich auch erst erfahren habe, als ich persönlich den Herrn Landesrat Ackerl gefragt habe, was er denn in der Lage wäre freizumachen mit seinem Budget für ein Altenheim in Steyr. Da hat er mir gesagt, S 10 Mio., und das war ungefähr vor 3 Monaten, da habe ich das gehört. Und wenn er jetzt einen Teil dieser Millionen, die ihm ohnehin nicht erspart bleiben, weil er wird es uns erst geben, wenn wir bauen und nicht im vorhinein, einen Teil nach Sierning oder nach Garsten gibt oder gegeben hat, eher richtig „gibt“, weil in Sierning und in Garsten gibt es nämlich auch noch keine Baustelle, meine Damen und Herren, wie Sie wissen, sondern da wird auch geplant Alten- und Pflegeheime zu errichten. Ich halte das für sehr gut und für sehr wichtig und auch im Interesse der Stadt Steyr, weil nämlich jetzt die Kinder der alten Leute in diesem Umlandgemeinden auch, wie wir wissen, die sich damit beschäftigt haben mit der Materie, zu uns kommen, weil es in Sierning, jedenfalls außer dem „Siechenheim“, so wird es da draußen im Volksmund zumindest genannt, ich glaube St.Josefs-Heim, nämlich kein Altenheim gibt. Ich bin sehr froh darüber und ich bin auch den Sierningern nichts „neidig“. Auch der Druck auf uns wird nachlassen, wenn dann im Umfeld von Steyr, in den Umlandgemeinden solche Altenheime gebaut werden. So, meine Damen und Herren, wollte ich das gerne zum Ausdruck bringen als ein seriöses Vorgehen und weil auch das Budget betreffend für das nächste Jahr ein Ansatz hier angeführt wurde, so meine ich, daß das richtig und notwendig ist, auch das steht ja im Antrag. Aber bitte sehr, wir haben bis jetzt immer nur von einem Entwurf geredet und für mich war natürlich klar, daß im Entwurf nicht schon alles drinnen stehen kann. Wir brauchen ja auch noch etwas zum Verhandeln, meine Damen und Herren, um das Budget wirklich auf die Schiene zu bringen. In diesem Zusammenhang ist ja Raum für Eure Intentionen und wir werden sicher Möglichkeiten finden. Jedenfalls verstehe ich den Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion hier im Haus so, daß man das will. Ich bin überzeugt davon, daß Sie das auch wollen, meine Damen und Herren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hat sich noch jemand zu Wort gemeldet? Herr Lengauer, bitte. Ich übergebe den Vorsitz wieder dem Herrn Bürgermeister.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Es wäre fast verlockend, nun in der Lobeshymne der Taten auch von Stadtrat Holub und Stadtrat Spöck weiterzuspinnen und aufzuzählen, was auch die geleistet haben. Aber ich möchte dies nicht tun, weil ich einfach denke, das Altenheim ist für unsere Stadt etwas ganz Wichtiges. Weil jetzt

alle, die Vorredner, ja davon gesprochen hatten, daß das so etwas Wichtiges ist und da meine ich nun doch, wenn wir alle miteinander davon überzeugt sind, daß das so etwas Wichtiges ist, dann müßten wir doch auch einen Weg finden, das miteinander zu beschließen. Ein paar Gedanken möchte ich aber noch einbringen. Wenn zuerst gesprochen wurde von Visionen. Ich glaube Visionen sind immer wichtig, weil dort wo es keine Visionen mehr gibt, ist Tod. Eine kleine Vision, und das möchte ich einfach auch noch anfügen, hat sich verwirklicht, eine kleine Vision ist Wirklichkeit geworden. Es sind nämlich gerade zur jetzigen Zeit eine ganze Reihe von Junggemeinderäten, der Helferpool des Junggemeinderates, im Altenheim tätig und arbeiten dort für unsere älteren Mitmenschen. Also Visionen werden auch noch wirklich, wenn es auch nur kleine sind. Fürs zweite möchte ich sagen, Visionen brauchen aber eine Grundlage und ich glaube, ein neues Altenheim muß die Grundlage sein, auf der wir dann weiter bauen können und unsere Visionen weiter spinnen können. Wir haben schon einen Nebenpunkt und einen Nebenort gesetzt, in dem wir überlegt haben und in dem wir auch beschlossen haben, daß in der Industriestraße bei den Neubauten der Seniorenwohnungen, daß die so gebaut werden, daß dann jederzeit eine Betreuung möglich ist. Auch hier haben wir wieder einen Schritt gesetzt. Wir sollten das alles in der Gemeinsamkeit sehen. Bei der Ackerl-Verordnung da gibt es schon viele Gespräche. Ich kann nur sagen von meiner Funktion als Seniorenobmann weiß ich, daß auch hier große, lang dauernde Gespräche geführt werden, daß hier die Praxis noch angepaßt wird, um den Wünschen der älteren Leute zu entsprechen. Nun, Münichholz und WAG, die waren doch schon lange Zeit im Gespräch. Wir haben doch im Altenheimausschuß immer wieder davon gesprochen, wir haben überall davon gesprochen, also so neu ist die Sache wirklich nicht. Und ich glaube, wir müssen uns eigentlich heute wirklich den Anstoß geben und unser politisches Denken ein bißchen zurückschrauben, sicherlich war die Sozialistische Fraktion schneller mit ihrem Antrag, das müssen wir ihr zugestehen. Wir können aber alle mit gutem Gewissen sagen, jede der Fraktionen die da herinnen sitzen, haben immer gearbeitet und getan, daß ein Alten- und Pflegeheim gemacht wird, daß gebaut wird und daß wir der Not unserer jetzt im Altenheim Seienden entgegentreten und daß wir auch daran denken, daß in einigen Jahren einfach viele dieses Hauses und dieses Heimes bedürfen. Daher meine ich doch, müßten wir doch über unserer politischen Schatten springen und heute mitsammen diese Sache beschließen, daß eine Planung beginnt und dann müssen wir ja wieder mitreden, wie es werden soll. Daher meine ich und bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

Applaus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Herr Kollege Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Ich bin heute sehr froh darüber, daß wir einmal ausführlich über dieses Thema debattieren können. Auch ich werde mich diesem Antrag anschließen. Mir geht es vor allem auch darum, daß wir bei jeder dieser Altenheimdiskussionen vor allem auch Diskussionen darüber führen, was wir anstatt dieser Altenheime für die älteren Menschen machen können. Die Kollegin Bauer hat da sehr gute Beispiele für ältere Menschen machen können. Sie hat sehr gute Beispiele vorgestellt die es gibt. Ich glaube, es ist notwendig, diese Experimente auch in Steyr durchzusetzen, denn wenn man bedenkt wie hoch die Kosten für ein Altenheim sind, und wie hoch die Kosten für sozusagen ambulante oder mobile Behandlungen sind, da ist schon ein Unterschied. Darauf sollten wir auf jeden Fall nicht vergessen. Das wollte ich noch abschließend sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Kollege Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat! Noch einmal, der Konsens, daß wir eines wollen, der besteht. Aber, Kollege Lengauer, es geht um die Finanzierung. Wir können uns darüber nicht hinweg schwindeln. Und wenn wir jetzt diesen Antrag wie er vorliegt beschließen, dann sind wir auf einen Errichter schon ausgelegt. Der Planungsauftrag der wird nur mehr von der WAG gemacht. Ich glaube es geht in erster Linie einmal darum, was kostet dieses Alten- und Pflegeheim und wie lange dauert die Errichtung. Es gibt bereits, und ich habe es schon in meiner ersten Rede erwähnt, ein Heim nördlich von Graz, und glauben Sie es mir, es ist innerhalb eines Jahres errichtet worden. Vom Spatenstich bis zur Inbetriebnahme durch den Bundespräsidenten. Und wenn wir jetzt auf ein Altersheim zurückgreifen wie es die WAG macht, und wir wissen nicht einmal, wie lange sie bauen, sie gehen sicher von einer Bauzeit aus von 2 ½ Jahren. Versetzen wir uns selber in die Lage: Wenn Sie ein Haus bauen, dann holen Sie sich unverbindliche Angebote, und Sie geben nicht dem Erstbesten einen Planungsauftrag, der schon Geld kostet. Das ist einfach nicht üblich. Wir müßten zuerst einmal ausschreiben, unverbindliche Angebote einholen lassen, wissen, wie lange baut jemand ein Heim, und was kostet so ein Heim. Und dann entscheiden wir uns, wer es errichtet. Warum man so auf die WAG ausgerichtet ist? Der Grundkostenanteil ist minimal, die Gesamtkosten ebenfalls ... einen Preis zu verlangen, der nicht ortsüblich ist, ich glaube auch das, eine Erpressung in diesem Fall kann ich mir nicht vorstellen. Ich schlage schon vor, daß wir einmal diesen ersten Satz so nehmen wie er ist, aber über den Planungsauftrag erst zu einer späteren Zeit in richtiger Form das Ganze durchführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Kollege Oppl, bitte, als Nächster.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Herr Kollege Fürweger, nur ganz kurz. Der Herr Bürgermeister hat vorher ganz ausführlich erklärt und erläutert, daß das ganze Projekt über die Wohnbauförderung finanziert werden soll, zumindestens zu 50 %, und da gibt es ganz, ganz fixe Richtlinien, daß diese Kosten nicht überschritten werden dürfen. Nachdem auch die WAG eine Gemeinnützige Wohnungsvereinigung ist und bei diesen Richtlinien bestehen, habe ich überhaupt nicht im geringsten die Befürchtung, daß da nicht ortsübliche Preise errechnet werden oder sonst irgendwie, daß die WAG sich irgendwo ein „Körpergeld“ verdienen will, wie man so schön sagt. Diese Befürchtung kann ich mit Ihnen nicht teilen. Ich glaube, es ist auch die Mehrheit dieser Auffassung, nicht die, die Sie hier vertreten. Das wollte ich nur ganz kurz sagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin wirklich erschüttert, ich habe mir schon eine Wortmeldung in der Debatte von der zuständigen Frau Sozialstadträtin bzw. Vizebürgermeister Mach erwartet. Ich habe Sie dezidiert gefragt, und das muß in einer Debatte geschehen, weil man ja darauf antworten kann. Ich hab Sie dezidiert gefragt, gibt es ein - Altenkonzept in Steyr - weil sie es ja angesprochen hat, daß es das gibt. Da möchte ich fragen, noch einmal, zum zweiten Mal, gibt es das oder gibt es das nicht? Und wenn es das gibt, warum wird es unter Verschuß gehalten? Wo ist es? Wo ist dieses Altenkonzept? Wir brauchen Grundlagen, um so etwas Wichtiges zu beschließen. Man kann nicht auf Luft jetzt ein Projekt bis zu S 200 Mio. beschließen, auch wenn es wichtig ist, aber die Grundlagen müssen den Verantwortlichen dieser Stadt zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte auch die Meinung wissen von Dir, ob es stimmt, was mir Beamte gesagt haben, daß Du eine Weisung gegeben hast, daß Schriftstücke oder Statistiken anderen Referenten nicht zur Einsicht gewährt werden, vorgelegt werden. Da möchte ich auch gerne wissen, wie man im Hause hier wirklich arbeitet. Zur Verordnung. Ich bin nicht der Meinung ...

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN:

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... na ja, wäre nett, wenn wir die hätten, die Unterlagen. Ich glaube, auch der zuständige Referent von den Altenheimen ...

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... es wäre recht, wenn es das gäbe, wenn es das gibt. Wenn es sie nicht gibt, dann sagen Sie, es gibt sie nicht. Da hätten wir wirklich gern die Unterlagen gehabt. Zu Verordnung vom Herrn Landesrat Ackerl. Ich bin wirklich felsenfest davon überzeugt, daß diese Verordnung keine lange Zukunft hat. Diese Verordnung zeugt von Sozial-romantik und Sozialutopie. Ich bin auch nicht der Meinung des Herrn Bürgermeisters, daß wir bald ein weiteres Altenheim am Tabor oder auf der Ennsleite haben werden oder im Wehrgraben, ich glaube, die Richtung muß eine andere werden. Wir müssen private Betreiber, private Errichter mehr unterstützen und auch die Verweildauer der Pflegebedürftigen im Verband der Familie, das müssen wir fördern, das wird auch die Zukunft sein, und so haben es uns auch andere Länder und Gemeinden vorgezeigt. Ich glaube, es ist nicht der richtige Weg, daß wir flächendeckend Luxushäuser für schwerst Pflegebedürftige machen. Dann kommen immer weniger Leute, wahrscheinlich die mit Beziehungen, in solche super Luxusheime und die Mehrzahl sitzt dann draußen. Ansonsten können die Kommunen nichts mehr Anderes darstellen. Auch bin ich überrascht von diesen wirklichen Rösselsprüngen unseres Bürgermeisters. Bei einem Stadtteilgespräch im Jahre 1995, glaube ich war es, im Münichholz, auf Zuruf in der Mehrzweckhalle sagt er: Ja, wir bauen Euch da ein Altenheim her.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

So ungefähr wars. So ungefähr, Münchenholz bekommt ein Altenheim.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Richtig!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

So war es. Ich weiß nicht, was der Unterschied ist. Im Frühjahr 1996 haben Sie bereits gesagt, es ist nicht darstellbar. Frühjahr 1996.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da war es auch noch nicht darstellbar.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt kommt ein Antrag der SPÖ und Sie reden sich damit aus, daß erst jetzt die Verordnung gekommen ist. Und das paßt aber nicht zusammen, Herr Bürgermeister Leithenmayr. Weil, selbst Ihre Beamten, und selbst betroffene Heimdirektorenleiter, haben gesagt, die Verordnung zu diesem Zeitpunkt war nicht erwartet, nicht besprochen, nicht ausdiskutiert. Es haben ihnen wesentliche Diskussionsteile gefehlt. Sie waren selber überrascht über diese Verordnung, daß sie am 1. April dann in Kraft tritt. Wir sprechen heute wirklich über sehr viel Geld, um sehr viel Geld in der Zukunft und da hätte ich halt gern die Unterlagen dazu und ich erlaube mir deshalb, auch einen Antrag zur Geschäftsordnung einzubringen, daß diese Materie, die sehr wichtig ist, raschest in dem dazugehörigen Ausschuß behandelt wird. Ich würde sagen, daß wir es in beiden Ausschüssen behandeln, im Sozialausschuß und im Altenausschuß und ich stelle daher, auch wenn es ihn nicht mehr gibt, wenn ein Einwand ist, dann muß er im Verwaltungsausschuß behandelt werden, aber diese Geschichte bzw. Materie ist ressortübergreifend und beide müssen sich damit beschäftigen. Ich habe es wirklich leid, wenn sich dann die Referenten über die Zeitung dann zuschieben wer zuständig ist. Es war ja deprimierend da, die letzte Diskussion in den Medien mitzubekommen. Ich stelle daher nach § 8 der Geschäftsordnung Pkt.2 h den Antrag auf Zurückweisung an den Ausschuß für Soziales bzw. APM bzw. Verwaltungsschuß.

BR BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte Ihnen den Vorsitz übertragen und mich zu Wort melden, Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sind Sie der Nächste?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein. Hat sich sonst niemand gemeldet? Hat sich niemand gemeldet, momentan. Ich möchte ja zu dem reden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister Leithenmayr das Wort zur Geschäftsordnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren und Herr Dr. Pfeil! In so einer Situation, in der wir uns jetzt befinden, muß man sich entscheiden, ob man das will, das Alten- und Pflegeheim Münichholz, oder ob man darüber wieder die Debatte aufnehmen möchte. Ich glaube wirklich, mit Fug und Recht sagen zu können, daß das Thema „Alten- und Pflegeheim Münichholz“, zusätzliches Alten- und Pflegeheim, Bedarf usw., bei jeder Sitzung des zuständigen Ausschusses debattiert wurde, Einvernehmen bestanden hat, daß wir es benötigen, daß uns aber der Durchblick natürlich gefehlt hat, was ja auch verständlich ist. Ich habe mich wirklich bemüht, langsam und ausführlich, hier diese Materie, aus meiner Sicht zumindest, zu erläutern. Man kann jetzt planen, der Pflegezustand und -standard ist jetzt per Gesetz definiert. Es war auch vor 3 Jahren noch nicht klar, Herr Dr. Pfeil, daß die Wohnbauförderung hier fördert. Das ist auch etwas gewesen, was sich im Zusammenhang mit dieser Debatte auf Landesregierungsebene erst ergeben hat. Weil man natürlich weiß, wieviel Geld es kostet, es ist ja von vielen Milliarden die Rede in ganz Oberösterreich und es ist eine besondere Form des Wohnens. Ich möchte darauf hinweisen. Jetzt wissen wir, wie die Standards sind, wir wissen, wo wir es hin haben wollen; wir wissen, wem der Grund gehört; wir wissen, daß die WAG die Planung versteht, weil sie es schon öfter gemacht haben; wir wissen auch, was die Kosten sind und was sie sein dürfen, und zwar nicht nur pro Bett S 1,3 Mio., unterste Grenze, wie es übrigens der Förderansatz in der Wohnbauförderung bei Frau Landesrätin Prammer genauso wie der akzeptierte Betrag bei Landesrat Ackerl, Sozialreferent, wir wissen auch, wie hoch die Planungskosten sein werden, wissen wir auch, nämlich 4,25 %. So, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und was möchten Sie dann jetzt? Im neuen Verwaltungsausschuß, der sich erst konstituieren muß, das werden wir demnächst beschließen, im nächsten Stadtsenat, glaube ich. Was wollt Ihr dann debattieren, wenn wir das alles, worauf es ankommt, wissen, und wenn wir es eilig haben? Und bin ich der Meinung, erst dann kann, und das ist nicht ein „Larifari-Antrag“, der da auf dem Tisch liegt, wie Sie das behaupten, da halte ich entgegen, wie der Herr Dr. Tilman Schwager zu sagen beliebt, ich halte

entgegen, nämlich dem, was der Herr Dr. Pfeil sagt, daß das der erste konkrete Antrag ist, der den Grundsatzbeschluss umfaßt, was den Planungsauftrag betrifft und wer auch Mittel determiniert im kommenden Budget, ohne das alles kann man nämlich nicht bauen, um den bestehenden Bebauungsplan hier zu einer Änderung zu bringen. Und jetzt sage ich noch etwas, Ballerl spielen hin und her, und Referenten, Zuständigkeiten ergeben sich aufgrund unserer Geschäftsverteilung im Stadtsenat. Natürlich wird die Sozialreferentin, oder glaubst Du es hat mit sozial nichts zu tun, wie es den alten Leuten in der Stadt geht, wird sie sich wohl annehmen dürfen, sie ist auch direkt zuständig, glauben Sie mir das. Es ist natürlich auch Zuständigkeit von Stadtrat Spöck, der Vorsitzender des Verwaltungsausschusses für Altenheime ist, was übrigens ein interessantes Indiz dafür ist, daß man sich damals schon einig war, daß wir mehr Heime haben müssen, nicht wahr. Und es ist auch die Zuständigkeit vom Wohnbaureferenten, wenn Wohnen und Wohnbauförderung mit eine Rolle spielt, wenn man will, sicher auch vom Baureferenten. Und ich als Planungsreferent, wenn es sich um solche Projekte handelt, wo und wie, fühle ich mich auch noch mit zuständig, und als Finanzreferent auf alle Fälle, also ist es eine Materie, die nach Konsens schreit. Ich glaube, unter dem Druck solcher Argumente sollten die ÖVP, bzw. auch die Grünen haben sich erklärt, und auch die Freiheitlichen, sollten sich dem Antrag anschließen, daß wir nämlich das machen und nicht mit Geschäftsordnungsanträgen operieren und das Ganze wieder verschieben, verzögern und hintanhaltend. Ich bin daher der Meinung, daß wir, jedenfalls meine Fraktion, bitten, und auch die anderen Fraktionen, hier diesem Antrag auf Wiederverschiebung nicht zuzustimmen.

Applaus.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich möchte nur deswegen noch eine Erklärung abgeben auf die Frage, die den Geschäftsordnungsantrag betrifft, bis die zuständige Referentin das mir versprochenen Altenkonzept vorlegt. Es ist nicht vorgelegt worden, deshalb werden wir dem Antrag nicht zustimmen. Wir kommen nun zur Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages und möchte nun dem Herrn Bürgermeister das Wort zurückgeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und lasse abstimmen über den Antrag des Herrn Dr. Pfeil den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zurückzustellen und zwei Ausschüssen zuzuweisen, so war der Wortlaut. Ja, konkret, das ist der Sozialausschuß für Soziale Angelegenheiten, und der aufgrund der Ausgliederung noch zu gründende Verwaltungsausschuß des APT, daß wir wissen, wovon wir reden. So, wer dem Antrag des Dr. Pfeil zustimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. (9 Dafür-Stimmen - FP). Danke sehr. Wer stimmt gegen diesen Antrag? Das ist die Mehrheit. (SP, VP, GAL). Stimmenthaltung. Keine. Der Antrag ist abgelehnt. Schlußwort Frau Referentin zum Hauptantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte jetzt gleich einmal sagen, das vielgepriesene Altenkonzept, Herr Vizebürgermeister, ich war ja nicht alleine in Linz bei der Firma Simon & Partner wie die Erhebung war, da waren mit der

Herr Stadtrat Holub, der Herr Dr. Nones, der Herr Dr. Schodermayr, da war mit der Herr ...

ZWISCHENRUF VON VIZEBÜRGER-MEISTER DR. PFEIL:

Wo ist das?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Unterlagen sind jedem einzelnen zugeschickt worden. Ja, Du warst ja nicht mit. Du kannst die Unterlagen in Kurzform haben und das andere, das Altenkonzept zur Aufklärung. Meine Damen und Herren, ich möchte das jetzt schon einmal sagen, mir sind die alten Personen in der Stadt von Herzen ein Anliegen. Ich selbst habe mir die Mühe gemacht und habe aufgrund dieser Unterlagen von Simon & Partner ein eigenes Altenkonzept erstellt. Das ist als Referentin mein gutes Recht, was ist der Bedarf, was decken wir ab, was sollen wir noch haben in Bereichen bei „Betreutem Wohnen“, das ist jetzt die modernere Form, wir haben ja schon Visionen, „Betreutes Wohnen“ heißt natürlich auch, daß man so lange als möglich diese Form des Wohnens beibehalten sollte, bis man rund um die Uhr Betreuung braucht, und erst dann ein Pflegeheim in Anspruch nehmen muß. Und das ist gut für Herrn Kollegen Fürweger, wenn er etwas aufpassen würde, weil in seiner heutigen Kronen-Zeitung-Meldung war ja drinnen: „Wir brauchen kein Geld für ein Seniorenheim“. Der Unterschied zwischen einem Seniorenheim und einem Pflegeheim ist ein gewaltiger. Ein Seniorenheim fällt unter „Betreutes Wohnen“ d.h., daß man eine Betreuung kriegt, wenn man sie braucht und diese Betreuung bezahle ich. Ich bin nicht auf Almosen angewiesen, ich bezahle diese Betreuung. Der Unterschied zum Pflegeheim, z.B. man ist schon in der Pflegestufe 3 und da braucht man schon eine Betreuung, da kann man nicht mehr sagen, ich mache eine Gemeinschaft auf, ich pflege mich selber, weil das geht meistens nicht mehr bei Pflegestufe 3. Und auch das steht in der neuen Verordnung drinnen und wenn sich jemand mehr beschäftigen würde, der das dann kritisiert, dann würden natürlich auch alle davon wissen, Herr Vizebürgermeister. Es steht ja alles in der Verordnung drinnen, was notwendig ist. In Zukunft werden die Pflegeheime so gebaut werden, lt. Landesrat Ackerl, ...

Zwischenruf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

... wir brauchen nicht diskutieren, es kann jeder die Einsichtnahme haben von Simon & Partner. Ich werde ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Und die habe ich nicht bekommen, um das geht's, und das macht mich so „narrisch“.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Schau, das kann man ja in Ruhe ausreden, da brauchst Du nicht „narrisch“ werden, das kann man ja machen. Es ist ja kein Geheimnis, was die Firma Simon & Partner geschrieben hat. Darum ist es mir wichtig, daß man Zukunft sagt, man baut eben Pflegeheime ab Pflegestufe 3. Das andere ist die neue Form mit Tagesstätten, mit Kurzzeitbetreuung, auch das ist in der neuen Landesverordnung, und das steht auch im Konzept von Simon & Partner drinnen. Das steht alles drinnen, in dieser Verordnung, und ich habe kein Geheimnis daraus gemacht. Wenn jemand die Verordnung lesen will, das kann man selbstverständlich haben. Es werden auch keine Luxusaltersheime gebaut, ich glaube, es werden um S 1,3 Mio., die man jetzt pro Bett rechnet, ist es wichtig, daß jeder die Ausstattung hat, daß sie pflegebehindertengerecht gebaut wird, so ist es notwendig. Darum hat man diesen Preis, das wurde auch bei Simon & Partner präsentiert und durchgenommen, wir waren doch 5 Tage in Linz, wo uns genau erklärt worden ist, was wird gemacht und was sollte nicht gemacht werden und wo kriegt man die mobilen Dienste für das Ganze, wo man keinen stationären Bereich braucht, wo kriegt man das billiger. Zu Münchenholz möchte ich schon sagen, mir ist bekannt, Herr Stadtrat Schloßgangl, daß wir im Bauausschuß schon einmal den Platz durchgenommen haben, weil es waren ja 2 Plätze im Gespräch, es ist in Erwägung gezogen worden die Drachenwiese und die Prinzstraße. Dann hat man sich einstimmig für die Drachenwiese ausgesprochen und auch u.a. war dabei im Bauausschuß, daß man ein „Betreutes Wohnen“ anschließend bauen soll, weil das kostengünstiger ist, wenn man ein „Betreutes Wohnen“ neben ein Alten- und Pflegeheim baut. Das war im Bauausschuß und ich glaube, das haben alle Mitglieder gehört. Da kann ich mich nämlich noch genau erinnern, das war heuer, als der Standpunkt schon festgestanden ist. Daß der Grund der WAG gehört und daß die WAG im Münchenholz die meisten Gründe hat, das ist keine Frage. Die WAG hat jetzt bereits in Linz nach dem neuen Standard ein Alten- und Pflegeheim übergeben. Die WAG baut sehr viel, also braucht man keine Angst haben, daß die WAG das Bauen oder die Planung nicht beherrschen.

Unverständliche Zwischenrufe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Auch der ist vorgegeben. Der Bürgermeister hat es ja bereits angesprochen, daß vor 3 Jahren noch keine Wohnbauförderung vorhanden war für ein Pflegeheim, aber laut Landesrätin Prammer in Absprache mit Landesrat Ackerl, gibt es von Landesrat Ackerl eine Förderung, er hat bereits für die Stadt Steyr, ... und das möchte ich jetzt einmal sagen, am 12.11. war ich beim Landesrat in einer anderen Angelegenheit, und da habe ich ihn gefragt, was mit den S 10 Mio. ist, die immer im Raume überall umher kursieren. Er hat mir mitgeteilt, daß uns die S 10 Mio. nicht verloren gegangen sind, sondern er hat für die Stadt Steyr für den Bau eines neuen Pflegeheimes S 38 Mio. vorgesehen. Der Landesrat hat auch ein Finanzierungskonzept, das geht bis ins Jahr 2005. Von Gemeinden und Städten, wo ein Pflegeheim benötigt wird, hat er natürlich einen Finanzierungsplan, und da hat er eben für die Stadt Steyr S 38 Mio. vorgesehen und er hätte für uns heuer die ersten S 10 Mio. im Planungsansatz, für die Stadt Steyr für 1997, vorgesehen. Da aber von uns aus kein Antrag gestellt wurde, ist das Geld umgeschichtet worden, aber es geht uns deswegen nicht verloren. Das Geld bleibt uns und wir bekommen eben im nächsten Jahr dann das Doppelte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So wie wir beim Nachtrags-voranschlag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es geht darum, wir haben keinen Verlust von Landesseite her.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nachtragsvoranschlag des Landes. So hat er das hinüber geschoben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Und deshalb, meine Damen und Herren, mir geht es wirklich darum, daß wir ein Heim brauchen und ich würde Sie wirklich alle ersuchen, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir stimmen über den Antrag Nr. 7) ab. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag. Niemand. Stimmenthaltung. (2 Enthaltungen - FP). Danke vielmals. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Tun wir weiter, oder Pause? Weiter. Kollege Eichhübl, „tempo pasati“.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen einen Antrag der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vorzulegen. Und zwar geht es um die Erlassung einer die Wasserleitungsanschlussgebühr, die Wasserbezugsgebühr und die Wasserzählergebühr regelnde Verordnung für die Stadt Steyr. Nicht zuletzt, so steht es auch im Amtsbericht drinnen, ist diese Verordnung deshalb neu zu fassen, weil auch der Rechnungshof darauf hingewiesen hat. Ich möchte nur darauf hinweisen, damit kein Mißverständnis entsteht, was sich dabei an den bereits bestehenden Gebühren verändert. Sie erinnern sich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß wir die Wasserbezugsgebühren ab 1.1. 1993 in drei Etappen angehoben haben, nämlich auf nunmehr S 13,20. Darinnen sind enthalten S 2,20 Reinhaltungsbeitrag. Die Wasseranschlussgebühr wurde ebenfalls am 9.6.1994 angehoben. Es ändert sich also in Bezug auf die Wasserbenützungsg Gebühr nichts. Auch ändert sich nichts in Bezug auf die Wasserzählgebühr, jedoch die Wasserleitungsanschlussgebühr wird, entsprechend des 2%igen Index von der Landesseite her vorgeschrieben und daher auch diese Beträge, wie aus der Gebührenbemessung auf Seite 3 erkennbar ist, angehoben. Ich darf Ihnen daher den Antrag verlesen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR.

8) Stw-90/96 Erlassung einer die Wasserleitungs-Anschlußgebühr, die Wasserbezugsgebühr und die Wasserzählergebühr regelnde Verordnung für die Stadt Steyr; Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentl. Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 23.10.96 wird die beiliegende Wassergebührenordnung 1997 beschlossen. Die Verordnung tritt am 1. 1. 1997 in Kraft. Gleichzeitig treten alle übrigen Bestimmungen über die Wasserleitungsanschlußgebühr, die Wasserbenützungsg Gebühr und die Zählergebühr außer Kraft. Die

Kundmachung hat durch 2wöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Es gibt keine Wortmeldung. Daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung. Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Beilage)

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe jetzt das Glück, daß ich noch nicht zum Budget sprechen muß, denn ich wüßte jetzt nicht wie ich sagen sollte, weil „ordent-licher Haushalt“ darf ich nicht mehr sagen, es geht also um den Jahresabschluß der Stadtwerke Steyr und des Versorgungsvertriebeverbundes Gas und Verkehr. Ich darf auch nur so in einem Drüberflieger in Erinnerung rufen, daß sich mehrere Institutionen und Gremien bereits damit befaßt haben, nämlich ein Steuerberatungsbüro, Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen, die FA für Kontrolle und Revision und nicht zuletzt der Prüfungsausschuß am vergangenen Montag und von diesem ist auch dieser heute hier vorliegende Antrag. Es gibt auch ein Schlußbesprechungsergebnis, das ich nach Bedarf dann noch zitieren möchte. Nun aber, wie schaut das tatsächlich beim Jahresabschluß der Stadtwerke Steyr für 1995 aus. Bei der Bestattung ist ein Gewinn von S 8.175,36 zu verzeichnen, bei Krematorium und Leichenhalle ein Minus von S 138.837,73, beim Wasserwerk ein Gewinn von S 203.777,11 inkludiert also eine S 6 Mio. Rücklage. Beim Stadtbad ein Minus von S 7.799.201,23, bei der Kunsteisbahn ein Verlust von S 1.392.651,15. Beim Steyrer Versorgungsvertriebeverbund Gas und Verkehr schaut der Jahresabschluß folgendermaßen aus, das Gaswerk hat positiv abgeschlossen in der Größenordnung von S 18.257.626,35 und im Verkehrsbetrieb wurde ein Minus von S 26.534.451,09 erwirtschaftet. Das heißt, in der gesamten Bilanz ergibt es bei diesen beiden Bereichen einen Bilanzverlust von S 8.276.824,74. Ich darf Ihnen jetzt nunmehr, meine Damen und Herren des Gemeinderates, den Antrag des Prüfungsausschusses zur Verlesung bringen.

Der Antrag lautet.

9) Rp-20/96 Jahresabschlüsse der Stadtwerke und des Versorgungsvertriebeverbundes Steyr für das Jahr 1995.

Der GR möge beschließen:

Die beiliegenden Jahresabschlüsse 1995 inklusive Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, sowie Anhänge der Stadtwerke Steyr bzw. des Steyr Versorgungsvetriebeverbundes Gas und Verkehr werden im Sinne des § 62 Abs. 2 Zi. 1b) und c) des StS 1992 genehmigt. Die Dotation der Rücklagen für statutarische Zwecke (Stadtwerke Steyr) beträgt S 6.000.000,--.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, über diesen von mir vorgetragenen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

STADTRAT WILHELM SPÖCK UND GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER verlassen

um 18.40 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Herr Kollege Gabath, erste Wortmeldung. Ich erteile das Wort.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte kein Problem mit den Jahresabschlüssen im Kommunalausschuß. Ich hatte am Montag Morgen im Prüfungsausschuß kein Problem, aber heute habe ich ein Problem, ob ich da zustimmen kann oder nicht. Ich habe Zeitung gelesen, es gibt den Rechnungshofbericht, aber scheinbar nur für die Zeitung, nicht für die verantwortlichen Mandatare. Und darum bin ich echt verunsichert und weiß noch nicht, wie meine Abstimmung ausgehen wird. Ich möchte da vom Herrn Referenten Aufklärung. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Entschuldigung, mich bringen alle durcheinander, die uns hier alle davonlaufen. Daher komme ich hier mit meiner Vorsitzführung fast nicht mehr zurande. Bitte um Entschuldigung. Aber jetzt.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium! Wen darf ich noch begrüßen? Ich bin in meiner Wortmeldung nicht nur sozusagen körperlich von Herrn Kollegen Gabath überholt worden, auch inhaltlich, denn ich wollte Ihnen den, wenn ich so sagen darf, aus meinem Ausschuß stammenden Antrag wärmstens ans Herz legen, wenn wir auch nicht gerade frohen Mutes einen derartigen Antrag einbringen, weil die Wirtschaftsdaten, die wir zu prüfen hatten, bis auf die Bildung der einen Rücklage von S 6 Mio. für kommunale Zwecke, für statutarische Zwecke, Entschuldigung, nicht gerade erfreulich sind. Wenn man durch die Buschtrommel wieder erfährt, daß der Rechnungshof hier sehr herbe Kritik geübt haben soll, erschüttert mich und zeigt manches, was hier in dem Hause in puncto Dichtigkeit nicht ganz stimmt. Ich könnte mir schon vorstellen, daß zuerst der Referent etwas erfährt, und auch hier bzw. die FA für Kontrolle und Revision, die sich mit solchen Themen befassen müssen, bevor es die Presse erfährt. Das wäre meine Anmerkung dazu.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, auch für diesen Beitrag, hätte ich nicht gesagt, normal, aber wenn Du mir so ein Hölzl schmeißt, mein Freund, Dr. Tilman Schwager, dann muß ich das schon sagen. Natürlich wird, wenn der Rechnungshofbericht, der Endbericht, da ist, er sofort versendet. Es gibt einen Anruf von heute, und zwar von Herrn Ministerialrat Mag. Haider, der mitgeteilt hat, daß der Endbericht heute, heute, zur Post gegangen ist und morgen voraussichtlich bei uns einlangen wird. Es ist aber so, daß auch das Land Oberösterreich diesen Bericht bekommt, es mag sein, daß die ihn schon früher gehabt

haben, und ich bin auch nicht begeistert davon, daß Redakteure diesen Bericht, wie ich weiß, bereits in Händen haben. Wir haben ihn nicht, auch noch nicht gesehen. Die Bestätigung liegt da. Was aber das Wissen um den Text, der da ungefähr inhaltlich drinnen steht, anbelangt, so gibt es natürlich Informierte. Da gehört natürlich der Referent dazu, weil es hat 2 Besprechungen gegeben, Abschlußbesprechungen, eine vorher, da haben wir unsere Vorstellungen dazu äußern dürfen. Da waren die Herren Stadtwerke-Direktoren dabei, es war der Kollege Eichhübl als Referent von mir eingeladen, und ich war auch dabei. Kollege Eichhübl mußte sich entschuldigen, er war nicht da, er hat sich von Dr. Pfeil vertreten lassen bei der ersten Besprechung. Wenn der es dann nicht berichtet hat in der F-Fraktion, tut es mir leid. Es hat eine weitere, endgültige Schlußbesprechung gegeben, wo das redaktionell noch einmal bearbeitet wurde, was wir dort gemeint haben. Da war der Kollege Eichhübl wieder entschuldigt und nicht anwesend. Also es soll sich bitte die F-Fraktion nicht beschweren im GR, wenn sie nicht zu Schlußbesprechungen erscheint. Ich stelle das nur fest. Endbericht morgen, morgen sofortige Zumittlung im Zuge der Gemeinderatspost wird erfolgen. Ich möchte das bei dieser Gelegenheit ganz klar feststellen.

Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aha, also Du bekommst ihn noch früher. Insofern wirst Du ja befriedigt sein. Gut. Ich wollte das feststellen. War da noch eine Wortmeldung? Kollege Fürweger, ich habe es eh' aufgeschrieben. Ja.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat, wertes Präsidium! Wir haben ja sehr viel Literatur bekommen. Hier, dicke Bücher. Ich möchte ein bißchen darauf eingehen und es beginnt mit der Verschuldung. Die Verschuldung bei den Stadtwerken beträgt 71 % und beim Versorgungsverbund beträgt sie 136 %. Das sollte uns schon zu denken geben. Schauen wir uns die Leistungsdaten an, die wir drinnen haben im Geschäftsbericht. Die sind auch nicht gerade schön. Wenn wir uns nur anschauen, daß wir bei den Fahrgästen eigentlich einen Rückgang haben bei den Verkehrsbetrieben. Ich glaube, wir sollten jetzt wirklich daran gehen, hier uns zu überlegen, wie man das ändern kann. Wir haben Zuwächse bei den Zulassungen für Kraftfahrzeuge in Steyr jährlich von ein paar hundert und wir haben eigentlich Abnahme bei den Fahrgästen im öffentlichen Verkehr. Wir haben bei den Umsätzen pro Bediensteten einen Gleichstand wieder erreicht mit dem Jahr 1991. Es ist runter gegangen die letzten 4 Jahre und jetzt haben wir wieder mit dem Jahr 1991 gleich gezogen. Das beweist uns eigentlich, daß wir im Personalbereich die Hebel ansetzen müssen. Ich komme eigentlich wieder zum Personalbereich und da ist einfach der Stadtrat für Personalwesen angesprochen. Wir haben bei den Verkehrsbetrieben einen Rückgang beim Personal und trotzdem höhere Kosten, weil die Krankenstandtage angestiegen sind von 1.000 in etwa auf 1.300. Auch dieser Sache, glaube ich, gehört nachgegangen. Es ist schon ein starker Anstieg, um 30 % Krankenstandsrate. Auch wenn das jetzt hier vielleicht nur ein paar Leute sind, aber das sollte nicht die Statistik so beeinflussen. Das ist nicht mehr tragbar, daß diese Leute vielleicht auf die Gesamtbelegschaft dann schlechten Einfluß ausüben. Mir ist aufgefallen, daß wir Verpflegungszuschüsse auszahlen in den Bereich, nicht in allen, bei der Bestattung S 30,-- im Jahr, Krematorium S 4.600,--, Wasserwerk S 11.000,--, Stadtbad S 14.000,--, Kunsteisbahn 0, dort gehen sie überhaupt nicht essen, Gaswerk S 20.000,-- und Verkehrsbetriebe S 37.000,--. Das sind um die S 90.000,--. Im Gleichklang aber haben wir reduziert die Arbeitsbekleidung bei den Verkehrsbetrieben, nur mehr S 14.000,--. Es ist bekannt, daß es dort keine Arbeitsbekleidung mehr gibt bei den Busfahrern. Ich glaube wir sollten uns überlegen, was ist

hier wichtiger, daß die Leute Arbeitsbekleidung haben, daß sie auch einheitlich auftreten. Ja, und das gehört dazu, ich kann es ja bei der Budgetrede wieder sagen, aber das ist hier sehr schön detailliert, im Budget haben wir es nicht so schön da drinnen. Ich glaube es ist besser, wenn man den Busfahrern wieder Uniformen gibt bzw. Arbeitsbekleidung, und den Verpflegungszuschuß, der sowieso nicht mehr angenommen wird, streicht. Daß ein Lehrling aufgenommen worden ist, ist im Grunde zu begrüßen, aber für einen Betrieb mit 138 Leuten ist das nicht so überwältigend. Ich weise darauf hin, und das ist ja heute auch schon gefallen, es ist aber nicht gleich verstanden worden, es ist im Firmenbuch eingetragen der Herr Bürgermeister und die Frau Vizebürgermeisterin und sie sind verantwortlich für diese Betriebe und wenn ich hier schaue, das nächste Organ ist der Gemeinderat, dann der Bürgermeister, der Stadtsenat und dann erst die einzelnen Mitglieder des Stadtsenates. Daß wir das endlich einmal klären, es hat hier wirklich in erster Linie der Bürgermeister etwas zu sagen bei den Stadtwerken. Was positiv zu erwähnen ist, ist eigentlich was im Kontrollbericht herauskommt. Und zwar die Aussage, es ist eine EDV notwendig. Eindeutige Aussage der Direktion, daß unbedingt die Notwendigkeit für eine EDV-unterstützende Kosten- und Leistungsrechnung besteht. Das sind Maßnahmen, glaube ich, die man umsetzen soll. Wir haben jetzt genügend geprüft, wir haben im Haus intern die Kontrollabteilung angesetzt, wir haben jetzt den Rechnungshofbericht, wir haben Jahresabschlüsse hier, wir haben einen Geschäftsbericht. Jetzt müssen wir einmal etwas umsetzen. Und zwar, das was eigentlich immer schon verlangt worden ist. Ich erinnere nur an meinen Budgetvorschlag vom Jahre 1994, die Modernisierung und Attraktivierung des Stadtbades Steyr und sie kommt vor im Geschäftsbericht. Die Direktion hat daher bei der Budgeterstellung 1997 die Errichtung einer Wasserrutsche und die Sanierung des Tauchgartens erbeten. Ja, bitte, das brauchen wir nur umsetzen. Die Leute wollen das dort, also glaube ich, ist es auch gut, wenn wir das machen. Genauso Beachball-Plätze. Ich habe dann einen Antrag gestellt, im Antrag für kommunale Betriebe im Juli 1995, ebenfalls Wasserrutsche, Beachball-Plätze. Wir hätten das also heuer schon machen können, jetzt gehts schon wieder ins nächste Jahr hinein. Das sind die Sachen, die das Geld betreffen, das ist die Sache. Und wenn wir uns die Auslastung anschauen: mit 1,15% bei den Kabinen und 8,7% bei den Kästchen, und die Direktion schlägt wieder vor, eine sinnvolle Verwendung der überzähligen Umkleideeinrichtungen, ich glaube, dann lassen wir sie das machen. Wenn sie sagen, wir brauchen die „Kastlgebäude“ nicht mehr in dem Ausmaß und die Kabinengebäude, dann tun wir auch etwas damit, weil sonst bleibt alles beim gleichen. Und weil jetzt die Frau Vizebürgermeister wieder da ist und sie hat vorher den Kopf geschüttelt, wie wir gehört haben, daß wir bei der Bestattung S 8.000,-- nur Gewinn haben. Na bitte, Konsens, privatisieren wir sie. Mit S 8.000,--, bitte Gewinn, zahlt sich dieser Betrieb für uns nicht mehr aus. Und es gibt auch Bestattungsunternehmen in anderen Ländern Österreichs, die auch mit Förderungen arme Leute bestatten können. Das muß nicht ein stadteigenes Geschäft sein. Und bitte, schauen wir uns das Krematorium an, das ist ja wirklich nicht erwähnenswert mit diesem Defizit von S 138.000,-- und wo ist hier das Minus, beim Personalaufwand, wieder S 400.000,--. Beim Materialaufwand sind sie runter gekommen, aber nicht beim Personalaufwand. Das beweist wieder, daß wir dort den Hebel ansetzen müssen.

Zwischenrufe.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Da ist der Personalstadtrat gefragt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir können ja nicht einen Automaten reden lassen bei der Bestattung.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Als aller letztes noch zu diesem Werbekonzept, das auch verlangt ist. Hier habe ich mit Verwunderung erfahren, daß damals die ÖVP auch dieses Werbekonzept hier in Frage gestellt hat. Ich glaube, es ist dringend notwendig, daß wir die Leute einmal dazu bewegen, daß sie die öffentlichen Einrichtungen, gerade im speziellen beim Verkehr, auch nutzen. Also das wäre auch umzusetzen. Und das fehlt mir auch im zukünftigen Budget.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht weiter das Wort? Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Nur kurz ein Wort zu den Kosten und vor allem zu den Verschiebungen von Kosten von einem Ressort zum anderen, nachdem die Frau Vizebürgermeister ja wieder da ist. Im letzten Sozialausschuß hat man ja versucht, es ist zwar im maginalen Bereich, Kosten, und zwar bei der Schülerfreifahrt, dem Referenten Eichhübl in die Schuhe zu schieben. Offen-sichtlich in erster Linie aus dem Grund, weil man selber nicht unangenehme und un-populäre Entscheidungen treffen will. Es kann ja nicht so sein, wie wir das dann hinterfragt haben, diese Kosten der Asylanten, die nicht arbeiten in Österreich, weil sie nicht arbeiten dürfen, ein Nettoeinkommen einmal S 29.500,-- und einmal S 25.000,-- haben. Das ist ja unwahrscheinlich, vor allem im Hinblick auf viele Österreicher und Alleinerhalter und Alleinerzieher/ innen, die vielleicht auch mit 2 bis 3 Kindern mit S 7.000,-- oder S 8.000,-- auskommen müssen, weil man da selber keine Entscheidung treffen will, das dann dem Referenten hinüberschieben will und dort auch zusätzlich noch Kosten verursacht. Ich glaube auch, von dieser Praxis sollte man in Zukunft einmal weg.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

An den Haaren herbeigezogene Argumentation! Bitte, Herr Kollege Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Es ist ja schon interessant, mit welchen Argumentationen da jetzt auf einmal diskutiert wird. Um dies jetzt schon ins richtige Licht zu rücken, es sind ja etliche Mitglieder vom Sozialausschuß anwesend. Es hat sich da um eine Anfrage vom Kollegen Lengauer gehandelt, der einen Fall aufgezeigt hat, ich glaube, es geht um 2 oder drei Kinder, die im Asylverfahren sind, nicht in den Genuß der Schülerfreifahrten kommen, und es war dann die Diskussion, welche Möglichkeit bestehen würde, um diese 3 Kinder in den Genuß der Schülerfreifahrt kommen zu lassen, ja. Und es ist in keiner Weise dem Kollegen Eichhübl versucht worden, mehr oder weniger zu unterschieben oder zu unterjubeln, sondern es sind verschiedene Varianten diskutiert worden. Und nur Ihre

Aussage, um die S 29.500,-- oder S 30.000,-- zu relativieren, müssen Sie aber schon dazu sagen, daß es sich hier um eine Familie von 8 Personen handelt, ja, inklusive Familienerhalter, also nicht Familienbeihilfe, sondern mit den ganzen Unterstützungen, da gibt es einen, der ein Einkommen hat und das andere sind Unterstützungen, aber es handelt sich hier um 8 Personen, das müssen Sie seriöserweise dazu sagen, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, meine Damen und Herren, weil ich angesprochen worden bin. Es stimmt, im Sozialausschuß ist vom Gemeinderat Lengauer die Frage gekommen, weil hier geht 1 Kind vom Resthof in St. Anna in die Schule. Ich habe natürlich auch das Schreiben bekommen und habe mich um die Einkünfte vorher erkundigt, weil diese 5 Kinder haben keine Schülerfreifahrt. Ich habe es nicht dem anderen Referenten hinüber geschoben, ich habe nur gesagt, das steht ihnen nicht zu, aber ich werde selbstverständlich, das habe ich gesagt, unter Allfälliges im Sozialausschuß, das möchte ich schon, daß wir das richtig stellen, mich mit Herrn Stadtrat Eichhübl in Verbindung setzen, ob wir miteinander eine Lösung für die 4 oder 5 Kinder finden, ja oder nein. Leider war ich diese Woche krank, jetzt habe ich das auch diese Woche nicht klären können. Aber ich habe nicht einfach gesagt, ich gebe das dem Herrn Stadtrat Eichhübl rüber, daß er vielleicht noch ein bißchen mehr Verlust hat in seinem Budget. So war meine Antwort nicht. Es hat geheißen, was unternehmen Sie jetzt? Da habe ich gesagt, ich werde mich mit dem Stadtrat Eichhübl in Verbindung setzen, was für eine Lösung wir dabei eventuell finden können. Und die Einkommen habe ich mir selbstverständlich auch eingeholt, wie die Familie finanziell dasteht. Das stimmt, die eine Familie hat bitte 8 Personen und die andere, glaube ich waren 6 Personen. Ich habe das jetzt nicht mit, aber ich habe das alles schriftlich gehabt. Ich habe nicht einfach gesagt, der Stadtrat Eichhübl soll das machen. So war es nicht. Zu der Bestattung möchte ich auch sagen, für arme Leute, das hat mit dem Budget von Herrn Stadtrat Eichhübl gar nichts zu tun, das zahlen wir von der Sozialhilfe, hinüber an das Budget vom Herrn Stadtrat. Also er hat keine armen Leute zu bestatten, wenn jemand das Begräbnis selber nicht bezahlen kann, wird es von oben, von der Sozialhilfe, bezahlt, also von meinem Budget.

Zwischenruf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja selbstverständlich, für jeden, der sich kein Begräbnis leisten kann, aber deswegen soll der Abgang nicht mehr sein. Daß das richtig gestellt wird, bitte. Ich habe deshalb den Kopf geschüttelt, weil es besteht ja eine Möglichkeit, wenn ich heute schaue, daß man vielleicht mit dem Service sich noch etwas mehr bemühen kann. Bei den anderen, wenn ich heute schau, beim Stigler, der hat bestimmt einen anderen Gewinn als S 8.000,-- und das hängt natürlich davon ab, wie ich jemandem entgegen komme und wie ich mich bemühe um die Serviceleistungen. Und es hat natürlich auch geheißen, wie sie in die Bahnhofstraße gekommen sind, wird es mehr von den Personen angenommen werden und es wird sich der Umsatz steigern. Ich muß sagen, sie sind jetzt ein halbes oder ein dreiviertel Jahr in der Bahnhofstraße und ich glaube, weiß Gott wie, hat sich der Umsatz nicht erhöht. Es kommt halt, wie man mit jemand spricht und in so einem Fall, ist halt jeder bedacht, daß er zart behandelt wird und einem viel abgenommen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, Moment, vor Dir ist noch der Kollege Bremm, dann Schloßgangl in Vorbereitung.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehren Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ganz interessant, wie diese Diskussion geführt wird seitens der Freitheitlichen. Der Kollege Fürweger stellt sich blauäugig heraus, im wahrsten Sinne des Wortes, ich habe ihm erst tief in die Augen gesehen, und er findet eigentlich eine ganze Reihe an Kritikpunkten in einem Bereich, wo sein Parteikollege, der Roman Eichhübl schon 5 Jahre jetzt, wenn ich es richtig im Kopf habe, wenn ich mich nicht verzählt habe, lieber Roman, im diesem Bereich zuständig ist und so tut, als wenn immer andere verantwortlich wären. Also irgend wann sollte der „Schmäh“ einmal gar sein und in Ressorts, die Ihr besetzt, solltet auch Ihr einmal eine Verantwortung übernehmen.

ZWISCHENRUF von GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Was tut Ihr für den Sport im Stadtbad?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das wäre entsprechend unseren Statuten auch notwendig und verpflichtend. Das hat auch jeder hier in seinem Eid geschworen. Also so kann der „Schmäh“ sicherlich nicht weitergehen und in die Details, Sie wissen ja ganz genau Herr Kollege Fürweger, daß diese Detaildiskussionen in den Ausschüssen geführt werden und Ihre Kritikpunkte, das ist halt auch eine tolle Sache, wenn man immer sagt: weniger Leute, weniger Leute, mehr Leistung, weil dort wollen wir ja dann nichts hergeben. Diese unseriöse Diskussion, Gott sei Dank, ist in dem Ausschuß noch nie geführt worden und auch Ihr Parteikollege und der Ressortverantwortliche führt diese Debatte nicht. Er ist nicht der Meinung, daß er aus seinem eigenen Ressort ein paar Leute hinaus schmeißt, damit vielleicht dann bei der nächsten Gemeinderatssitzung Ihre Bedürfnisse in der Richtung gestillt sind. Also ich glaube, wir sollen einmal eine sachlichere Politik betreiben und hier nicht immer eine Show abziehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächster Kollege Schloßgangl. The show must go on. Ich hätte nicht geglaubt, daß wir da so lange diskutieren.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Daß wir aus der Zeitung erfahren mußten, was der Rechnungshof an den Stadtwerken und am Versorgungsvertriebeverbund kritisiert, hat uns natürlich auch schockiert und ist uns sehr, sehr unangenehm aufgestoßen. Wir werden daher zum gegebenen Zeitpunkt, wenn wir die Unterlagen haben, sicherlich über dieses Thema ausführlich diskutieren und uns vorher beraten. Zu dem heutigen Abschluß möchte ich sagen, was uns besonders aufgefallen ist, daß die Bestattung und auch das Krematorium auf sehr schwachen und nicht gewinnbringenden Beinen steht. Es ist schon einmal

angeklungen von einem der Vorredner, daß jeder Bestatter heute relativ gut lebt und es müßte möglich sein, und das war ja auch der Grund warum wir einem stadtnahen Büro zugestimmt haben in der Bahnhofstraße, daß sie dort Gewinne machen. Das haben sie einmal gemacht mit etlichen tausend Schilling und seither ist es damit vorbei. Diese spärlichen S 8.175,--, die sie heuer erwirtschaftet haben, die sind direkt vernachlässigbar. Daß das Krematorium nicht besser abschneidet, ist auch verwunderlich, denn auch in konservativen Kreisen und in den speziell katholischen Kreisen, die das früher eher abgelehnt haben, ist es heute gang und gäbe, Einäscherungen durchzuführen. Ich glaube, auch hier müßte man trachten, ein positives Ergebnis zu erzielen. Wo immer man den Hebel ansetzt, sicherlich ein großer Punkt das Personal, das man hier, glaube ich, gezielter einsetzen müßte. Und in den Vorgesprächen zum Budget hat die ÖVP gefordert, daß der gesamte Magistrat eigentlich von externen Beratern, gemeinsam mit den Geschäftsbereichsleitern und Abteilungsvorständen, auf seine Effizienz durchleuchtet werden soll. Es ist nicht auf sehr große Gegenliebe gestoßen, nur glaube ich, bei den Stadtwerken und beim Versorgungsvertriebeverbund wäre es eine unabdingbare Notwendigkeit, denn hier müßte man einmal den Hebel ansetzen und schauen, eine seriöse, eine vor allem wirtschaftliche Geschäftsgebarung sicherzustellen. Und ich möchte daher an die Kollegen aus den anderen Fraktionen sehr den Appell richten, hier mitzugehen und mitzustimmen, daß wir diese Betriebe und daß wir den gesamten Magistrat durchleuchten und hier versuchen, einsparungseffiziente Möglichkeiten auszuleuchten, denn es ist nicht umsonst der Slogan „Machen wir die Dinge richtig, machen wir die richtigen Dinge“. Ich glaube, daß sollten wir uns wirklich sehr, sehr überlegen und hier gäbe es ein großes Potential auch für das kommende Budget Einsparungen und Reserven zu schaffen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber Du hast doch der KDZ-Analyse zugestimmt, wann ich mich recht erinnere.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Natürlich, das war nur ein Teilbeitrag.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich verstehe Dich nicht, echt.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Es hat auch Änderungen gebracht, lieber Dr. Pfeil, es hat auch Einsparungen gegeben, natürlich, nur gehört das jetzt weiter entwickelt. Es hat ja aufgehört mit der Reduzierung der Geschäftsbereiche und mit den Zusammenlegungen. Aber das ist meiner Meinung noch zuwenig. Jetzt muß man weiterschauen und schauen, was man effizienter gestalten kann, was man unbedingt machen muß und was eventuell nicht mehr Aufgabe des Magistrates ist und was man eventuell auch, unter Umständen, kostengünstiger auslagern kann.

Zwischenfrage:

Wie oft soll man das machen? So eine Analyse, alle 2 Jahre oder was?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nein, die braucht man nur einmal machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wieder einmal. Im Verwaltungsbereich haben wir das bereits durchgecheckt. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Nicht mehr. Keine weitere Wortmeldung mehr. Gewaltiges Schlußwort, Herr Kollege Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, ich werde mich bemühen, auf die einzelnen vorgetragenen Punkte einzugehen, vor allen Dingen etwas ausführlicher zu werden, so daß es sich heute wirklich ausgezahlt hat, daß wir heute hier zur Gemeinderatssitzung gegangen sind. Aber Spaß beiseite. Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Kollege Gabath hat eigentlich das zum Ausdruck gebracht, was ich auch sagen wollte. Denn genau in der Situation, der Herr Bürgermeister hat es ja so indirekt bestätigt, sehe ich mich auch. Es ist eine Tatsache und es stimmt, also daß ich bei diesem Gesprächstermin nicht dabei gewesen bin. Und zwar habe ich die Einladung sehr kurzfristig erhalten, ich habe auch den Rechnungshof darüber informiert und habe auch berichtet darüber, daß ich aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit, wo ich eben gewisse Tage der Einplanung brauche, dieser Sitzung nicht beiwohnen konnte und habe gleichzeitig gebeten, mir Unterlagen zur Verfügung zu stellen, was bei diesem Gespräch herausgekommen ist. Darauf hat mir der Rechnungshof geantwortet, sinngemäß, daß ich die Möglichkeit hätte, mich an den Herrn Bürgermeister zu wenden. Der Bürgermeister weiß das sicherlich, daß ich nicht nur mündlich, Herr Dr. Pfeil ebenfalls, sondern auch schriftlich an ihn herangetreten bin, um einen Zwischenbericht vom Rechnungshof zu erhalten. Der Herr Bürgermeister hat dann bekannt gegeben, daß ihm das nicht möglich ist, aufgrund der besonderen Vertraulichkeit, die ihm auferlegt wurde. Wir haben sogar, glaube ich, im Gemeinderat schon darüber gesprochen. Und daher bin ich genauso überrascht, daß der zuständige Referent nicht auf Anforderung den Rechnungshofbericht, sofern es sich schon um den Endbericht jetzt schon handelt, erhalten hat, sondern daß der vorher in der Zeitung steht. Und ich bin, glaube Sie mir das, genauso überrascht über diese Situation. Und daher ist die Frage, wer hat den Rechnungshofbericht, der angeblich, wie der Herr Bürgermeister sagt, erst in einigen Tagen hier in Steyr einlangen wird. Das ist die große Frage. Und das täte mich auch persönlich sehr interessieren. Aber ich habe ja auch, meine Damen und Herren, ich möchte jetzt schon noch, nachdem der Rechnungshofbericht zitiert wurde und vom Kollegen Schloßgangl auch die wirtschaftliche Situation, die Voraussetzung einer wirtschaftlichen Führung der Stadtwerke angesprochen wurde, wo ich ihm sehr recht gebe, da sage ich kein Geheimnis, ich habe das auch schon einmals gesagt, daß ich natürlich Gespräche geführt habe, auch mit den zuständigen Leuten des Rechnungshofes, im Bereiche der Stadtwerke, die mich ebenfalls gefragt haben, was ich für Vorstellungen habe als Referent, und so weiter und so fort. Eben die üblichen Gespräche, die man in diesem Zusammenhang einer Überprüfung führt. Ich habe mir aber auch berichten lassen, daß an sich der Rechnungshof vor einer Situation gestanden ist, wie er hingekommen ist in die Stadtwerke und sich überlegt hat, ob er überhaupt jetzt eine Überprüfung beginnen sollte, aufgrund der eigenartigen Konstellation. Aufgrund des Organisationsstatutes ist es

tatsächlich so, daß den Stadtwerke-Verantwortlichen eine wirtschaftliche Betriebsführung auferlegt wird, das heißt, daß das aber in der Praxis gar nicht möglich ist, weil eben der Einfluß der Organe, wie sie auch hier aufgelistet werden, nämlich der Gemeinderat, der Bürgermeister, der Stadtsenat, Verwaltungsausschuß, dann erst die einzelnen Mitglieder des Stadtsenates, der Magistrat, Firmenbucheintragung Herr Bürgermeister Leithenmayr, Frau Vizebürgermeisterin Mach und daher, meine Damen und Herren, es sowohl davon abhängt, was die Mehrheit für Vorausgaben, um einen Betrieb wirtschaftlich zu führen, gibt. Das sind die Kritikpunkte oder die Anmerkungen gewesen, auf die ich mich erinnern kann. Aber wie gesagt, ich bin sehr hoffnungsfroh, daß ich auch in Kürze den Rechnungshofbericht erhalten werde als zuständiger Referent. Ich habe aber vorhin angekündigt, daß ich kurz einen Satz aus dem Schlußbesprechungsergebnis, das geführt wurde im Zusammenhang der Überprüfung dieser vorgelegten Jahresabschlüsse, wo es u.a. auch wieder heißt, nachdem auch ich darauf hingewiesen habe, der immer wieder geforderten Anregung der FA Kontrolle und Revision, die Stadtwerke Steyr mit einem entsprechenden Kapital auszustatten, da ist auch der Verlustabdeckungsbetrag im Verkehrsbetrieb gemeint, unter Berücksichtigung des Beratungsberichtes der Steuerberatungskanzlei Dr. Schwarz-Kallinger ist leider nach wie vor noch nicht in gebührendem Ausmaß durch den Eigentümer Rechnung getragen worden. Das möchte ich schon auch anmerken, weil ja Tatsache ist, wie gesagt, die Vorgaben für eine Betriebsführung, die kann nicht der Stadtrat alleine machen. Das ist eine Tatsache und der Kollege Spöck ist ja jetzt nicht mehr da, darum habe ich das vorhin erwähnt, er wird auch noch drauf kommen, daß es ihm so geht wie mir, was ja im Grund genommen wirklich paradox ist, weil da müßte man wirklich freie Entscheidungen den zuständigen Leuten in den Stadtwerken überlassen. Wenn man heute daran denkt, daß ich den Stadtsenat bemühen muß, weil 2 Hausanschlüsse gemacht werden sollen, und da muß ich im Stadtsenat mit weiß Gott was für großartigen Begründungen hineingehen und um Zustimmung heischen, und im Endeffekt zahlt dann doch diese Aufschließung der Bereich, nämlich die Stadtwerke. Also das ist eine sehr eigenartige Situation und da könnte man durchaus auch darüber reden, wie man effizienter arbeiten könnte, oder wie man die Leute dort effizienter arbeiten lassen könnte. Es ist angesprochen worden u. a. auch der Rückgang der Fahrgäste vom Kollegen Fürweger im öffentlichen Verkehrsmittelbereich. Er weiß es, aber wie gesagt noch einmal. Es hat sich der Ausschuß für kommunale Betriebe damit befaßt, alle die dabei sind, die Kollegen aus den anderen Fraktionen wissen es, daß wir uns gerade in der letzten Ausschußsitzung intensiv mit dieser Thematik befaßt haben, weil nicht zuletzt ein Rückgang der Fahrgäste deswegen zu verzeichnen ist, weil die Fahrpläne nicht mehr einzuhalten sind. Also es ist in einem überaus großen Ausmaße zu bemerken, ich habe sogar die Statistik drüben, aber ich möchte Sie nicht damit im einzelnen belästigen, also der Fahrplan weitgehendst in fast allen Bereichen, vor allem in Bereichen des Blümelhuberberges stadteinwärts, Richtung Kreisverkehr, durch das große Verkehrsaufkommen des Individualverkehrs entsprechend gehemmt wird. Da ist es sicherlich erforderlich, daß man dem öffentlichen Verkehr mehr Vorrang einräumt, durch entsprechende Maßnahmen. Da gehören z.B. die beschlossenen Maßnahmen des Kommunalausschusses dazu, die Lenker mit Funkgeräten auszustatten, die es auch später dann ermöglichen, aufgrund der vorhandenen technischen Einrichtungen, die Verkehrsampeln zu beeinflussen. Das alleine wird nicht ausreichen und man wird auch über eine Busspur weiterhin diskutieren müssen über den Blümelhuberberg, auch wenn die Nordspange kommt. Das wird notwendig sein, das alles sind Dinge, die sicherlich in die Richtung gehen sollen, das öffentliche Verkehrsmittel attraktiver zu machen, denn, nicht alleine, da gibt es Statistiken, da sind ja nicht wir allein so gescheit ...

ZWISCHENRUF

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

In diesen Bereichen ist man nahezu zu Fuß schneller unterwegs als mit dem öffentlichen

Verkehrsmittel. Da darf ich Sie jetzt schon bitten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, entsprechende Beschlüsse zu fassen. Frau Kollegin Mach hat den Bestattungsbereich angesprochen, ich darf vielleicht eine Berichtigung anfügen. Natürlich, Frau Kollegin Mach, ist es so, daß auch Abschreibungen im Bereich der Bestattungskosten vorhanden sind. Sie erinnern sich: Gerade bei einer der letzten Stadtsenatssitzungen waren, glaube ich, 35.000,-- Schilling, die abgeschrieben werden mußten. Wie gesagt, ich erwähne es nur, und ich stehe auch nicht an, nachdem Sie ja wissen, daß das auch in unserer Fraktion diskutiert wird, Überlegungen anzustellen, den Bestattungsbereich zu privatisieren. Allerdings eines, Frau Kollegin Mach, möchte ich schon sagen, also das kann ich mit Zuversicht sagen, daß sich die Mitarbeiter dort sehr bemühen, weil Sie eben gemeint haben, es ist die Frage, wie man dort angesprochen wird usw. Ich weiß nicht, vielleicht probieren es wir zwei einmal, vielleicht kriegen wir mehr Leute dort. Ich glaube also, daß die Leute sich dort sicherlich bemühen, aber die Gründe, meine Damen und Herren, liegen sicherlich wo anders. Die Gründe liegen darin, die ich vorhin bereits genannt habe. Es ist eben so, daß eigentlich die Stadtwerke nicht als gesonderter Betrieb gesehen werden.

Zu Frau GR Weixlberger gewandt: Die Frau Kollegin schüttelt den Kopf, ich habe vorhin sehr gespannt Ihren Zwischenäußerungen gelauscht. Es ist wirklich sehr interessant, wenn man da so steht, was man da so alles hört. Von Gehässigkeiten, ich sage das sehr bewußt, weil Sie sich sehr unfein geäußert haben. Das hätte ich eigentlich gar nicht erwartet, Sie sind an und für sich eine sehr ansprechbare Dame, aber vielleicht ist das eine momentane Erscheinung, ein momentanes Stimmungsbild. Da nehme ich das gerne zur Kenntnis. Aber Sie können sich ruhig einmal selbst bemühen, weil Sie schon so von der Untätigkeit anderer reden und einmal ein bißchen aktiver mitarbeiten. Kommen Sie einmal heraus und reden Sie einmal da heraußen. Probieren Sie es einmal, bringen Sie Vorschläge ein, vielleicht geht es Ihnen besser als uns. Es ist ein guter Ratschlag von mir, wenn ich bitte, sich das in der vorweihnachtlichen Zeit zu Herzen zu nehmen. Ja, meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist dem an und für sich dem nichts mehr im Wege, daß eine Abstimmung durchgeführt werden soll. Ich danke Ihnen verbindlichst für Ihre Aufmerksamkeit.

Unverständliche Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So, danke für dieses Schlußwort. Ich darf feststellen, aber außer Protokoll, Herr Kollege Eichhübl, als weisungsgebundenes Stadtsenats-mitglied ...

Unverständliche Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe weder jemanden von dem Personal eingestellt, ausgesucht oder sonst etwas. Ich habe Dich nirgends aufgehalten, wann Du etwas wollen hast.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER trifft um 19.20 Uhr wieder ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir stimmen ab, über den Antrag 9). Wer für den Antrag stimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand dagegen? Nein. Stimmenthaltungen? Werden keine angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich danke. Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe 2 Anträge vorzubringen. Der erste betrifft die Aufschließung der Knoglergründe und lautet:

10) Bau 2-86/93 Aufschließung der Knoglergründe; Aufschließungsübereinkommen mit der GWG der Stadt Steyr GesmbH und der Styria Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft.

Der Antrag lautet.

Der GR möge schließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 22.10.1996 wird dem Abschluß von Aufschließungsübereinkommen mit der GWG der Stadt Steyr GesmbH und der Styria Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft zur Erschließung des Siedlungsgebietes Knoglergründe zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt. Ich bitte um Diskussion und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Meldet sich jemand zu Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort? Auch nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Für den Antrag? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Stimmenthaltung? Nein. Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Bausperre Nr. 10 in Gleink. Der Antrag kommt vom Ausschuß für Stadtentwicklung und Stadtplanung und lautet:

11) BauGru-63/96 Bausperre Nr.10-Gleink; Verordnung.

Der GR möge beschließen:

Verordnung

I. Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 11.10.1996 bezeichnete Gebiet eine zeitlich befristete Bausperre verhängt. Die Bausperre betrifft die Grundstücke Nr.677/1-/4, 677/19-/31, 675/4 und 451, alle Kat.Gem. Gleink. Für die Grundstücke Nr. 677/2 - /4 und das Grundstück Nr. 675/4, alle Kat.Gem. Gleink, ist im

künftigen Flächenwidmungsplan die Ausweisung als Grünzug vorgesehen. Auf dem Grundstück 451, Kat.Gem. Gleink, soll unter Schaffung von Trenngrünstückteilen an der westlichen und östlichen Grundstücksgrenze die Errichtung eines Betriebes im gemischten Baugebiet entsprechend den Baurichtlinien der OÖ. Bauordnung ermöglicht werden. Auf den Grundstück Nr. 677/19 - /31 und 677/1, alle Kat.Gem. Gleink, soll, abgesehen von einem ca. 15 m breiten Streifen, gemessen ab der Friedhofsmauer des Friedhofes Gleink, die Errichtung von Wohngebäuden als lockerer und verdichteter Wohnbau ermöglicht werden. Die Bau-perre hat die Wirkung, daß Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften sowie Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise mit Zustimmung des Gemeinderates erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, daß die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes bzw. Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II. Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl.Nr.9 idGF., im Amtsblatt der Stadt Steyr, die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der FA für Baurechtsangelegenheiten sowie in der FA für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

Ich bitte auch hier um Diskussion und Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Ist jemand dagegen? Nein. Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Als nächster Berichterstatter, Herr Stadtrat Ing. Spanring, bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem Antrag geht es um die Übernahme einer Haftung für ein Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 17. Das ist der Bau des Dükers in der Steyr.

12) Fin-5/95 Übernahme einer Haftung für ein Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 17;

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 9.10.1996, wird der Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von S 1,536.000,- bei der Raika Garsten-Steyr rGenmbH, Stadtplatz 46, 4400 Steyr, durch den RHV Steyr und Umgebung gemäß beiliegendem Schuldschein und der Übernahme der Ausfallhaftung durch die Stadt Steyr gem. § 1356 ABGB für dieses Darlehen bis zu einem Betrag von S 1,536.000,--, vorbehaltlich der hiezu erforderlichen aufsichtsbehördlichen Genehmigung, zugestimmt. Ich ersuche um diese.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke vielmals. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer ist für den Antrag? Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Tatzreiter.

(Beilage)

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem Antrag geht es um den Verkauf in der Industriestraße 7, nämlich um den Drittelanteil dieses Wohnhauses. Ich bitte, dem die Zustimmung zu geben, wie mit der GWG vereinbart, auch wie im Amtsbericht dargestellt, den dritten Anteil der Stadt Steyr an die GWG zu verkaufen. In diesem Zusammenhang bitte ich um die Übereinkunft, so wie im Amtsbericht dargestellt, den Beschluß zu fassen. Der Antrag lautet.

13) ÖAG-42/95 Industriestraße 7, Verkauf des Drittelanteiles der Stadt an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 4.11.1996 wird dem Verkauf eines Drittelanteiles der Stadt an der Liegenschaft Industriestraße 7, EZ 2213, KG 49233 Steyr, mit dem die Benützung des ersten Obergeschosses dieser Liegenschaft verbunden ist, an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH zum Kaufpreis von S 1,5 Mio. zugestimmt. Der gesamte Kaufpreis ist bei Vertragsunterfertigung zu bezahlen, die GWG hat zudem sämtliche mit der Vertragserrichtung im Zusammenhang stehenden Steuern, Abgaben, Gebühren zu entrichten. Gleichzeitig verzichtet die Stadt auf die ihr grundbücherlich zustehenden Vorkaufsrechte an den Anteilen des Vereines Lehrlingsheim und der GWG der Stadt Steyr GesmbH.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke vielmals. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Ist jemand dagegen? Nein. Keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

GEMEINDERÄTIN ULRIKE FUCHS

verläßt um 19.29 Uhr die Sitzung.

Unverständliche Diskussionen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die Resolution an den Herrn Bundesminister für Inneres, Dr. Caspar Einem, wird in der abgeänderten Form einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Aktuellen Stunde. Gibt es eine Wortmeldung von der SPÖ-Fraktion? Kein Thema. FPÖ-Fraktion, ein Thema? Bitte, Herr Vizebürgermeister.

Beginn der Aktuellen Stunde: 19.30 Uhr

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir waren in den letzten Tagen überrascht, als eine Pressemeldung kam. Ich habe das vorige Woche am Donnerstag im Rundfunk das erste Mal gehört, daß sich mit der Anzahl der Stadtsenatsmitglieder etwas ändern würde. Und daß es hier eine Einigung gibt zwischen SPÖ und ÖVP im Lande. Offen-sichtlich hat man die Freiheitlichen hier zu dieser Einigung überhaupt nicht gebraucht. Ich möchte das jetzt nur etwas chronologisch ordnen. Wir haben ja vor einiger Zeit auch einen Antrag eingebracht, daß wir die Stadtsenatsanzahl auf 7 beschränken möchten und wir haben dann eine Einladung bekommen zum Landtag bzw. zum Ausschuß für Innere Angelegenheiten, der am 7.6.1996 stattgefunden hat. Ich war sehr überrascht, der Herr Bürgermeister war dort nicht vertreten, es war dort vertreten der Herr Dr. Alphasamer. Ich habe ihn gefragt, in welcher Eigenschaft er da ist, genau konnte man das nicht eruieren. Es war aber so, daß überall ansonsten die Bürgermeister selber dort waren. Und was mich aber wirklich am meisten gestört hat, man kann einmal verhindert sein, aber daß dort eine schriftliche Stellungnahme der Stadt Steyr vorgelegen ist, wo es g-heißen hat: „Steyr sieht ebenfalls keinen Bedarf für eine Änderung, weil ohnedies bereits derzeit eine flexible Regelung im Statut enthalten ist (mindestens 9 Stadtsenatsmitglieder), wobei der Gemeinderat die genaue Anzahl und die Anzahl der Vizebürgermeister nach den Bedürfnissen der Gemeindeverwaltung festlegt. Es sollte jedoch im Statut verankert werden, daß mindestens 2 Vizebürgermeister ihr Amt hauptberuflich ausüben müssen.“

Das war dort eine Stellungnahme der Stadt Steyr, die ich nicht kannte. Ich finde schon, das war eine große Zumutung, einem Vizebürgermeister gegenüber, daß man dort eine Stellungnahme beim Land das erste Mal sieht und, nachdem wir dort diskutiert haben über die Anzahl, haben wir zur großen Freude auch die Zustimmung vom Herrn Bürgermeister Dobusch aus Linz bekommen, der auch damals schon gemeint hat, 7 wäre eine richtige Zahl. Auch wir haben uns zum Dirimierungsrecht des Bürgermeisters negativ geäußert. Auch gings um die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder. Es gab da Vorschläge, bei den Gemeinderatsmitgliedern die Anzahl zu erhöhen, damit es eine ungerade Zahl wird. Auch dort haben wir gesagt, nicht erhöhen, wenn man eine ungerade Zahl will, dann soll man um eines reduzieren. Jedenfalls sind wir dort so auseinander gegangen. Ich hab dann damals dem Herrn Bürgermeister einen Brief geschrieben, wobei ich um Aufklärung ersucht habe. Auch der Brief ist unbeantwortet geblieben. Ich habe damals gesagt, die Stellungnahme der Freiheitlichen für die Gemeinderatsfraktion der Stadt Steyr darf ich beischließen.

1. Die Zusammensetzung des Stadtsenates, Anzahl 7, keine Verankerung im Statut, daß mindestens 2 Vizebürgermeister hauptberuflich ihr Amt ausführen müssen, Anzahl der Vizebürgermeister auf 2 beschränken.

2. Dirimierungsrecht des Bürgermeisters. Bei Stimmengleichheit im Stadtsenat darf keinesfalls ein Bürgermeister durch das Dirimierungsrecht die Angelegenheit entscheiden können. Dies würde eine Verdoppelung der Stimme des Bürgermeisters bedeuten.

3. Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates. Falls gewünscht, daß eine ungerade Anzahl von Gemeinderatsmitgliedern sein soll, so empfehlen wir, den Gemeinderat nicht aufzustocken, sondern um ein Mitglied zu reduzieren.

4. Wahlzusammenlegung. § 11 Abs. 4 des Statutes. Beibehaltung der bisherigen Regelung, daß die Wahl des Gemeinderates nur gemeinsam mit der Wahl des Nationalrates oder des OÖ Landtages abgehalten werden kann (einfache Mehrheit).

So weit, so gut. Und dann kam jetzt im Herbst plötzlich die Einigung zwischen den beiden Koalitionsparteien, daß das Statut der Stadt Steyr geändert wird. Aber davor möchte ich auch noch eine Mitteilung vom 27.6. verlesen, des Herrn Bürgermeisters, wo er gesagt hat, eigentlich wäre eine Aufstockung wünschenswert, eine Aufstockung! Und ein gewisser Herr Templ von der VP hat gemeint, die derzeitige Zahl sollte beibehalten werden. So, und jetzt hat sich ÖVP und SPÖ geeinigt, daß die Anzahl auf 8 reduziert wird, aber im Gegenzug bekommt die ÖVP als drittstärkste Fraktion einen Vizebürgermeister, der weitere Kosten von mindestens S 550.000,-- aufwärts verursacht. Und da frage ich mich schon, wer hat hier mit wem diskutiert, gibt es in dieser Stadt überhaupt noch eine Diskussionskultur, hat man hier versucht, also die Wahlniederlage vom nächsten Jahr bereits jetzt einzukalkulieren, oder was ist die Begründung dafür, daß man gemeinsam mit der Bürgermeisterdirektwahl, nächstes Jahr, eine Reduzierung des Stadtsenates hinnimmt, aber gleichzeitig um einen Vizebürgermeister aufstockt. Also das müssen Sie dem Wähler und dem Volk draußen erklären.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! Die Diskussion währt lange, nicht wahr, der Anfang ist eigentlich einmal gemacht worden vom Bürgermeister Dobusch, es folgte 14 Tage später ein Antrag der Freiheitlichen auf 7 Mitglieder in den Stadtsenaten der drei Statutarstädte im OÖ. Landtag. Dazu muß man wissen, daß es eine Materie ist, die nicht wir entscheiden können, sondern die Stadtstatute beschließt der Hohe Landtag und zwar nach dem Gutdünken, das dort aufgrund von politischen Entscheidungen getroffen wird oder werden kann. Also der Landtag ist die gesetzgebende Körperschaft für die 3 Statutarstädte und beschließt die Statute. Es gibt nicht einmal ein Recht für uns gehört zu werden. Sie haben uns aber mehrfach gehört, es war diese Beredung, von der Sie gesprochen haben, Herr Vizebürgermeister, ich war damals im Urlaub, es war der Kollege Spanring dort von unserer Stadt. Sie waren wahrscheinlich auch dort, haben Sie gesagt. Ich habe auch eine Stellungnahme mehrfach abgegeben, wir haben auch in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz darüber geredet, wir waren der Meinung, wir sehen keine Veranlassung aufgrund der Nebenberuflichkeit, mit der bei uns die Stadtsenatsfunktion ausgeübt wird, mit Ausnahme des Bürgermeisters, daß wir reduzieren. Das ist aber eine lang anhaltende, öffentliche Diskussion geführt worden und es war hier die Meinung, daß, nachdem die Landesregierung aus 9 Mitgliedern sich zusammensetzt, die Städte mit der Anzahl der Stadtregierungsmitglieder unter dem Stand 9, wie bei der Landesregierung, sein soll. Im Zuge der Diskussion, die dann weiter war, bin ich auch noch einmal in den Ausschuß, der im Landtag eingerichtet wurde, eingeladen gewesen, habe dort dieselbe Position vertreten, wie wir das auch in der Fraktions-vorsitzendenkonferenz beredet haben. Die Herrschaften haben sich vertagt und es ist jetzt, also vorige Woche, oder ist es schon wieder 14 Tage aus, die Zeit vergeht, bin ich eingeladen worden zum Herrn Landeshauptmann. Ich war dort, es waren auch dort die Herren Bürgermeister von Linz und von Wels, die Klubobmänner und LH-Stv. Hochmair beim Herrn Landeshauptmann. Wir haben diese Debatte geführt, wie sich die Dinge da entwickeln sollen. Dobusch hat dort für Linz erklärt, daß 8 Stadtsenatsmitglieder in Linz auf jeden Fall sein sollen, damit wäre man um 1 Mandat unter der Landesregierung. Bitte?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe die schriftliche Stellungnahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was ist das für ein Datum?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

14. 6.

Gelächter.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Das ist Schnee von vorgestern. Die F will 7. Sie sind Vertreter der F. Ich habe gesagt 7. Also 7 wäre wünschenswert für die Stadt unter dem Aspekt, daß haupt-beruflich diese Stadtsenatsfunktionen ausgeübt werden. Es ist ununterbrochen die Debatte, daß die Beamten tun was sie wollen. Die Stadtsenatsmitglieder gehen zu den Sitzungen und gehen dann wieder, weil sie ihrem Brotberuf nachgehen müssen, bei den Gemeinderäten ist das ohnehin selbstverständlich, und ich bin der einzige, der hier mit den 1.000 Magistratsbediensteten, wenn man nur die Köpfe zählt, versuchen muß, aufgrund des Statutes, die Beschlüsse zu exekutieren. Ich bin natürlich bei allem dann hinterher schuld, weil das ist ja ganz normal, ist ja logisch, nicht. Und daher wünsche ich mir eigentlich, daß die Stadtsenatsmitglieder das auch hauptamtlich durchführen, weil dann sind sie nämlich auch wirklich verantwortlich. Dann haben sie auch die Zeit, zu schauen, daß die Beschlüsse in ihren Bereichen exekutiert werden. Vielleicht ist es plausibel, aus meiner Sicht jedenfalls. Dort hat Dobusch gesagt 8, 7 - 8 so war die Debatte, dann war vollkommen klar, daß man in Steyr, das ein Fünftel der Einwohner von Linz hat, nicht bei 9 bleiben kann. Also, Wels hat sich angeschlossen mit 8, damit hat sich die Debatte dann auf 8 eingependelt. Und dann ist natürlich die Königsidee gekommen, die 3 Städte, also gleich, mit 8 Stadtsenatsmitgliedern, und da sind dann auch die Vizebürgermeister ins Gespräch gekommen, also 3 Vizebürgermeister. Ich habe mich dort zu Wort gemeldet, wie Sie wissen, verschweige ich mich ja nicht unbedingt, und habe dort gesagt, daß ich das als eine inflationäre Handlung ansehe, was die Vizebürgermeister in Steyr betrifft, die Notwendigkeit eigentlich nicht sehe. Es war aber natürlich nicht so, daß ich mich mit der lichtvollen Ausführung dort durchgesetzt habe. Man hat hier, das war das Ergebnis, gesagt 8 in allen Städten und 3 Vizebürgermeister. Es wird ja wohl niemand glauben, daß die SPÖ verlangt hat, es müssen 3 Vizebürgermeister sein, das werden Sie mir doch nicht unterstellen, Herr Dr. Pfeil.

Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was heißt Teile, ich habe ja nicht sagen können, wir müssen bei 9 bleiben, wenn in Linz 8 kommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Optik schaut nicht gut aus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Optik. Ja, Optik ist eine Sache, Ergebnisse von solchen Verhandlungen sind etwas anderes und was wirklich dann im Gesetz steht, wird wahrscheinlich noch eine dritte Sache sein. Ich weiß es nicht. Jedenfalls so haben sich die Dinge entwickelt, meine Damen und Herren, und jeder muß das zur Kenntnis nehmen, wenn der Landtag beschlossen hat, ist dies Gesetz. Und wir haben geschworen die Gesetze der Republik und des Landes Oberösterreich sowie die Beschlüsse der Stadt Steyr einzuhalten.

Zwischenruf:

... da muß man halt einwirken auf die

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe eh gewirkt, so gut ich konnte, aber natürlich ist das halt so gelaufen. Ich denke natürlich auch, daß sie nicht den zusätzlichen Vizebürgermeister kriegen, der da vielleicht kommt in Steyr.

Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, vielleicht wäre das gar nicht schlecht, wenn jede Fraktion einen Vizebürgermeister hätte, nicht. Das ist natürlich immer eine Frage der Statur, die jeder von uns nach den Wahlen hat. Und das Spiel ist offen. Also, so hat sich die Situation abgespielt, werden wir sehen was der Landtag beschließt, sie wollen das heuer noch beschließen und dann wissen wir genau, wie die Dinge laufen werden.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Liebe Freunde des Gemeinderates, werte Kolleginnen und Kollegen, Ich war einmal bei einer Besprechung dabei, bei der zitierten, vor den Ferien, wo Dr. Alphasamer und Fraktionsvorsitzender Spanring und auch Vizebürgermeister Dr. Pfeil zugegen waren, und dort wurde über die Reduzierung gesprochen und von den Freiheitlichen sehr vehement eine Reduzierung auf 7

Stadtsenats-mitglieder gefordert. Bürgermeister Dobusch war auch auf dieser Linie und unsere Stellungnahme seitens der ÖVP, sowohl von den Linzern als auch von den Steyrern und von den Welsern, sogar damals war immer die, es gleich zu belassen wie bisher. Sie haben gesagt, die Stadträte haben sehr große Bereiche zu bearbeiten, es gibt speziell in Steyr keine hauptberuflichen, daher könnte meiner Meinung die Diskussion nur dahingehend verlaufen, über eine Hauptberuflichkeit der Stadtsenatsmitglieder nachzudenken und eventuell zu diskutieren und diese zu beschließen, aber es war absolut von uns nie vorgesehen und geplant einen dritten Vizebürgermeister für Steyr einzuplanen oder einzufordern. Die Diskussion mit den 7 Stadtsenatsmitgliedern, und da gab es ja eine Resolution oder einen Antrag der Freiheitlichen in Steyr, der wurde damals abgelehnt, weil wir ihn nämlich nicht nur als Sparvariante, sondern als ein bißchen populistisch gesehen haben und weil natürlich nicht die Freiheitlichen zum Handkuß gekommen wären, die ihr Stadtsenatsmandat verloren hätten, sondern die beiden anderen Fraktionen in Steyr. Das muß man auch ganz offen sagen. Nun hat es, bei den letzten Gesprächen war ich nicht dabei, diese weiteren Gespräche gegeben, von denen der Bürgermeister schon berichtet hat und hier wurde aus Gründen der Gleichbehandlung der 3 Statutarstädte vorerst einmal beschlossen, 1 Stadtsenatsmitglied einzusparen, maximal 8 Stadträte, oder Stadtsenats-mitglieder, für die Statutarstädte einzusetzen, und dafür auch aus Gleichschaffungsgründen einen dritten Vizebürgermeister für Steyr. Linz und Wels haben ja bekanntlich drei. Ich persönlich muß sagen, ich sehe die Lösung auch nicht für gut und unsere Forderung war ganz klar und deutlich. Erstens einmal bei den alten Verhältniszahlen zu bleiben und ich glaube, wenn man, ich habe es schon gesagt, sich Gedanken machen wollte und sparsamer umgehen wollte, dann über eine Hauptberuflichkeit des einen oder des anderen Ressorts zu überlegen. Das ist nicht geschehen, der Landtag wird beschließen, ob es so beschlossen wird und durchgeht, kann ich nicht sagen. Man sollte natürlich das jetzt auch nicht hochspielen, weil unter den gegebenen Mandatsverhältnissen in Steyr es der ÖVP zufallen würde. Es kann ja durchaus verschiedene Änderungen geben, vielleicht seid Ihr froh, wenn Ihr einmal den dritten Vizebürgermeister bekommt, vielleicht auch eine andere Fraktion, man weiß es nicht. Das wird die Zukunft zeigen. Ich bin auf jeden Fall nicht glücklich darüber, das sage ich auch, und ich finde die Optik ist nicht gut, daß wir mit diesem dritten Vizebürgermeister das Stadtbudget um mehr als S 500.000,- jährlich belasten. Es war nicht unser Wunsch oder unser Vorschlag und daher können wir nur der Entwicklung entgegen sehen, ob das so kommen wird, und ob das so durchgeht.

Zwischenrufe:

Keiner war dafür ...

Ordnungsruf.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Also jetzt schaut es wirklich so aus, als ob niemand da in Steyr dafür war. Also das glaube ich sicher nicht, es hat sicherlich massive Interessen, das haben wir heute schon angesprochen, von einem zukünftigen Vizebürgermeister gegeben, daß er auch zu seinem „Amterl“ kommt und ich glaube ...

Zwischenruf von GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Das ist eine freche Unterstellung.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

... nein, ich vermute halt, ich unterstelle ihm das gerne. Ich glaube trotzdem, und muß sagen, es ist eine schiefe Optik und ich bin nach wie vor überzeugt davon, daß es besser wäre, die Stadtsenatsmitglieder zu reduzieren und dafür hauptamtliche einzusetzen. Ich glaube, diese nebenberufliche Funktion ist so aufreibend für einen, daß es wirklich gescheiter ist, hier diese Funktion hauptamtlich auszuführen. Das haben wir damals in unseren Gesprächen auch schon gesagt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch Wortmeldungen? Möchte die ÖVP noch über ein Thema sprechen? Nein. Die Grünen? Auch nicht. Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung endgültig abgeschlossen. Wir haben heute Verhandlungsgegenstände im Ausmaß von S 624.600,-- beschlossen. Ich bedanke mich für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 19.50 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Bgm. Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist, eh. GR Hermann Bachner eh.

Ingrid Muckenhuber, eh. GR Dr. Tilman Schwager eh.